

ISS AKTUELL



Herwig Jedlaucnik (Hrsg.)

Zur strategischen Lage

Jahresbeginn 2015

Globale Akteure und internationale Organisationen



Impressum:

Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber:

Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
Rossauer Lände 1
1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Copyright:

© Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
Alle Rechte vorbehalten

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

Februar 2015

Druck

HDruckZ-ASt Stift xxxx/15
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Vorwort

In einer nunmehr rund fünfjährigen Tradition legt das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik (ISS) der Landesverteidigungsakademie (LVAK) zum Jahresbeginn 2015 wieder einen Überblick zur aktuellen strategischen Lage vor. Neben einem Rückblick auf das vergangene Halbjahr – der letzte derartige Überblick erschien im Juli 2014 – werden längerfristige Entwicklungen aufgezeigt. Ziel ist eine kurze, aber prägnante Analyse und Bewertung ausgewählter Aspekte, wobei wir uns diesmal stärker als bisher auf regionale Aspekte und Zusammenhänge (statt auf einzelne Mächte und Akteure) konzentriert haben. Die einzelnen Beiträge wurden Ende Jänner 2015 fertig gestellt.

Wie schon zuletzt, lag die Leitung und Redaktion dieser Zusammenschau bei Oberstleutnant des höheren militärfachlichen Dienstes Mag. Herwig Jedlaucnik. Ihm und den anderen Kollegen, die an der Erstellung dieses Überblicks beteiligt waren, gebührt unser Dank. Neben den Angehörigen des ISS (Dr. Gunther Hauser, Dr. Gerald Brettner-Messler, Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes Dr. Otto Naderer, Dr. Felix Schneider und Dr. Thomas Pankratz) möchte ich hier Oberst des Generalstabdienstes Mag. Franz Sitzwohl (aus der Abteilung Militärpolitik), Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes Dr. Hans Lampalzer (vom Sprachinstitut des Bundesheeres an der LVAK) sowie Georg Plattner, BA nennen. Für die Administration und Verteilung sorgte wie immer Major Wolfgang Gosch.

Wie auch bisher üblich, erscheinen die einzelnen Beiträge unter der Verantwortung der jeweiligen Autoren als Wissenschaftler und repräsentieren daher ausschließlich deren persönliche Einschätzung, nicht aber irgendeine offiziöse Meinung des Ressorts oder der LVAK.

Die Mitarbeiter des ISS wünschen eine spannende Lektüre.

*Hofrat Univ.-Doz. Dr. Erwin A. Schmid
Leiter des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik*

Inhaltsverzeichnis

Strategische Herausforderungen ...	4
... in zusehends post-westlichen Zeiten	4
Europas strategische Problemstellungen	5
Die instabile „Peripherie“ des Westens	6
Die westliche Welt	7
Die Weltmacht USA	7
Midterm-Elections	7
Ferguson ist überall?	7
War against Terror	8
Naher und Mittlerer Osten	9
Wiener Atomgipfel	10
Die USA und der Konflikt um die Ukraine	10
Barack Obamas neue Kubapolitik	11
Trans-Pacific-Partnership (TPP) und „Pivot to Asia“	11
Europa und die Europäische Union	13
Die neue Europäische Kommission	13
Der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSD) bei stockender Wirtschaft	13
Litauen seit 1. Jänner 19. Euro-Mitglied, erneute Diskussion um „Grexit“	14
EU-Ukraine	14
Moldawien und Georgien – zwischen EU und Russland	15
Das Aus für die South Stream Pipeline und die Modernisierung der ukrainischen Pipelines	16
Serbien – zwischen EU und Russland	17
Großbritannien – der Abschied von der EU?	18
Katalonien bleibt bei Spanien	19
Flüchtlinge: neuer Rekord in Europa	20
Die NATO und die transatlantischen Beziehungen	21
Das Gipfeltreffen in Newport/Wales	21
Ausblick	22
... und ihre Partner und Herausforderer	24
Der eurasische Raum und die Ukraine-Krise	24
Die Russische Föderation zwischen außenpolitischem Anspruch und wirtschaftlicher Realität	24
Von offener Zuwendung ...	25
... und riskanter Abwendung	26
... bis hin zu ausgewogener Balance	27
Verhärtete Fronten in der Ukraine	28
Der asiatisch pazifische Raum	30
China – ein Stabilitätsfaktor? Eigen- und Fremdwahrnehmung	30
Chinas unruhige Ränder	31
Indien: neues außenpolitisches Profil	32
Indiens Innenpolitik: Erfolge und Herausforderungen für Modi	33
„Medienkrieg“ mit Nordkorea	33
Lateinamerika	34
Pragmatische Entspannung mit den USA?	34

Wirtschaftliche Problemstellungen	35
Instabile Sicherheit	36
Herausforderungen der näheren Zukunft.....	37
Der Nahe Osten zwischen Machtpolitik und Terrorherrschaft.....	39
Der Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“	39
Machtpolitik als Prinzip	40
Die Türkei drängt in den MENA-Raum zurück.....	41
Israels Einsamkeit.....	42
Conclusio – ein Marshall-Plan für MENA	43
Sub-Sahara Afrika	44
Die Republik Südafrika	44
... und ihre Konkurrenten	44
Internationale Friedensoperationen in Afrika	47
Ebola: Eine Seuche als Gefährdung der Sicherheit?	49
Europäische Afrikapolitik	49
Fakten und Trends der globalen Wirtschaftsentwicklung.....	50
Wachstumsmärkte, regionale Mächte und Schwellenländer	50
Industriestaaten.....	51
Rohstoffe	53
Konferenzen und Abkommen.....	56
Vienna Conference on the Humanitarian Impact of Nuclear Weapons 8. - 9. Dezember 2014, Wien	56
UN-Klimagipfel 1. - 14. Dezember, Lima	56
G-20 Treffen, 15. – 16. November, Brisbane	57
2. UN-Konferenz zu Landlocked Developing Countries, 3.- 5. November, Wien	57
Studien und Berichte.....	59
BUND, Heinrich-Böll-Stiftung, Le Monde Diplomatique, IASS, „Bodenatlas 2015“	59
UNHCR, „Mid-Year Trends 2014-Report“	59
WHO/UNODC/UNDP, „Global Status Report on Violence Prevention“	60
OECD, „Trends in Income Inequality and its Impact on Economic Growth“	60
Klimaschutz-Index 2014	61
Transparency International, Corruption Perception Index 2014.....	61
OECD, Internationaler Migrationsausblick 2014.....	62
UNODC, Global Report on Trafficking in Persons.....	63
Weltbank, „Turn Down the Heat: Confronting the New Climate Normal“	63
UNFPA, „State of World Population 2014 - The Power of 1.8 Billion“	64
Pentagon, „2014 Climate Change Adaptation Roadmap“	65
WHO, „Causes of international increases in older age life expectancy“	65
IPCC, „Climate Change – Synthesis Report“	65
UNICEF, „The State of the World’s Children Report 2015“	66
Bildnachweis	68
Autoren.....	70

Strategische Herausforderungen ...

Die globale Dominanz der USA war auch in den vergangenen Monaten augenscheinlich. Die Verlagerung des US-amerikanischen Hauptinteresses Richtung Asien ist auch an der aktiveren europäischen Krisendiplomatie in der Ukraine-Krise erkennbar. Diese Krise hat auch dazu geführt, dass die NATO ihr Augenmerk wieder von out-of-area Einsätzen zur kollektiven Verteidigung verschiebt. Im Gegensatz zur erwähnten aktiveren europäischen Krisendiplomatie waren „härtere“ Elemente einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik Europas im Zuge der Ukraine-Krise bisher nicht zu erkennen. Dadurch wird wieder einmal deutlich, dass bei zentralen verteidigungspolitischen Fragen Europas nur die NATO ein relevanter kollektiver Akteur ist.

Interessanterweise waren und sind in den grundsätzlich stabileren Regionen Europa und Asien Territorialfragen Grundlage der relevantesten strategischen Auseinandersetzungen und Konfliktpotentiale. Die russische Annexion der Krim, die Territorialstreitigkeiten im Süd- und Ost-Chinesischen Meer und die zukünftigen Auseinandersetzungen um Ansprüche in der Arktis haben uns die letzten Monate und werden uns noch die nächsten Jahre beschäftigen. Die Territorialkonflikte sind zumeist aber nur die vordergründigen Auswirkungen weitergehender Fragen strategischer Sicherheit und Handlungsfreiheit. Zumindest in der arktischen Frage sind darüber hinaus wirtschaftsstrategische Interessen von erheblicher Bedeutung.

... in zusehends post-westlichen Zeiten

Der Trend zur multipolaren Weltordnung wird weitergehen, wobei jedoch nicht bei allen Akteuren klar ist, ob sie eine entsprechende Rolle spielen werden und können. Russland fühlt sich jedenfalls vom Westen an den Rand gedrängt und in seinen strategischen Interessen gefährdet. Seine Perspektive wurde im Westen jahrelang ignoriert oder missachtet. Ob in Libyen, Syrien oder dem Kosovo: bei westlichen Militärinterventionen wurden russische Interessen und Intentionen ignoriert oder bewusst umgangen. Konnte und wollte Russland gegen Interventionen des Westens in diesen Fällen nicht wirksam werden, ließ es im eigenen strategischen Umfeld keine Zweifel an der Bereitschaft, notfalls alle - auch militärische - Mittel zur Interessensdurchsetzung einzusetzen. Viel von dem in den letzten Jahrzehnten zwischen dem Westen und Russland zumindest ansatzweise aufgebauten Vertrauen ist dabei auch auf Grund naiven und ignoranten Verhaltens zerstört worden. Das Potential einer echten strategischen Kooperation zwischen Europa und Russland ist damit für längere Zeit jedenfalls nicht mehr

nutzbar. Deutlich wurde im Rahmen der Ukraine-Krise auch, dass die nicht-westlichen Staaten zumindest in begrenztem Rahmen den Schulterschluss suchen und finden. Möglich ist, dass sich die BRICS+ -Staaten zunehmend zu einem anti-westlichen Block entwickeln. Inwieweit sich daraus neue globale Kräfteverhältnisse entwickeln werden, wird uns jedenfalls auch die nächsten Jahre beschäftigen. Was derzeit hinsichtlich der Ukraine-Krise von vielen westlichen Politikern primär als völkerrechtliches Fehlverhalten und das Brechen von internationalen Regeln seitens Russlands gebrandmarkt wird, ist strategisch jedoch primär ein zumindest teilweises Infragestellen der westlichen bzw. US-amerikanischen geopolitischen Führung. Sicher scheint jedenfalls, dass Entscheidungsstrukturen und -prozesse zusehends nicht-westliche Akteure beinhalten werden. Zu den bisher diesbezüglich besonders relevanten BRICS-Staaten werden – abhängig von ihrer wirtschaftlichen und militärischen Entwicklung – noch weitere hinzukommen.

Trotz der globalen Dominanz der USA und ihrer Machtprojektionsfähigkeiten geht der Trend zur multipolaren Weltordnung weiter. Möglich ist, dass sich die BRICS+ -Staaten zunehmend zu einem anti-westlichen Block entwickeln. Europa ist weiterhin vor allem mit sich selbst beschäftigt und die meisten europäischen Staaten sind weiterhin nicht bereit, relevante militärische Aufgaben zu übernehmen. Deutschland übernimmt in diesem Rahmen innerhalb Europas zusehends eine Führungsrolle, ohne diese jedoch militärisch zu untermauern. Gleichzeitig bedroht das schwache Wirtschaftswachstum den inneren Zusammenhalt Europas.

Die größte Herausforderung für die Weltordnung stellt dabei wohl der stetige Aufstieg Chinas als wirtschaftliche und zukünftig auch militärische Macht dar. Bekanntlich steht auch China dem Westen ähnlich kritisch gegenüber wie derzeit Russland, fühlt sich aber gegenwärtig noch nicht stark genug, seine (regionalen und territorialen) Interessen auch militärisch durchzusetzen. Dennoch oder gerade deshalb baut China seine militärischen Kapazitäten sukzessive weiter aus. Zuletzt wurde dies beispielsweise bei der Präsentation des neuesten Kampfflugzeuges J-31, oder aber bei der Beschaffung des russischen S-400 Langstrecken-Boden-Luft-Raketen-Systems deutlich. Im Gegensatz zum Westen setzt China sein Militär jedoch kaum außerhalb seines Territoriums ein und betreibt konsequent eine Politik der Nicht-Einmischung. Dies macht es zu einem bevorzugten Partner für dem Westen gegenüber kritisch eingestellte Staaten.

Gleichzeitig haben die letzten großen Konflikte, in denen sich die USA vor allem militärisch engagiert haben, in Afghanistan und im Irak, die begrenzte langfristige Durchsetzungskraft der US-Streitkräfte gegenüber entschlossenen Gegnern deutlich vor Augen geführt. Zu welchen moralischen Verfehlungen die demokratischen USA dabei in den vergangenen Jahren in der Lage waren, enthüllte der Senatsbericht über die von der CIA im Rahmen des „War against Terror“ gegen mutmaßliche Terroristen angewandten „erweiterten Verhörmethoden“. Dennoch ändert dies vorerst nichts an den einzigartigen nationalen Machtprojektionsfähigkeiten der USA, geschweige denn an der Wirkungsfähigkeit ihrer Streitkräfte.

Gleichzeitig mangelt es den Gegenspielern des Westens noch an einer effektiven Projektionsfähigkeit ihrer Macht außerhalb des engeren regionalen Rahmens. Überdies haben diese Staaten noch nicht die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Anziehungskraft des Westens erreicht.

Europas strategische Problemstellungen

Europa ist hingegen weiterhin vor allem mit sich selbst beschäftigt. Die meisten europäischen Staaten sind trotz zunehmender sicherheitspolitischer und strategischer Problemstellungen an Europas Peripherie und den Versuchen der USA, die eigene Rolle (vor allem aber den entsprechenden Aufwand) zu reduzieren, weiterhin nicht bereit, relevante militärische Aufgaben zu übernehmen. Dies ist auch an den europäischen Verteidigungsausgaben zu erkennen. So hat auch die Eskalation der Lage in der Ukraine, verbunden mit der Verschlechterung der Beziehungen zwischen den westlichen Staaten und Russland, nur in wenigen Staaten Europas ein strategisches Umdenken mit entsprechenden budgetären Konsequenzen ausgelöst. Nur einige nordische Staaten, vor allem aber die Staaten Osteuropas werden ihre Militärausgaben kurzfristig wieder erhöhen. Der langfristige Trend zur weiteren Reduktion europäischer Militärausgaben wurde jedoch nicht gestoppt. Somit sinkt 2015 das europäische Verteidigungsbudget auf 1,5 Prozent des BIP. Die USA haben zwar in den letzten Jahren ihr Verteidigungsbudget auf Grund der Beendigung bzw. Reduktion ihrer Großoperationen in Afghanistan und dem Irak auch gesenkt: Die Differenz der Militärausgaben als prozentueller BIP-Anteil bleibt jedoch bei knapp 2 Prozent. Europas Anstrengungen repräsentieren somit aktuell knapp 40 Prozent jener des transatlantischen Verbündeten.¹ Die Ankündigung des

¹ Siehe detaillierter: Herwig Jedlaucnik; Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die budgetäre Situation der europäischen Streitkräfte (ISS Aktuell 1/2015), Wien 2015

NATO-Gipfels in Wales im Juli 2014, dass alle NATO-Bündnispartner, die weniger als 2 Prozent ihres BIP für militärische Aufgaben aufwenden, ihre Verteidigungsausgaben nicht weiter kürzen und innerhalb von zehn Jahren diesen Richtwert erreichen wollen, ist auf Grund der budgetären Realitäten bereits wieder als obsolet zu betrachten. Dennoch rückt innerhalb der NATO die kollektive Verteidigung wieder in den Vordergrund. Gründe dafür gibt es verschiedene: Einerseits ist (West-)Europa der internationalen Interventionen zusehends müde, andererseits nehmen auch die osteuropäischen Länder und ihre Fokussierung auf eine russische Bedrohung eine zunehmend relevantere Position innerhalb des Bündnisses ein.

Deutschland übernimmt in diesem Rahmen innerhalb Europas zusehends eine Führungsrolle, ohne diese jedoch militärisch zu untermauern. So beschränkte sich die militärische Mitwirkung in der Anti-IS-Koalition auf Waffenlieferungen an kurdische Peshmergas. Dennoch unterscheidet sich beispielsweise Deutschlands Rolle in der Ukraine-Krise signifikant von Deutschlands sicherheitspolitischem Handeln vergangener Jahr(zehnt)e.



Bundeskanzlerin Merkel mit US-Präsident Obama Anfang Februar 2015 in Washington

Großbritannien geht währenddessen weiter auf Distanz zu Europa. Es wird sich in den nächsten Monaten zeigen, ob das Königreich in der EU verbleiben wird. Die EU-kritische Haltung vor allem der konservativen „Tories“ hat dabei bereits zu einer gewissen Eigendynamik Richtung EU-Austritt geführt, von der nicht klar ist, ob sie von den verantwortlichen Politikern wieder eingefangen werden kann. Eine noch

weitergehende Distanz Großbritanniens zur EU könnte sicherheitspolitisch zu einem noch irrelevanten Kerneuropa und einer aktiven angloamerikanischen Gruppe führen.

Das schwache Wirtschaftswachstum bedroht wiederum den inneren Zusammenhalt Europas in zweierlei Hinsicht: Einerseits drohen einzelnen Ländern – aktuell vor allem Griechenland – die Zahlungsunfähigkeit mit weitreichenden Konsequenzen auch für das Projekt Europa, andererseits steigt durch die hohe (Jugend-) Arbeitslosigkeit und Modernisierungsverlierer das Potential für soziale Unruhen, jedenfalls aber politische Veränderungen. Aber auch die Wirtschafts- und Geldpolitik offenbart massive Gegensätze der europäischen Partner. Deutschlands Wunsch nach Haushaltsstabilität steht dabei im Gegensatz zur Forderung Frankreichs und der südeuropäischen Länder nach massiven (staatlichen) Interventionen. Letztere haben sich dabei zuletzt bei der Europäischen Zentralbank (EZB) durchgesetzt, die im Kampf gegen niedrige Inflation und Konjunkturschwäche bis 2016 mit 1,14 Billionen Euro Staatsanleihen und andere europäische Wertpapiere kaufen wird.

Die instabile „Peripherie“ des Westens

In den instabileren Zonen Afrikas und des Nahen Ostens löst sich derweil das Gewaltmonopol staatlicher Autoritäten auf und wird teils von Ordnungselementen prästaatlicher Strukturen² aber auch unterschiedlicher Ethnien, teils von religiösen Gruppierungen übernommen. Besonders problematisch ist dabei, dass inter- und intraindigen Konflikte des Islam auch unter Einsatz (militärischer) Gewaltmittel stattfinden. Interreligiöse Konflikte sind dabei nicht nur gegen den jüdischen Staat Israel, sondern auch gegen den als ungläubig und christlich verstandenen Westen sowie christliche Bevölkerungsgruppen im eigenen Raum gerichtet. In Afrika fielen dieser Art von Gewalt in den letzten Monaten hunderte Menschen zum Opfer. Militärisch am intensivsten sind derzeit jedoch die intraindigen Auseinandersetzungen zwischen fundamentalistischen und moderaten islamischen Kräften, vor allem aber zwischen Sunniten und Schiiten im arabischen Raum. Letzterer Konflikt hat auch das Potential für zwischenstaatliche Auseinandersetzungen, wie beispielsweise die Auseinandersetzung zwischen Saudi-Arabien und dem Iran. Durch das Aufbrechen intraindigen Konflikte und der mangelnden staatlichen Macht und Autorität ist auch die territoriale Ordnung des Raumes gefährdet. Es wird sich erst nach Beendigung der aktuellen kriegerischen Handlungen zeigen, ob beispielsweise der Irak oder Syrien in der Lage sind, als staatliche Gebilde zu überleben. Die

Grenzen der arabischen Staaten - einst von westlichen Politikern gezogen – stehen demnächst wohl zur Disposition. Der Arabische Frühling hat sich somit endgültig zum Albtraum für viele Bewohner der Region, aber auch des Westens entwickelt. Syrien ist als Staat kaum noch existent, Libyen in Auflösung befindlich, der Jemen von einer Krise in die nächste taumelnd. Derzeit erlebt der Raum zunehmende Kämpfe zwischen Sunniten und Schiiten, aber nach einem möglichen Zusammenbruch der staatlichen Strukturen in den arabischen Staaten ist überdies mit indirekten, möglicherweise auch direkten Auseinandersetzungen zwischen den sunnitischen Hegemonialmächten zu rechnen. Von besonderem Interesse für Europa ist dabei auch die Rolle der Türkei, die sich nicht nur als relevanter sunnitischer Akteur positioniert, sondern auch im Inneren zusehends islamisiert.

Auch in zahlreichen afrikanischen Ländern üben die staatlichen Strukturen nur in Teilen ihres Staatsgebietes effektive Macht aus. Vor allem der zentralafrikanische Raum ist massiv gefährdet, zu einem Großraum gescheiterter Staaten zu werden. Bisher haben es dabei weder westliche, noch afrikanische Interventionen geschafft, diesem Problem Herr zu werden und dies, obwohl in insgesamt 16 Peace Support-Operationen und 11 zivilen Missionen mit über 110.000 Soldaten, Polizisten und Zivilisten knapp 60 Prozent der weltweit in internationalen Friedensoperationen eingesetzten Kräfte in Sub-Sahara Afrika im Einsatz sind.

In den grundsätzlich stabileren Regionen Europa und Asien waren und sind Territorialfragen Grundlage der relevantesten strategischen Auseinandersetzungen und Konfliktpotentiale. In den instabileren Zonen Afrikas und des Nahen Ostens löst sich das Gewaltmonopol zahlreicher staatlicher Autoritäten auf. In Zentral- und Mittelamerika wiederum bleibt Innere Sicherheit eine zentrale Herausforderung.

In Zentral- und Mittelamerika bleibt Innere Sicherheit eine zentrale Herausforderung. Dabei sind der Drogenanbau und die damit verbundene Organisierte Kriminalität zentrale und ständige Bedrohungen der staatlichen Autorität. Um diesen Bedrohungen begegnen zu können, kommt es zunehmend zu einer „Militarisierung des Sicherheitssektors“. Militär-, Spezial- bzw. Polizeieinheiten sollen dabei staatlichen Institutionen wieder mehr Macht gegenüber den oft korrupten regionalen Behörden geben.

² familiärer und/oder stammesähnlicher Art

Die westliche Welt ...

Die Weltmacht USA

Midterm-Elections

Die zweite Jahreshälfte 2014 war in den USA innenpolitisch geprägt von den zeitlich exakt zwischen zwei Präsidentschaftswahlen angesiedelten Halbzeitwahlen. Ausgangslage vor dem 4. November war eine Mehrheit der Demokraten im Senat, während die Republikaner die Mehrheit im Repräsentantenhaus hielten.

Gewählt wurden am ersten Dienstag im November aber nicht nur mehr als ein Drittel aller Senatoren (36) und die 436 Abgeordneten des Repräsentantenhauses, sondern auch 36 Gouverneure von US-Bundesstaaten nebst 3 Gouverneure sogenannter Außengebiete, also von Gebieten, die unter US-Hoheitsgewalt stehen, aber keine Bundesstaaten sind. 2014 waren dies die Nördlichen Marianen, die Amerikanischen Jungferninseln sowie Guam. Daneben wurden die Midterm-Elections auch heuer wieder zu zahlreichen lokalen Abstimmungen auf kommunaler Ebene herangezogen.

Als Wahlkampfthemen dominierten auf Bundesebene wieder einmal die Gesundheitsreform („Obamacare“) und das explodierende Budgetdefizit, aber auch außenpolitische Themen wie die Ukraine-Krise und der Kampf gegen den „Islamischen Staat“ (IS), während die regionalen Gouverneurswahlen (darüber hinaus) von bundesstaatsinternen Fragen dominiert wurden.

Zugewinne für die Republikanische Partei kamen für viele nicht unerwartet, dass diese jedoch so deutlich ausfallen sollten, war dann doch überraschend. Die Republikaner konnten nicht nur die Mehrheit im Senat erobern, sondern waren auch in der Lage, ihre Mehrheit in der zweiten Kammer des Kongresses, dem Repräsentantenhaus, deutlich auszubauen. Auch bei den Gouverneurswahlen konnte die „Grand Old Party“ wichtige Erfolge verbuchen, wie z.B. in Arkansas, Massachusetts, Maryland und sogar in Barack Obamas Heimatstaat, Illinois, was eine besondere politische Ohrfeige für den amtierenden Präsidenten gewesen sein muss.

Obama hat die Wahlen deutlich verloren und sieht sich jetzt einer republikanischen Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses gegenüber. Was das für die beiden restlichen Jahre seiner zweiten Amtszeit bedeutet, wird in Washington gerne mit dem Ausdruck „Lame Duck“ (lahme Ente) umschrieben. Die Möglichkeiten, künftig politische Großprojekte an der „Obamacare“

durchzusetzen, sind minimal. Außenpolitisch hat Obama hier mehr Spielraum und er wäre nicht der erste US-Präsident, der sich in den verbleibenden zwei Jahren stärker auf außenpolitische Fragen konzentriert. Gerade hier sind die Reibungspunkte mit den Republikanern auch nicht so groß wie etwa in der Innenpolitik. Zurückzuführen ist die politische Schlappe jedoch nicht nur auf die geringe Wahlbeteiligung: Gerade Obamas Stammwählerschaft – junge Wähler, Latinos, Afroamerikaner, unverheiratete Frauen und Asiaten – blieben ja diesmal verstärkt den Wahlurnen fern. Zurückzuführen ist die schwere Niederlage der Demokraten auch auf den Präsidenten selbst, der durch taktisch unkluge Aussagen im Vorfeld („*Meine Gesetze stehen im November zur Wahl*“), im Falle der Ebola-Epidemie oder etwa den Meinungsverschiedenheiten über die Bekämpfung der IS und die künftige Rolle der USA in der Region nicht gerade durch Führungsqualitäten überzeugen konnte.

Die zeitlich exakt zwischen den Präsidentschaftswahlen angesiedelten Halbzeitwahlen wurden von den Demokraten deutlich verloren. Präsident Obama sieht sich jetzt einer republikanischen Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses gegenüber und ist somit gemäß Washingtoner Politjargon eine „Lame Duck“ (lahme Ente). Die Möglichkeiten, künftig (innen)politische Großprojekte durchzusetzen, sind minimal. Außenpolitisch hat Obama jedoch weiterhin Spielraum.

Will Obama weiter aktiv Politik machen, muss er mit den Republikanern künftig Kompromisse schließen. Innenpolitische Themen wie Infrastruktur, Steuerreform und Haushaltssanierung böten sich an. Aber auch die Konservativen werden durch ihren Wahlsieg in eine neue Rolle gedrängt: Nämlich jene, sich nun stärker und vor allem konstruktiv an der politischen Arbeit beteiligen zu müssen und Verantwortung zu übernehmen statt nur Verhinderungspolitik zu betreiben. Dies birgt in Hinblick auf 2016 jedoch durchaus auch Potential für die Demokraten, denn in Washington gilt weiter die Grundregel: Der erste Tag nach den Kongresswahlen ist der erste Tag des neuen Präsidentschaftswahlkampfes...

Ferguson ist überall?

Neben den Halbzeitwahlen war die Innenpolitik in den letzten Monaten des vergangenen Jahres beherrscht von einer Rassismusdebatte, die innerhalb kürzester Zeit in vielen Städten zu großen öffentlichen Demonstrationen

führte, sich stellenweise aber auch in Gewaltexzessen niederschlug. Ausgangspunkt für die Unruhen waren tödliche Übergriffe weißer Polizisten gegenüber unbewaffneten farbigen Bürgern afroamerikanischer Herkunft.

Der Tod des jungen farbigen Teenagers Michael Brown, der am 9. August in Ferguson, einem Vorort von St. Louis, Missouri, von dem weißen Polizisten Darren Wilson unter fragwürdigen Umständen erschossen worden war, brachte landesweit eine wahre Lawine von Protesten gegen rassistisch motivierte Polizeigewalt ins Rollen. Seitdem patrouillieren auf Befehl des demokratischen Gouverneurs Jay Nixon 2.200 Mann der US-Nationalgarde im Ort und seiner Umgebung. Am 18. November wurde für Missouri sogar der Notstand ausgerufen. Als die zuständige Grand Jury, also jenes 12-köpfige Laiengremium, das zu entscheiden hat, ob genug Gründe für eine Anklage bestehen, dann Ende November einstimmig zu dem Schluss kam, dass der Polizist in Notwehr geschossen habe, kam es in Ferguson zu Brandstiftungen, Schießereien und Plünderungen. Auch in vielen anderen US-Städten gingen tausende Menschen auf die Straße.

Der Fall des Michael Wilson ist jedoch nur einer von mehreren derartigen Zwischenfällen mit Todesfolge, die sich in den letzten Monaten in den USA zugetragen haben: Bereits im Juli wurde der unter Verdacht des illegalen Zigarettenhandels stehende farbige Eric Garner von mehreren Polizisten so fest auf den Boden gedrückt, dass diesem die Luft abgeschnürt wurde und er verstarb. Im November wiederum wurde in New York der 28-jährige schwarze Familienvater Akai Gurley „versehentlich“ von der Polizei erschossen. 7.000 Demonstranten belagerten danach das Polizeihauptquartier der Metropole. Am 5. Dezember kam es in Phoenix, Arizona, zum nächsten Vorfall, als ein 34-jähriger unbewaffneter Schwarzer im Rahmen einer Polizeikontrolle in der eigenen Wohnung erschossen wurde. Als direkte Reaktion auf diese Vorfälle muss der Doppelmord an zwei in ihrem Streifenwagen sitzenden Polizisten bewertet werden. Ein 28-jähriger Afroamerikaner schoss ohne Vorwarnung auf die im New Yorker Stadtteil Brooklyn ihren Dienst versahenden Beamten. Danach floh er in eine nahe gelegene U-Bahn-Station und verübte dort Selbstmord.

Präsident Barack Obama, selbst Bürger mit kenianischen sowie US-amerikanischen Wurzeln, mahnte zur Ruhe und Besonnenheit, steht jedoch dem alten Rassismus-Problem, das bis weit ins 19. Jahrhundert zurückreicht, eher hilflos und ratlos gegenüber. Obama selbst meinte in einer Stellungnahme, Rassismus sei in den USA „tief in unserer Gesellschaft und unserer Geschichte verwurzelt“. Ob sein Vorschlag, in Zukunft alle Polizisten mit Minikameras auszurüsten, umgesetzt werden wird, muss abgewartet werden.

Barack Obamas unmittelbar nach den Midterms angekündigte Reform der US-Immigrationspolitik verlor angesichts dieser Ereignisse – obwohl innenpolitisch seit langem ein „heißes Eisen“ – fast ein wenig an aktuellem Gewicht: Obama kündigte am 20. November ein Programm an, das einen Abschiebestopp für ca. 5 Millionen sich momentan illegal in den USA aufhaltenden Personen vorsieht. Dieser betrifft vor allem Eltern, deren Kinder legale US-Bürger sind und soll einem Auseinanderreißen dieser Familien vorbeugen. Die betroffenen Personen sollten einen Duldungsbescheid beantragen können, der alle drei Jahre zu erneuern wäre. Dieser Bescheid sei jedoch nicht gleichzusetzen mit einer permanenten Aufenthaltserlaubnis, noch einen erleichterten Zugang zur US-Staatsbürgerschaft beinhalten, meinte Obama. Die Republikaner, die in diesem Vorgehen eine Aushebelung bestehender Gesetze sehen – was de facto der Fall ist – werden es Obama sicher nicht leicht machen, angesichts der neuen Machtverhältnisse im Kongress seine Vorstellungen durchzusetzen.



Proteste in Ferguson

Kurz notiert: Hagel geht

US-Verteidigungsminister Charles Timothy „Chuck“ Hagel kündigte am 24. November an, von seinem Amt zurücktreten zu wollen. Chuck Hagel werden interne Differenzen mit Barack Obama in der Frage der Bekämpfung des IS und der Syrien-Politik nachgesagt. Auch regierungintern gilt Hagel als Außenseiter. Als Nachfolger Chuck Hagels ist der Physiker und frühere Vizechef des Pentagon, Ashton Carter, von Obama vorgeschlagen und inzwischen auch vom Senat bestätigt worden.

War against Terror

Am 10. Dezember wurde in Washington der Senatsbericht über die von der CIA im Rahmen des „War against Terror“ gegen mutmaßliche Terroristen angewandten „erweiterten Verhörmethoden“ der Öffentlichkeit präsentiert. Die Vorsitzende des Geheimdienstausschusses, die Demokratin Dianne

Feinstein, die auch den Bericht vorstellte, meinte in einer ersten Stellungnahme, der Bericht sei „*weit brutaler als angenommen*“. Der Bericht zeigt in schockierender Deutlichkeit, wie die CIA seit dem 11. September 2001 (9/11) bei Verhören systematisch schwerste Menschenrechtsverletzungen begangen hat, um Informationen zu erpressen. Die internationale Empörung war dementsprechend groß und hält weiterhin an. Dabei ist die öffentliche Meinung gerade in den USA geteilt: Mehr als die Hälfte der befragten Bürger können sich positiv mit dem Bericht identifizieren und halten das Vorgehen der CIA nach 9/11 für notwendig.

Anders wertete erwartungsgemäß die internationale Presse. Aber auch Stellungnahmen, die dem jetzigen empörten Aufschrei (nicht nur in den USA) Heuchelei unterstellen, ließen nicht lange auf sich warten: Die einflussreiche tschechische „*Mladá fronta Dnes*“ etwa schrieb dazu in ihrer Ausgabe vom 10. Dezember [...] „*Als die CIA den Kongress, inklusive Demokraten, über die Ergebnisse der Verböre informierte, kam von niemandem Kritik. Bis zu dem Moment, als Obama 2009 Folter verbot, hieß es, sie habe viele unschuldige Leben gerettet.*“

Auch in Europa werden Handlanger der CIA verortet, so z.B. in Polen und Rumänien, wo die CIA spezielle geheime Verhörzentralen unterhielt. Der linksliberale britische „*The Guardian*“ will daher auch die Europäer in die Pflicht genommen wissen: „*Europäische Staaten, die an CIA-Operationen teilnahmen, waren Komplizen bei der Verletzung von grundlegenden Menschenrechten, der Genfer Konvention und der UN-Konvention gegen Folter. Doch mit Ausnahme von Schweden hat bis dato kein Land ein Fehlverhalten eingestanden. ... Nun da die USA neue Bestrebungen zeigen, der Wahrheit auf den Grund zu gehen, muss sich dieser auch Europa stellen.*“ (09.12.2014) In der Folge griff der „*Guardian*“ auch die vermeintlich britische Rolle bei den Vorwürfen auf und forderte in der Folge das britische Parlament auf, eine etwaige Beteiligung britischer Dienste zu untersuchen.

Die Debatte führte schnell allgemein zu einer prinzipiellen Diskussion westlicher Werte und somit auf sehr dünnes Eis. Die britische konservative „*The Times*“ beispielsweise schrieb dazu am 14.12.: „*Die wahre moralische Frage ist, ob solche Techniken jemals gerechtfertigt sein können, sofern sie zielführend sind. ... Manchmal besteht ein moralisches Gebot, Mißhandlung in eingeschränkter Weise anzuwenden, wenn unschuldige Leben gerettet werden sollen. Wenn man die Wahl hat zwischen ausgedehntem Schlafentzug für einen gefesselten und geknebelten Häftling oder einer schmutzigen Bombe mitten in Birmingham, welche Wahl würden Sie treffen? Das ist wie die Unterscheidung zwischen Mord und Krieg. Mord ist Unrecht, außer in einem gerechten Krieg, in dem er unumgänglich wird, um die Ermordung Unschuldiger zu verhindern.*“

Trotzdem sind es zentral die USA, die am Pranger stehen. Nicht mehr und nicht weniger als der Ruf und

die Glaubwürdigkeit der westlichen Führungs- und alleinigen Supermacht steht in der Diskussion. So sieht die spanische Tageszeitung „*El País*“ gerade jetzt angesichts des erzwungenen Offenbarungseides die Gelegenheit gekommen, das Lager Guantanamo endgültig zu schließen – und fordert damit Barack Obama auf, endlich sein 2008 abgegebenes Wahlversprechen einzulösen: „*Die USA können sich nicht als Vorreiter der Freiheit präsentieren, während eine ihrer wichtigsten global agierenden Organisationen permanent Gräueltaten begeht. Die eventuellen Vorteile, die die Supermacht durch das unbehelligte Handeln der CIA gegen die Terrorverdächtigen erhalten haben mag, wiegen unter keinen Umständen den Ansehensverlust des Landes auf.*“ (10.12.2014) Die Veröffentlichung des Berichts rief nach der harschen Kritik natürlich auch den Chef der CIA, John Brennan, auf den Plan, der versuchte, Schadensbegrenzung zu betreiben. Brennan meinte in der direkten Konfrontation mit Dianne Feinstein, es seien „*in einer begrenzten Art von Fällen*“ auch „*Fehler gemacht*“ worden. Angesprochen auf die Bestrafung der Verantwortlichen räumte Brennan ein „*Wir haben versagt, wenn es darum ging, einige Agenten für ihre Fehler zur Verantwortung zu ziehen*“. Brennan wies aber Anschuldigungen zurück, sein Dienst hätte bewusst und nachdrücklich die Politisch-Verantwortlichen in Washington getäuscht.

Die Reaktion des Präsidenten selbst war gedrückt wie gleichsam entschuldigend: „*Wenn wir Fehler machen, dann geben wir die auch zu*“, meinte Barack Obama und fügte hinzu, dass er alles unternehmen werde, um solche Vorkommnisse in Zukunft zu verhindern.

Aber so paradox es auf den ersten Blick auch klingen mag: Neben all dem Widerwärtigen, das der Bericht für eine aufgeklärte westlich-demokratische Gesellschaft repräsentieren mag, ist er auch gleichsam Beweis und Aushängeschild einer funktionierenden Demokratie, in der es eben möglich ist, dass solche Praktiken überhaupt veröffentlicht und öffentlich diskutiert werden können. Der CIA-Bericht zeigt nämlich auch, dass Macht in den USA kontrollierbar bleibt, solange die demokratischen Kontrollinstanzen – wenn auch manchmal mit Verzögerung - funktionieren.

Naher und Mittlerer Osten

Mit dem Beginn der Luftschläge der US-Air Force im August gegen Ziele der Armee des „Islamischen Staates“ (IS) begab sich Barack Obama auf einen Weg, den er eigentlich unter allen Umständen vermeiden wollte. Schon die völlig unklare Lage und schwierige Positionierung der USA im syrischen Bürgerkrieg hatten weltweit Zweifel an einer klaren Strategie der Vereinigten Staaten für die Region laut werden lassen. Die überraschenden militärischen Erfolge des IS ließen aber bei der Supermacht Handlungsbedarf entstehen,

ohne dass wohl eine langfristige Planung, schon gar keine militärische, vorlag. Das jetzige erklärte Ziel Obamas ist die Schwächung und in der Folge Zerstörung des IS. Nur der Weg dorthin ist alles andere als klar. Seit August sind mittlerweile etwas mehr als 1.000 Einsätze der US-Luftwaffe gegen Ziele des IS zu verbuchen. Zumindest drei Kampfflugzeuge und mehrere Drohnen befänden sich laut Pentagon ständig in der Luft. Von einer großen Luftoffensive zu sprechen, wäre daher sicherlich zu weit gegriffen. Gleichzeitig schickte Obama wieder Elitesoldaten in die Region, nämlich in den Irak nördlich von Bagdad - zu Ausbildungszwecken und um die irakische Armee zu unterstützen, so die offizielle Diktion. Die amerikanische Öffentlichkeit befürchtet nun in einer Art „Mission Creep“ immer tiefer auch mit Bodentruppen in den Konflikt hineingezogen zu werden – und das, nachdem man den Irak erst 2011 offiziell verlassen hatte.

Seit Anfang September hatte sich US-Außenminister John Kerry bemüht, eine internationale Koalition zur Bekämpfung des IS auf die Beine zu stellen. Kerry stellte Mitte September fest, dass sich bereits 40 Länder der Koalition angeschlossen hätten. Es handele sich im Einzelnen um eine „breite Koalition aus arabischen Ländern, europäischen Ländern, den USA und anderen“ meinte Kerry dazu in einer Stellungnahme. Einige dieser Staaten wären zu humanitärer, andere wiederum zu direkter militärischer Hilfe bereit. Auch auf dem NATO-Gipfel in Wales war der IS eines der Hauptthemen. Kerry schlug dort eine Zehnerkoalition zum Kampf gegen die Terrormilizen vor: Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Dänemark, Polen, Kanada, Australien, die Türkei und die USA sollten, so der Wunsch Washingtons, gemeinsam in der Region aktiv werden. Laut US-Generalstabschef Martin Dempsey sei darüber hinaus jedoch die Ausrüstung von 15.000 gemäßigten syrischen Rebellen notwendig, da Luftschläge allein nicht zu dem gewünschten Erfolg führen würden. Mit diesen Kämpfern sei es möglich, an die Dschihadistengruppen verloren gegangenes Terrain im Osten Syriens wieder zurückzuerobern, so Dempsey. Die Stärke der IS wurde von der CIA mittlerweile mit mehr als 31.000 Kämpfern beziffert (Stand September). Immer mehr Kämpfer, vor allem aus Europa, aber auch Taliban aus Afghanistan und Pakistan schließen sich der islamistischen Miliz an. Offiziell spricht Washington nun bereits von „Krieg“ mit dem „Islamischen Staat“.

Wiener Atomgipfel

Eine interessante Koalition könnte sich für die USA in der Frage „Islamischer Staat“ möglicherweise auch mit dem „Erzfeind“ Iran ergeben. Die Religion spielt dabei diesmal Präsident Obama in die Hände: Die IS-Milizen sind radikale Sunniten, die die mehrheitlich schiitischen

Perser als „Irrgläubige“ bezeichnen, die mit dem Tod bestraft werden müssten. Zudem haben die Dschihadisten des IS angekündigt, die irakischen Städte Nadschaf und Karbala, beides heilige schiitische Stätten, zerstören zu wollen. Der gemeinsame Feind IS sorgt damit möglicherweise für eine (sehr vorsichtige) Annäherung der beiden Staaten, bei der aber vor allem Barack Obamas Spielraum sehr begrenzt zu sein scheint. Auf dem Atomgipfel in Wien, bei dem erneut das umstrittene iranische Atomprogramm auf der Grundlage des Genfer Interimabkommens vom 24. November 2013 verhandelt wurde, kam es dann auch „am Rande“ zwischen den USA und dem Iran auch zu Gesprächen betreffend den Irak.

Der Gipfel selbst ging ohne substanzielles Ergebnis zu Ende. Die größten Streitpunkte waren wieder die iranische Urananreicherung und die damit in Zusammenhang stehenden westlichen Sanktionen – hier vor allem im Öl- und Bankensektor. Die Sanktionen wurden inzwischen leicht gelockert – 700 Millionen Dollar stehen dem Iran nun monatlich aus seinen eingefrorenen Guthaben wieder zur Verfügung. Ansonsten bleibt das Interimsabkommen von Genf weiterhin gültig, d.h. weitere Lockerungen der Sanktionen, die im Iran eine schwere Wirtschaftskrise ausgelöst haben, gibt es nur gegen iranische Zugeständnisse beim Procedere der Urananreicherung und dessen Kontrolle. Der Iran erhielt jedoch von den verhandelnden „5+1“-Staaten (fünf UN-Vetomächte plus Deutschland) eine weitere Fristverlängerung bis 30. Juni 2015 zugestanden. Die „5+1“ streben ein dauerhaftes Abkommen mit dem Iran an, das diesem die friedliche Nutzung der Technologie zwar gestattet, aber ausschließt, dass Teheran in kurzer Zeit eigene Atomwaffen entwickelt.

US-Präsident Barack Obama gab sich indes vorsichtig optimistisch und betonte in einem Interview für den US-Sender ABC, das angestrebte Abkommen könne bewirken, dass „sich nicht nur die Beziehung zwischen dem Iran und uns zu verändern beginnt, sondern auch die Beziehung zwischen dem Iran und der Welt und der Region“. Selbst eine Kooperation mit dem Iran gemeinsam gegen den IS in Syrien und dem Irak rücke dann in den Bereich der Möglichkeiten.

Die USA und der Konflikt um die Ukraine

Mit dem Abschuss des Fluges Malaysia-Airlines MH17 über der Ostukraine erhielt der Ukraine-Konflikt am 17. Juli eine neue internationale Note des Grauens. Der Tod aller 298 Insassen des Linienfluges schockierte die Weltöffentlichkeit und führte erneut zu verschärften Spannungen zwischen dem Westen und Wladimir Putin, dem in der Ostukraine ganz offen Annexionsabsichten wie schon am Beispiel der Krim unterstellt werden. Die mit dieser kompromisslosen Haltung in Zusammenhang

stehenden schweren wirtschaftlichen Sanktionen des Westens, die von Beginn der Krise an von den USA stark forciert worden waren und ständig erweitert werden, begannen im Herbst erste schwere Auswirkungen auf die russische Wirtschaft und vor allem den Wechselkurs des Rubels zu zeitigen. Letzterer brach im Dezember völlig ein und sank auf den tiefsten Stand seit 1998. Die Sanktionen des Westens betreffen vor allem den Öl- und Energiebereich, das russische Bankenwesen sowie Einreiseverbote und das Einfrieren von privaten Vermögen von Einzelpersonen wie auch zahlreicher Organisationen.

Im Dezember schließlich verabschiedete der US-amerikanische Kongress den sogenannten „Ukraine Freedom Support Act“, mit dem erstmals auch Rüstungsexporte in die Ukraine erlaubt werden. Die Unterstützung der USA für 2015 wird sich vorerst auf ein Gesamtvolumen von 100 Millionen Dollar belaufen. Damit sollen die ukrainischen Streitkräfte vor allem im Bereich der Aufklärung (Drohnen, Radarsysteme etc.) modernisiert werden. Daneben ist aber auch an die Lieferung von Munition und Panzerabwehrsystemen gedacht. Für 2016 und 2017 soll der Etat auf jeweils 125 Millionen Dollar steigen.

Barack Obamas neue Kubapolitik

Mit seiner Ankündigung einer Lockerung der US-Sanktionen gegen Kuba hat US-Präsident Barack Obama am 17. Dezember den ersten Schritt zur Normalisierung der seit mehr als 50 Jahren auf Eis liegenden Beziehungen zwischen den beiden Staaten gemacht. Sehr zum Missfallen vieler eigener Landsleute, vor allem von Republikanern und der im Süden der USA einflussreichen Lobby der Exil-Kubaner, kann jedoch schon jetzt von einer historischen Wende in den Beziehungen gesprochen werden. Und obwohl mit Obamas Ankündigung des „*neuen Ansatzes: Offenheit statt Blockade*“ letztlich das Scheitern der langjährigen US-Isolationspolitik gegenüber dem Karibikstaat eingestanden wird, bleibt das Ziel der US-Politik doch das Gleiche: Nämlich mittelfristig den Sturz des autokratischen (Castro)Regimes auf Kuba herbeizuführen. Die neue Offenheit soll gleichzeitig als neue Waffe gegen die antidemokratischen Strukturen des kommunistischen Regimes auf Kuba dienen.

Die von Obama angekündigten Erleichterungen des US-Embargos betreffen in erster Linie Reiseerleichterungen für US-Staatsbürger und die Möglichkeit für US-amerikanische Unternehmen, wieder auf der Insel zu investieren. Auch an eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen ist bereits gedacht.

Im Alleingang kann Barack Obama den Kursschwenk freilich nicht vollziehen. Viele bestehende Gesetze kann nur der Kongress ändern bzw. außer Kraft setzen. Es

wird viel Überzeugungsarbeit Obamas bedürfen, das Embargo in den letzten zwei Jahren seiner zweiten Amtsperiode gegen den Widerstand der jetzt beide Häuser des Kongresses dominierenden Republikaner durchzusetzen.

Trans-Pacific-Partnership (TPP) und „Pivot to Asia“

US-Präsident Barack Obama, der selbst bis zu seinem 19. Lebensjahr auf Hawaii und in Indonesien lebte, hatte bereits im Zuge der Einigung auf die Grundzüge der neuen Trans-Pacific Partnership (TPP) 2011 angekündigt, dass die USA in Zukunft „*eine größere und längerfristige Rolle in der Gestaltung der Region*“ zu spielen gedächten. Partner Washingtons in diesem Freihandelsabkommen, das die USA parallel zum transatlantischen Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union verhandeln, sind neben Australien, Neuseeland und Brunei auch Chile, Peru, Singapur, Malaysia und Vietnam. Dazu gehören verstärkt militärische Kooperationen. Obama ließ keine Zweifel aufkommen, dass der Pazifik für die USA mittlerweile zur entscheidenden geo- und wirtschaftspolitischen Region avanciert ist: Der pazifische Raum habe „*Vorrang und oberste Priorität*“, hatte Obama einst 2011 in Canberra prognostiziert. Und obwohl Obama dort davor warnte, den zweiten großen Global Player der Region a priori von der Teilnahme am transpazifischen Freihandelsabkommen auszuschließen und die pazifischen Anrainerstaaten damals vielmehr geradezu beschwichtigend aufforderte, sich nicht vor China zu fürchten, ist der Trend unverkennbar:

Die meisten pazifischen Staaten begeben sich lieber unter den Schutzschirm Washingtons, als sich mit dem militärisch vor allem auf dem maritimen Sektor rasend schnell erstarkenden asiatischen Giganten einzulassen. Es bleibt abzuwarten, wie lange der gegenwärtige technische Vorsprung der USA das militärische Gleichgewicht in der Region noch im Sinne Washingtons wird sicherstellen können. Allein die demographischen Faktoren sprechen eine deutliche Sprache. Die zukünftige Strategie, die die USA in Sachen China verfolgen (müssen), ist eine komplexe: Ziel ist es nicht, die direkte (militärische) Konfrontation mit seinem Hauptgläubiger zu suchen, sondern Pekings machtpolitische Ambitionen in der Region einzudämmen, um es schließlich in ein pazifisches Bündnisystem Washingtoner Prägung einzubinden. Bis dahin ist es jedoch wohl noch ein weiter Weg, vor allem, wenn man bedenkt, dass viele territoriale Konflikte Chinas mit Anrainerstaaten des Südchinesischen Meeres sowie Insel- und Luftraumkonflikte mit Japan bisher noch nicht einmal ansatzweise gelöst sind.

China fühlt sich auf der anderen Seite von dem immer dichter werdenden militärischen Netz von Stützpunkten

und Verbündeten, das Washington in den letzten Jahren im Pazifik gewoben hat, in den Möglichkeiten seiner eigenen Machtentfaltung behindert. Dass inzwischen auch Japan seine seit 1945 strikt defensiv angelegte Verteidigungsstrategie ganz offen zu überdenken beginnt und politisch eifrig an Anti-China-Koalitionen bastelt, tut ein Übriges, dass sich die Fronten zu verhärten beginnen. Die verstärkte Präsenz der USA im pazifischen Raum ist mittlerweile als eindeutige Schwerpunktverlagerung zu werten: Mehr als die Hälfte aller US-Truppen befinden sich bereits im pazifischen Raum.



Präsident Obama und der chinesische Staatspräsident Xi Jinping Mitte November in Peking

Auch wenn man es in Europa nur widerwillig zur Kenntnis zu nehmen scheint: Die USA sind neben einer „atlantischen“ ebenso eine „pazifische“ Macht. Die Vereinigten Staaten weiterhin als nicht viel mehr denn Nachfahren europäischer Auswanderer zu begreifen und demnach zentral „europäisches“ (= atlantisches) Denken zu attestieren, greift daher sicherlich zu kurz. Auf den „New-Frontier“-Gedanken des 19. Jahrhunderts, der die USA schließlich über die Rocky Mountains an den Pazifik brachte, folgt nun im 21. Jahrhundert die „Economic Frontier“ des pazifischen Raumes

Ob damit ein „pazifisches Jahrhundert“ der USA auf das „europäische“ folgt, bleibt abzuwarten. Vor allem eines steht dabei noch gar nicht fest: Ob es tatsächlich die USA sind, die (auch) dem 21. Jahrhundert ihren Stempel aufdrücken werden.

Europa und die Europäische Union

Die neue Europäische Kommission

Aus den Wahlen zum Europäischen Parlament vom 25. Mai 2014 ging die Europäische Volkspartei (EVP) als die stimmenstärkste Fraktion hervor. So stellte gemäß dem Vertrag von Lissabon der Kandidat der stimmenstärksten Fraktion, Jean-Claude Juncker, den EU-Kommissionspräsidenten. Juncker wurde jedoch erst gegen enorme Widerstände, selbst aus seiner eigenen Fraktion, von den Staats- und Regierungschefs zum neuen Kommissionspräsidenten benannt: Nicht nur gegen Juncker gab es im Sommer 2014 zum Teil erhebliche Einwände, sondern auch gegen manche vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten für die Europäische Kommission. Die Liberale Alenka Bratušek aus Slowenien musste ausgetauscht werden, ansonsten stellte sich Juncker mit jenem Team zur Abstimmung, das er im Sommer 2014 vorgestellt hatte. In EU-Brüssel lässt sich nach den Wahlen zum Europäischen Parlament zudem ein Phänomen beobachten, das sich ebenso in vielen EU-Staaten widerspiegelt: die (Rechts-)Populisten legen zu, die politische Mitte rückt zusammen. Für die neue Kommission stimmten in Straßburg 423 Abgeordnete, 209 Abgeordnete votierten dagegen und 67 Abgeordnete zum Europäischen Parlament enthielten sich der Stimme. Juncker kann sich in der Folge auf eine informelle Koalition aus EVP, S&D (Sozialdemokraten) und Liberalen stützen. Um die Koordination zwischen der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament zu vertiefen, wurde ein informelles fünfköpfiges Gremium ins Leben gerufen, das regelmäßig zusammentreffen soll. Mitglieder sind EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, sein Stellvertreter Frans Timmermans, EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD), der Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei (EVP) Manfred Weber (CSU) sowie der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten (S&D), Gianni Pittella. Die neue Kommission begann offiziell am 1. November 2014 ihre Arbeit. Mit der neuen Kommission hatte auch Herman Van Rompuy sein Amt als Präsident des Europäischen Rates an den ehemaligen polnischen Premierminister Donald Tusk übertragen. Der ehemalige niederländische Außenminister Frans Timmermans fungiert seit 1. November 2014 als „erster Vizepräsident“ und soll Juncker als rechte und „gelegentlich auch als linke Hand“ dienen. Mit seiner herausgehobenen Stellung soll der Sozialdemokrat Timmermans ausgleichen, dass die Sozialdemokraten mit nur acht Posten in der Europäischen Kommission deutlich unterrepräsentiert sind. In der Praxis wird sich erst zeigen, ob die „einfachen“ Kommissare, die in Zukunft von den Vizepräsidenten beaufsichtigt werden, diese „neue Ordnung“ hinnehmen werden. Auch die

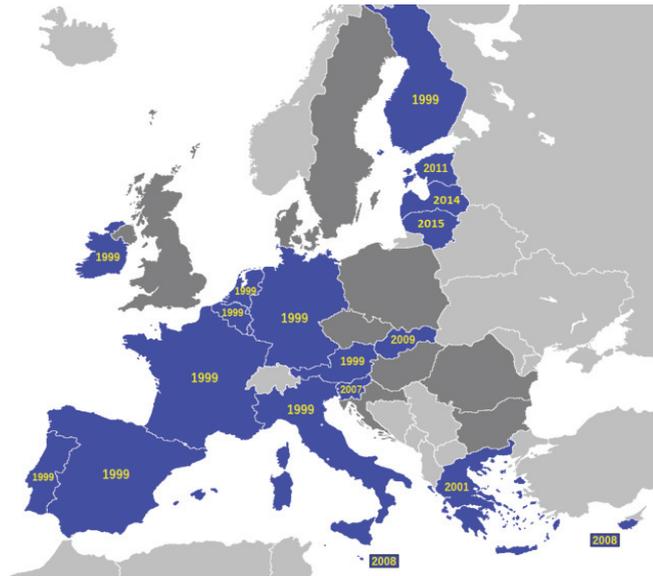
neue Kommission muss die EU-Verträge hüten, die Regierungsgeschäfte führen und das Einigungswerk voranbringen – stets misstrauisch beäugt von 28 Mitgliedsländern, die sich als Herren der Verträge fühlen.

Der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSI) bei stockender Wirtschaft

Eine Herausforderung stellt das große Investitionspaket zur Revitalisierung der Wirtschaftskraft dar, der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSI), mit dem 315 Milliarden Euro zwischen 2015 und 2017 investiert werden sollen. Über einen Zeitraum von drei Jahren soll eine derartige Summe investiert werden – und das bei minimalem Einsatz öffentlicher Gelder. Das Kunststück soll dank mehrfacher Hebelung der verfügbaren Mittel gelingen, denn de facto werden nur 13 Milliarden Euro „echten“ Geldes eingesetzt. In einer ersten Stufe sollen 21 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden (fünf Milliarden Euro zahlt die Europäische Investitionsbank, die restlichen 16 Milliarden Euro kommen von der EU-Kommission) – wobei die Kommission acht Milliarden Euro aus ihrem Budget zuschießt: das Geld kommt aus ungenutzten Reserven und den EU-Programmen Horizon 2020 und Connecting Europe Facility. Die 21 Milliarden Euro von der EIB besichern damit die Emission von Wertpapieren (z.B. Anleihen) und Vergabe von Krediten im Umfang von insgesamt 63 Milliarden Euro. Mit diesen 63 Milliarden Euro werden in einem dritten Schritt gemeinsam mit privaten Geldgebern Investitionen in Realwirtschaft und Infrastruktur finanziert, wobei die Brüsseler Experten davon ausgehen, dass Privatinvestoren für jeden Euro öffentlichen Geldes 5 Euro zuschießen. Dieser Multiplikator macht aus 63 Milliarden Euro 315 Milliarden – das von Juncker angekündigte Investitionsvolumen. Innerhalb der Kommission bestanden jedoch zunächst Zweifel darüber, ob mit einer „Hebelung“ durch private Investoren tatsächlich so viel Geld in die Wirtschaft gepumpt werden kann. Die EU-Staats- und Regierungschefs hatten am 18. Dezember 2014 grundsätzlich grünes Licht für diesen 315 Milliarden Euro schweren Plan von Juncker gegeben. Details dieses Planes sollten erst im Jänner 2015 ausgearbeitet werden, deshalb gab es am 18. Dezember noch keine konkreten Finanzierungszusagen. Großbritannien möchte mit einigen dieser Milliarden Gelder neue Atomkraftwerke bauen, Österreich hat sich dagegen ausgesprochen. Dass dieses Investitionsprogramm Investitionen von 315 Milliarden Euro mobilisieren und insgesamt noch 1,3 Millionen Arbeitsplätze schaffen wird, ist jedoch durch nichts belegt. 2014 ist das Wirtschaftswachstum in der Eurozone fast völlig zum Erliegen gekommen, auch

2015 wird nach Prognosen der Europäischen Kommission, des Internationalen Währungsfonds sowie der OECD ein äußerst herausforderndes Jahr. Sehr viel mehr als ein Prozent Wachstum wäre demnach kaum zu schaffen. Die Inflation ist angesichts der Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank kaum wahrnehmbar, weil das äußerst günstige Zentralbankgeld nicht im Wirtschaftskreislauf angekommen ist.

Litauen seit 1. Jänner 19. Euro-Mitglied, erneute Diskussion um „Grexit“



Eurozone

Seit 1. Jänner ist der Litas Geschichte, somit wurde Litauen 19. Mitglied der Eurogruppe. 2007 war Litauen bestrebt, den Euro zu übernehmen, es scheiterte jedoch damals an einer erhöhten Inflation. Für Litauens Regierungschef Algirdas Butkevicius bedeutet der Euro eine Garantie für ökonomische Sicherheit, angesichts der Ukraine-Krise gilt für Litauen der Euro als sicherheitsrelevant – als dreifache Absicherung gegenüber Russland: als EU-, als NATO- und als Euromitglied. Der Litas galt in Litauen als Symbol für die 1991 erlangte Unabhängigkeit, der Euro gilt nun bei vielen – trotz Skepsis in der Bevölkerung, dass dadurch die Preise in Litauen steigen werden – als der Beweis, auch währungspolitisch in der EU angekommen zu sein.

In Griechenland hingegen steht die Zukunft des Euro auf dem Spiel. Zwar hatte Griechenland 2014 die Rezession überwunden, seit 2014 werden in Griechenland wieder mehr Arbeitsplätze geschaffen als verloren gehen und auch der Konsum erfuhr wieder eine Steigerung. Ende Dezember 2014 scheiterten die vorgezogenen Wahlen des Staatspräsidenten im griechischen Parlament, daraufhin erfolgten die Auflösung des Parlaments und die Ausrufung von Neuwahlen am 25. Jänner 2015. Viereinhalb Jahre nach

Ausbruch der Finanzkrise leistet sich Griechenland jetzt ein neues Hasardeurstück: Statt die Verhandlungen mit der EU-Troika, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über die Auszahlung der letzten 1,8 Milliarden Euro abzuschließen, erlebte Griechenland das Vorziehen der Parlamentswahlen. Dabei konnte das Bündnis der radikalen Linken (Syriza) große Erfolge für sich verbuchen. Dessen Vorsitzender, Alexis Tsipras, hatte mehrmals angekündigt, jenes Sparprogramm, zu dem sich Griechenland im Gegenzug für Finanzhilfen seiner Euro-Partner und des IWF verpflichtet hatte, zu beenden und mit diesen einen weitreichenden Schuldenerlass zu verhandeln. Zu den Versprechen der Syriza zählen das Anheben der Pensionen und kostenlose Elektrizität für alle.

Gemäß einem Bericht in der Zeitschrift „Der Spiegel“ wäre laut der deutschen Bundesregierung ein Euro-Austritt Griechenlands („Grexit“) verkraftbar, Griechenland stelle demnach keine systematische Bedrohung für die Eurozone mehr dar. Nach diesem Bericht folgte am 5. Jänner 2015 ein enormer Abverkauf des Euro, so sank der Euro gegenüber dem US-Dollar auf den tiefsten Stand seit neun Jahren. Berlin verfolgt nach eigenen Angaben jedoch keinen Plan für einen Austritt Griechenlands aus dem Euro. Syriza wolle – so betonte Tsipras – die Rettung des Euro, dafür sei nach Tsipras ein weiterer Schuldenerlass oder zumindest ein Moratorium für die Rückzahlung unvermeidlich. Griechenland ist jedoch zu klein, um eine echte Gefahr für die Eurozone darzustellen. Eine Wahlentscheidung in Athen könnte der Auslöser für eine politische Krise sein, die danach auf die Austeritätspolitiken Italiens und Frankreichs überzuspringen droht – also auf die zweit- und drittgrößte Volkswirtschaft in der Eurozone. Die Krise der Eurozone – verbunden mit zum Teil enormen Austeritätspaketen aufgrund gewaltiger Überschuldungen von Mitgliedstaaten zusammen mit der Fortsetzung der Wirtschafts- und Finanzkrise und hoher Arbeitslosigkeit – hat zum Teil zu einer starken Wiedergeburt des Nationalismus und Regionalismus in der EU geführt, wie das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 deutlich gezeigt hat. EZB-Präsident Mario Draghi möchte schon bald mit der Staatsfinanzierung durch die Notenpresse beginnen. Deutschland steht diesem Vorhaben ablehnend gegenüber.

EU-Ukraine

Die EU hatte sich schon unter Barroso nach einiger Zeit und zögerlich auf gemeinsame Maßnahmen gegen die politische Führung Russlands unter Präsident Wladimir Putin geeinigt. Putin hatte am 21. März 2014 die Krim völkerrechtswidrig annektiert. Deutschland drängte darauf, dass möglichst schnell substanzielle EU-

Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängt würden. Da Russland kein wirkliches Interesse an einer Aufklärung des Flugzeugabsturzes des Malaysian Airlines Fluges MH17 am 17. Juli 2014 gezeigt habe, halte Angela Merkel rasche Beschlüsse für nötig. Aus diesem Grund wurden mit Wirksamkeit 1. August 2014 mit der Verordnung Nr. 833/2014 seitens der EU weitere Wirtschaftssanktionen gegen Russland erlassen. Kapitalmarktbezogene Sanktionen bedeuten, dass russische Banken nur mehr eingeschränkten Zugang zu den europäischen Kapitalmärkten haben, sofern sie sich mehrheitlich in Staatsbesitz befinden. Konkret sind dies die Sberbank, die VTB Bank, die Gazprombank, die Vnesheconombank und die Rosselkhozbank. Das Verbot umfasst den Kauf, Verkauf, die Vermittlung sowie jegliche andere Unterstützung bei der Emission von Wertpapieren oder den sonstigen Handel mit ihnen. Exportverbote betreffen Militär- und Dual-Use-Güter. Russland hatte sich zuvor zu einem Importstopp für Agrarprodukte aus der EU, den USA und anderen westlichen Staaten entschlossen. Die Sanktionsspirale setzte sich im Herbst fort. Ein Jahr lang dürfen Obst, Gemüse, Fleisch sowie Molkereiprodukte aus dem Westen nicht mehr nach Russland importiert werden. Die Handels- und Finanzströme werden durch die Sanktionen und Gegensanktionen in beide Richtungen massiv beeinträchtigt. Zudem verschärft der Verfall des Rubel zum Euro – 2014: minus 40 Prozent – das Problem. Die Preise für Importwaren werden in Russland entsprechend verteuert. Diskussionen gab es rund um die Auslieferung von zwei französischen „Mistral-Schiffen“ durch Frankreich an Russland. Für das wirtschaftlich angeschlagene Frankreich geht es bei dem Deal jedoch nicht nur um hohe Summen und um Arbeitsplätze, sondern um den Ruf als verlässlicher Rüstungslieferant. Großbritanniens Premier Cameron plädierte nach dem Flugzeugabsturz für eine schärfere Gangart gegenüber Moskau, es könne kein „business as usual“ geben. Es stellte sich jedoch heraus, dass selbst Großbritannien noch Rüstungsgeschäfte mit Russland in zweistelliger Millionenhöhe abgewickelt hat. Insgesamt gab es laut BBC 251 Lizenzen für Exporte, die Scharfschützengewehre, Raketenwerfer, Nachtsichtgeräte, Komponenten für Flugabwehrgeschütze und Kampfhubschrauber umfassen. Deutschland hatte die Lieferung eines Gefechtsübungszentrums an die russischen Streitkräfte gestoppt. Cameron nahm auch die geplante Lieferung französischer Kriegsschiffe an Russland ins Visier: In seinem Land wäre es „undenkbar“, ein solches Geschäft weiterhin abzuwickeln. Einzelne Regierungen wie in Ungarn zeigen Verständnis für das Verhalten Russlands, die Kommission muss hier stärker die Einhaltung und Umsetzung europäischer Werte einfordern. „Wir stehen an der Schwelle zu einem neuen Kalten Krieg“, meinte Österreichs Außenminister Sebastian Kurz Anfang

Dezember 2014, der zugleich die Meinung innerhalb der EU zu Putin wie folgt beschrieb: „*Putin hat Völkerrecht gebrochen, sein Verhalten ist zu verurteilen. Dennoch ist er derjenige, mit dem verhandelt werden muss. Daran führt kein Weg vorbei.*“ Dabei geht es nicht nur um den militärischen Konflikt in der Ostukraine, sondern auch um wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen. Im Mai 2014 hatte Kiew die EU um Unterstützung bei der Reform des zivilen Sicherheitswesens gebeten. Die EU hatte sich im Juli 2014 verpflichtet, die Reformen der prowestlichen Regierung zu unterstützen. Konkret sollen Polizisten und Sicherheitsexperten aus den EU-Ländern Kiew zwei Jahre lang im Rahmen von „EUAM Ukraine“ helfen, Sicherheitskräfte westlichen Zuschnitts aufzubauen. 46 Berater aus 13 Ländern – darunter Deutschland, Großbritannien, Italien, Schweden und Ungarn – nehmen an dieser Mission teil. Bis zu 400 EU-Berater sollen künftig auf dem gesamten Staatsgebiet der Ukraine operieren. Der Polizei- und Justizsektor soll mit Hilfe der EU stabilisiert werden, die Ukraine befindet sich jedoch nicht auf dem Weg in die NATO: „*Eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine kann für mich nicht auf der Tagesordnung stehen. Ich sehe die Ukraine jedenfalls nicht auf dem Weg in die NATO*“, stellte Deutschlands Außenminister Frank-Walter Steinmeier klar. An Sanktionen gegen Russland soll seitens der EU festgehalten werden, bis das Land seine Politik der Ukraine-Krise ändert. Der pleitebedrohten Ukraine sollen weitere Finanzmittel bereitgestellt werden, Details dazu sollen im Frühjahr 2015 erfolgen.

Moldawien und Georgien – zwischen EU und Russland

Unter den derzeitigen Spannungen zwischen Russland und dem Westen leiden die Ukraine, Moldawien und Georgien. Russland ist somit Teil des Problems, also muss es auch Teil der Lösung werden, so Kurz. EU und Russland müssen einen Weg des Zusammenlebens finden, bei dem Länder wie die Ukraine, Moldawien oder Georgien nicht zwischen diesen beiden Blöcken aufgerieben werden. Der Waffenstillstand von Minsk wird täglich gebrochen. Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel forderte von Russland bereits Mitte November 2014 die vollständige Umsetzung der Friedensvereinbarung von Minsk für die Ukraine. Moskau und die prorussischen Separatisten müssen die Minsker Vereinbarungen vom September 2014 „*in vollem Umfang*“ befolgen. Bei den Sanktionen gehört Österreich zu jenen Staaten, die „*eben auf die Bremse steigen*“, so Kurz. Prinzipiell geht es auch im Fall der Ukraine um einen Widerstreit zwischen der EU und der von Russland am 29. Mai 2014 gegründeten Eurasischen Union (mit Weißrussland, Kasachstan und Armenien) und in diesem Kontext um Einflussphären. Die Ukraine zählt

laut Transparency International jedoch weiterhin zu den korruptesten Ländern in Europa, von 175 untersuchten Ländern landete 2014 die Ukraine auf Platz 142. In Moldawien halten aufgrund der am 30. November 2014 abgehaltenen Parlamentswahlen die proeuropäischen Kräfte 56 der 101 Sitze im Parlament. Jedoch ist zu bedenken, dass die prorussischen Sozialisten unter Igor Dodon mit knapp 22 Prozent der Wählerstimmen stärkste Kraft wurden, die Kommunisten, die eine Zollunion mit Russland unterstützen, kamen auf 18 Prozent. Das proeuropäische Lager umfasst die Liberaldemokratische Partei (19 Prozent), die Reformliberale Partei (9 Prozent) sowie die gemäßigte Demokratische Partei (16 Prozent). Seit Ende April 2014 können Moldawier ohne Visum in die EU reisen. Der im Sommer 2014 erfolgte EU-Assoziationsvertrag hat den rund 4 Millionen Moldawiern auch Sorge beschert: Russland boykottiert seither den Import von Wein und Lebensmitteln. Dies hat dazu geführt, dass nach Umfragen 43 Prozent der Moldawier lieber zu Zollunion Putins gehören würden; für die Assoziation mit der EU wären demnach 44 Prozent. Die abtrünnige moldawische Region Transnistrien erklärte 1990 seine Unabhängigkeit, 1992 endete der Streit darüber in einen militärischen Konflikt. Russische Truppen wurden daraufhin als Friedenstruppen in Transnistrien stationiert. Die EU hat außenpolitische Interessen, sie möchte wirtschaftlich stabile Länder in ihrer Nachbarschaft mit verantwortlicher Regierungsführung. Aus diesem Grund hatte die EU 2009 die Europäische Nachbarschaftspolitik vor allem unter dem Betreiben Polens und Schwedens ins Leben gerufen.

Ende November 2014 hatte Russland die von Georgien abtrünnige Provinz Abchasien politisch und militärisch enger an sich gebunden. EU und NATO haben diesen „Vertrag“ scharf kritisiert. EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini sagte, dass das Abkommen, das eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik vorsieht, Georgiens Souveränität verletzt. Der Vertrag über Allianz und strategische Partnerschaft sieht für 2015 russische Finanzhilfen von mehr als 200 Millionen US-Dollar für das 240.000-Einwohnerland vor. Georgien kritisiert den Vertrag als „faktische Annexion“. Eine zivile Reintegration des Landes nach Georgien ist somit auf absehbare Zeit nicht mehr möglich.

Das Aus für die South Stream Pipeline und die Modernisierung der ukrainischen Pipelines

Als OMV-General Gerhard Roiss im Sommer 2014 mit Gazprom-Chef Alexej Miller den umstrittenen Teilstückbau der Gaspipeline South Stream nach Baumgarten besiegelte, hagelte es am Höhepunkt der Krimkrise Kritik aus der EU. Am 1. Dezember 2014 abends verkündete Russlands Präsident Wladimir Putin das Ende für das milliardenschwere Projekt, das 63

Milliarden Kubikmeter Gas durch das Schwarze Meer und an der Ukraine vorbei nach Europa hätte bringen sollen. Damit ist auch die Hoffnung der OMV begraben, bald größere Mengen zum Gasknotenpunkt Baumgarten zu transportieren. Die EU-Kommission hatte stets erklärt, dass in der EU die Produktion von Gas und der Betrieb einer Pipeline zu trennen sind, also anders, als dies bei dem 40 Milliarden US-Dollar-Projekt South Stream Fakt gewesen wäre. Putin beschuldigte die EU, dass es Bulgarien seine souveränen Rechte verweigere. Im Gegenzug will Putin die Energiepartnerschaft mit der Türkei ausbauen. Nach dem Aus der Nabucco-Pipeline Ende Juni 2013 ist South Stream bereits das zweite große Projekt zur Energieversorgung Europas, das scheitert. Nabucco sollte Gas aus Aserbaidschan über Österreich nach Mittel- und Westeuropa bringen, die OMV hatte dieses Vorhaben 2002 initiiert. Das Shah-Deniz-Konsortium hatte damals entschieden, Erdgas aus dem Raum Kaspisches Meer jedoch über die Transadriatische Pipeline (TAP) nach Italien und nicht über Nabucco nach Baumgarten an der March zu liefern. Für Anleger war dies eine positive Nachricht, da hohe Investitionen ausgeblieben waren. Das Nabucco-Projekt wurde stets überarbeitet, der Baubeginn war deshalb schon mehrfach verschoben worden. Ursprünglich sollte Nabucco bis an die georgisch-türkische Grenze, am Ende der Planung lediglich bis zur bulgarisch-türkische Grenze reichen. Von dort hätte Nabucco 1.300 Kilometer nach Baumgarten führen sollen. An russischem Gas führt unter derzeitigen Bedingungen jedoch kein Weg vorbei. Gazprom hatte bereits 2013 mitgeteilt, dass die Investitionskosten um 40 Prozent auf 23,5 Milliarden US-Dollar steigen würden. Im ersten Halbjahr 2014 hatte Gazprom wegen des Gaskonflikts mit der Ukraine Milliarden an Rückstellungen vornehmen und einen Gewinneinbruch von 23 Prozent auf 8,8 Milliarden Euro hinnehmen müssen. Seither ist auch der Ölpreis abgestürzt, was Gazprom 2015 richtig zu spüren bekommt. Dazu kamen noch die westlichen Sanktionen. So war Russland gezwungen gewesen, das Projekt aufzugeben, weil Gazprom aufgrund der Sanktionen keine Unterstützung mehr durch westliche Kreditgeber bekam. Das Aus für South Stream markiert den Höhepunkt der Entfremdung zwischen Russland und der EU auf dem Gassektor, der sich seit dem ersten Gaskonflikt mit der Ukraine 2006 entwickelt hat. Angela Merkel hatte Mitte Dezember 2014 angekündigt, dieses „Aus“ nicht hinnehmen zu wollen und hat sich für neue Verhandlungen mit Moskau ausgesprochen.

Die Ukraine ist vorerst jedenfalls weiterhin das wichtigste Transitland für russisches Gas, das für die EU bestimmt ist. Zur Modernisierung der Pipeline Urengoi-Pomary-Ushgorod stellen die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie die Europäische Investitionsbank daher ab 2015 300

Millionen Euro zur Verfügung. Durch die alte und zum Teil undichte Pipeline wird russisches Gas Richtung EU gepumpt.



Das Erdgas-Pipeline-Netz für russische Erdgaslieferungen nach Europa

Serbien – zwischen EU und Russland

Serbiens erste Militärparade seit 29 Jahren zum 70. Jahrestag der Befreiung Belgrads ist aufgrund eines sechsstündigen Besuches des russischen Präsidenten Wladimir Putin am 16. Oktober 2014 um vier Tage vorverlegt worden. Dass es ausgerechnet die 3. Ukrainische Front unter Marschall Tolbuhin war, die am 20. Oktober 1944 Belgrad befreite, wurde unter der Anwesenheit Putins nicht kommuniziert. Am 14. November 2014 fand in der Vojvodina unter dem Namen „Srem 2014“ das bisher größte serbisch-russische Militärmanöver statt. Die als Anti-Terror-Aktion deklarierte Übung fügt sich in eine Reihe von Hinweisen, dass Moskau seine Präsenz und seinen Einfluss auf dem Balkan stärken will. Eine Woche vor Beginn der Übung landeten auf dem Militärflughafen Batajnica in der Nähe von Belgrad sechs russische Transportflugzeuge vom Typ Iljushin Il-76, beladen mit Kampffahrzeugen BMD-2, gepanzerten Transportern und Drohnen. Beim Manöver selbst übten ca. 200 Mann der russischen Luftlandebrigade aus Tula mit serbischen Bodeneinheiten taktische Anti-Terror-Aktionen. Im Juli 2014 hatten serbische Einheiten auch an Militärübungen mit Truppen der USA teilgenommen.

Den USA ist der serbisch-russische Katastrophenmanagementstützpunkt nahe Niš ein Dorn im Auge. Vor einigen Jahren wurde diese Basis vom damaligen russischen Katastrophenschutzminister

Sergej Schoigu eröffnet, dem jetzigen Verteidigungsminister. Der US-Think Tank Stratfor (Strategic Forecasting) sieht die Gefahr, dass sich dieses „humanitäre Zentrum“ leicht in eine erste russische Militärbasis außerhalb der GUS verwandeln könnte. Dem russischen Katastrophenschutzministerium unterstehen 52.000 Uniformierte. Die russische Präsenz in Serbien wurde mit dem Besuch des Patriarchen für Moskau und ganz Russland, Kyrill, Mitte November 2014 auch religiös untermauert. Er weihte auch das Denkmal des russischen Zaren Nikolaus II. im Zentrum Belgrads ein. Russlands verstärktes Auftreten in der Balkan-Region wurde auch dadurch deutlich, dass Moskaus UN-Botschafter Witali Tschurkin am 11. November 2014 erstmals drohte, gegen eine Verlängerung des Mandats der EUFOR Althea in Bosnien-Herzegowina zu stimmen. Tschurkin erklärte, Russland sei gegen jegliche internationale Truppen in Bosnien-Herzegowina, weil damit die Integration des Landes in die EU und die NATO beschleunigt werde. Schließlich enthielt er sich der Stimme im UN-Sicherheitsrat. Großbritannien hatte angekündigt, bei einer russischen Blockade NATO-Truppen als Ersatz für die EUFOR in Bosnien-Herzegowina einzusetzen. Bereits im Mai 2014, bei einer Tagung des Friedensimplementierungsrates (PIC), war Russland in Bezug auf Bosnien-Herzegowina aus der Reihe getanz: Russland ließ verlautbaren, dass es die Existenz des Staates Bosnien-Herzegowina in seinen jetzigen Grenzen nicht mehr garantieren möchte. In Summe zeichnet sich eine konsistente Strategie Russlands gegenüber dem Westbalkan ab. Zu Zeiten von Jelzin und selbst in der ersten Amtszeit von Wladimir Putin hatte Russland zwar Sympathien für Serbien, die „orthodoxen Brüder“, gezeigt, doch gleichzeitig die Integration der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien in die EU befürwortet. Jetzt ist Russland bestrebt, den Weg Serbiens und Bosniens-Herzegowinas in die EU zu erschweren. Insbesondere möchte Moskau die Aufnahme beider Länder in die NATO verhindern. Seit 2012, nach der Wahlniederlage der prowestlichen Demokratischen Partei unter Premierminister Boris Tadić, geben sich serbische Politiker in Moskau die Klinke in die Hand. 2013 unterzeichnete der neue Premier, Iwica Dačić, Mitglied der Sozialistischen Partei, in Moskau ein Abkommen über eine strategische Partnerschaft Russland-Serbien. Auch militärisch wird enger kooperiert. Serbien weigert sich, die EU-Sanktionen gegen Russland mitzutragen. 2014 sind die serbischen Agrarexporte nach Russland bedeutend angestiegen. Putin unterzeichnete auch mehrere Abkommen, darunter die Modernisierung der serbischen Eisenbahn. Die russischen Eisenbahnen mit dem Putin-Vertrauten Wladimir Jakunin an der Spitze modernisieren in Serbien für eine Dreiviertelmilliarde Euro eine 350 Kilometer lange Eisenbahnstrecke. Der

Moskauer Ölmulti Lukoil besitzt inzwischen 79,5 Prozent am lokalen Tankstellennetz Beopetrol. Gazprom ist gleichzeitig zu einem der größten Spieler in Serbiens Wirtschaft aufgestiegen, das Land ist nun völlig von russischem Öl und Gas abhängig. Serbiens Staat verkaufte das bisherige Staatsmonopol Nafta Industrija Srbija an Gazprom weit unter Preis, wie die Opposition kritisierte. Russland beherrscht somit den Energiesektor in Serbien.



Präsident Putin bei seinem Staatsbesuch Mitte Oktober in Belgrad

Zwar hält die serbische Regierung weiter offiziell an ihrem pro-EU-Kurs fest und ist mit Blick auf ihre Position gegenüber dem Kosovo keineswegs glücklich über die Annexion der Krim durch Russland. Doch angesichts der immer stärker werdenden prorussischen Stimmung in der Bevölkerung ist sie genötigt, zwischen beiden Seiten zu lavieren. In Montenegro führt Russland die Liste der Auslandsinvestoren an, ein Drittel der Firmen des Landes gehört Russen. Russland gibt auch dem Präsidenten der serbischen Teilrepublik in Bosnien, Milorad Dodik, Rückendeckung. Dodik erhielt Kreditzusagen von Russland in Höhe von 270 Millionen Euro. Er durfte sogar einen Orden der orthodoxen Kirche Russlands entgegennehmen. Dodik will die EUFOR Althea und andere internationale Organisationen am liebsten aus dem Land jagen. Putin könnte an einer Abtrennung der durch Krieg und ethnische Säuberungen entstandenen serbischen Teilrepublik von Bosnien-Herzegowina interessiert sein, um einen Präzedenzfall für die Ostukraine zu schaffen. Dann spätestens wäre Bosnien-Herzegowina wieder Schnittpunkt widerstreitender Interessen der großen Mächte.

Belgrad lehnt es nach wie vor ab, die im Februar 2008 ausgerufene Unabhängigkeit des Kosovo anzuerkennen. Ebenso wird der Kosovo auch von 5 EU-Staaten nicht anerkannt: Griechenland, Rumänien, der Slowakei, Spanien und Zypern.

Großbritannien – der Abschied von der EU?

Großbritannien gilt es, in der EU zu halten, ohne jedoch faule Kompromisse einzugehen, etwa beim Thema Freizügigkeit. Premierminister Cameron will die Zuwanderung aus der EU, die mit 260.000 Neuzugängen pro Jahr neue Rekordwerte erreichte, durch eine radikale Einschränkung der Sozialleistungen eindämmen. In Zukunft soll nur mehr nach Großbritannien dürfen, wer ein verbindliches Jobangebot hat. Dies sei derzeit nur bei ca. 40 Prozent der Zuwanderer der Fall. Zudem soll die Beihilfe für Jobsuchende gestrichen werden. Für den Anspruch auf Steuervergünstigungen und Sozialwohnungen sollen Zuwanderer in Zukunft vier Jahre arbeiten müssen. Mehr als 400.000 EU-Bürger würden derzeit in Großbritannien unterschiedliche Sozialleistungen beziehen, und es gebe „kein Verständnis“ für den Transfer von derartigen Zahlungen in das Herkunftsland. Cameron stellt jedoch das EU-Grundprinzip der Freizügigkeit nicht in Frage und verlangte keine Quotenregelung für die Einwanderung oder eine zeitweise Aussetzung von EU-Bestimmungen. Cameron betonte Ende November 2014, er wolle nicht aus der EU austreten. Vielmehr will Cameron im Fall einer Wiederwahl im Mai 2015 „eine Reform der EU und Großbritanniens Verhältnis mit der Union neu verhandeln“, über die 2017 ein Referendum erfolgen soll. Die EU, so Cameron, ist auf dem Prinzip des Kompromisses aufgebaut. Würde Cameron in Brüssel jedoch kein Verständnis erzielen, „schließe ich nichts aus“, so Cameron. UKIP-Chef Nigel Farage wiederholte seine Position, dass „nur ein EU-Austritt uns die Souveränität über unsere Grenzen zurückgeben wird.“ Cameron, der einst gefordert hatte, seine Partei müsse endlich aufhören, sich über Europa auszulassen, ist als Premier ein getriebener von UKIP und jener Krisenzeiten geworden, in denen eine Zustimmung zur Einwanderung generell sinkt. Mit seiner Ankündigung eines Referendums Ende 2017 über den Verbleib Großbritanniens in der EU hat er diese Stimmung zum Ausdruck gebracht. Keiner in Großbritannien weiß, wie die britische Position in der EU neu verhandelt werden könnte, und es gibt keine Garantie der EU-Skeptiker, vor allem jener in den eigenen Reihen der Tories. Das Referendum bedeutet jedoch ein Zugeständnis an die EU-Skeptiker innerhalb der Tories sowie ein Kniefall vor der UKIP.

Am 18. September 2014 stimmten 85 Prozent der Schotten über die Zukunft des Nordens Britanniens ab. Es war eine der höchsten Wahlbeteiligungen in der jüngeren Geschichte der Insel. Wenngleich sich der Norden mehrheitlich mit 55 zu 45 Prozent für eine Beibehaltung der Union mit England, Wales und Nordirland entschied, so haben sich doch 1,6 Millionen Schotten unmissverständlich für den endgültigen Bruch mit London ausgesprochen: „Schottlands Stimme haben wir gehört“, so Cameron. Den Schotten hatten die drei

großen Westminster-Parteien mehr autonome Rechte bereits im Endspurt des Referendumswahlkampfes versprochen. Dies wird als einer der Gründe angesehen, warum viele Wähler doch nicht mit Ja zur Unabhängigkeit stimmten. Zu ungewiss erschienen einer Mehrheit der Schotten die wirtschaftlichen Folgen einer Abspaltung von Großbritannien. Die Betreiber der Unabhängigkeit hatten nicht aufgezeigt, wie ein von Großbritannien emanzipiertes Schottland konkret funktionieren könnte. Ein nervenaufreibender Dialog über eine kostspielige Scheidung in Sachen Öleinnahmen, Schulden, Währung und Militär stand bevor. Bei aller Betonung der schottischen Identität wollte eine Mehrheit der Schotten nicht die politischen und kulturellen Bande zu einer Union kappen, von der auch die Schotten sehr profitiert haben. Die schottische Nation hat es nicht geschafft, einen eigenen Staat zu erringen, erhält jedoch eine erweiterte Autonomie auch in Steuer- und Haushaltsfragen. Cameron hat dies zugesagt, er kann nicht mehr zurück. Der tiefere Grund für eine Loslösung Schottlands von England nach über 300 Jahren war vor allem das Gefühl, von einer fernen Elite in Westminster bevormundet und ohne Respekt behandelt zu werden. Die fünf Millionen Schotten drängten im Zuge des Abspaltungsreferendums den 53 Millionen Engländern jedoch eine grundlegende Reformdebatte auf: Dezentralisierung lautet das Stichwort für den Umbau des britischen Königreiches. Im Unterhaus war bereits von einer „Bevorzugung Schottlands“ die Rede. Das Problem besteht darin, dass schottische Abgeordnete im Unterhaus stets über England betreffende Gesetze mit abstimmen dürfen – aber Engländer umgekehrt nicht über das, was im Regionalparlament in Edinburgh verhandelt wird. In England gibt es, im Gegensatz zu Schottland, Wales und Nordirland, jedoch keine Regionalverwaltung und England, als der weitaus größte Landesteil, hat kein eigenes Parlament. Cameron erklärte daher: *„Wie Schottland separat über seine Steuer- und Sozialpolitik bestimmen wird, so soll auch England genauso wie Wales und Nordirland künftig in der Lage sein, über diese Dinge abzustimmen.“*

In der EU ist die Erleichterung über das Nein der Schotten zur Unabhängigkeit groß. Es herrschte die Angst, dass eine Abspaltung der Schotten die Autonomiebewegungen in anderen Regionen Europas beflügeln könnte. Der Trend zur Kleinstaaterei gilt in Brüssel als Gift für den Prozess der europäischen Integration. Eine „innere Erweiterung“ durch die Aufspaltung eines großen Mitgliedslandes hätte auch die EU in eine Krise gestürzt. Sie wäre vor allem in einem unpassenden Moment gekommen, da die Eurokrise weiter schwelt und die europäische Ordnung durch Russlands Aggression gegen die Ukraine infrage gestellt wird. Das schottische Beispiel sollte für die EU-Staaten jedoch ein Warnruf sein. In einer globalisierten Welt

und in einem zusammenwachsenden Europa streben immer mehr Regionen mit eigener kultureller Identität nach mehr Selbstbestimmung und Selbstverwaltung. Für Brüssel heißt es, die EU nicht zu zentralistisch zu bauen, sondern Platz zu lassen für die Vielfalt der Regionen des europäischen Kontinents. Somit bleibt zwar Schottland Teil Großbritanniens, jedoch bleibt die Frage, ob Großbritannien Teil der EU bleiben wird? Der seit 1. Dezember 2009 geltende EU-Vertrag in der Fassung des Vertrags von Lissabon räumt jedenfalls in Artikel 49 die Option eines Austritts aus der EU explizit ein: *„Jeder Mitgliedstaat kann im Einklang mit seinen verfassungsrechtlichen Vorschriften beschließen, aus der Union auszutreten.“*

Katalonien bleibt bei Spanien

Am 9. November 2014 hatten 1,9 Millionen von 5,4 Millionen wahlberechtigten Katalanen (Wahlbeteiligung: 37 Prozent) bei einer symbolischen Volksbefragung der Unabhängigkeitsbewegung ihre Stimme gegeben. Das waren mehr als ein Drittel der Abstimmungsberechtigten. Madrid hatte ein offizielles Referendum vom Verfassungsgerichtshof stoppen lassen, da nach spanischer Auffassung eine Region nicht einseitig über die Unabhängigkeit abstimmen kann.



Autonome Region Katalonien

Barcelona machte das Votum daraufhin zum „inoffiziellen Befragungsakt“ und übertrug die Durchführung Bürgerinitiativen und Freiwilligen. Doch auch diese entschärfte Bürgerbefragung, bei der die Stimmen in Pappkartons statt in offiziellen Wahlurnen geworfen wurden, stellt nach Meinung des Spanischen Premierministers Mariano Rajoy einen Rechtsbruch dar. Die spanische Staatsanwaltschaft will Artur Mas, den Regierungschef von Katalonien, wegen der Volksbefragung klagen. Die spanische Zentralregierung, der die Staatsanwaltschaft unterstellt ist, wirft dem Regionalchef vor, gegen eine Entscheidung des Verfassungsgerichts verstoßen zu haben. Das Gericht hatte die Abstimmung untersagt. Mas droht nun ein Verfahren wegen „Ungehorsam und Rechtsbeugung“.

Sollte er angeklagt werden, dürfte er bei den nächsten Regionalwahlen nicht mehr kandidieren.

Flüchtlinge: neuer Rekord in Europa

Während „mare nostrum“, das italienische Programm zur Rettung von Mittelmeer-Flüchtlingen, seit 18. Oktober 2013 mehr als 138.000 Menschen vor dem Ertrinken bewahrt hat, setzt das europäische Nachfolgeprogramm „Triton“ den Fokus vermehrt auf eine Sicherung der Außengrenzen. Die Schiffe der EU sollen lediglich in einem Radius von 30 Seemeilen vor der italienischen Küste patrouillieren, federführend ist die EU-Grenzschutzagentur Frontex. Ein gesamter EU-Notfallplan gegen das Flüchtlingselend lässt jedoch weiterhin auf sich warten. Europa ist aufgrund der Konflikte in Syrien, Nordirak und Libyen sowie Kriegsländern in Afrika wie Somalia und Eritrea und auch aus Afghanistan das Hauptziel von Bootsflüchtlingen. Allein bis Mitte September ertranken 2014 mehr als 2.500 Bootsflüchtlinge im Mittelmeer. Der Weg über das Mittelmeer nach Europa bleibt somit weiterhin die tödlichste Flüchtlingsroute der Welt.

Die NATO und die transatlantischen Beziehungen

Das Gipfeltreffen in Newport/Wales

Anfang September 2014 fanden sich die Staats- und Regierungschefs des nordatlantischen Bündnisses zu einem Treffen ein, das in der Vorbereitung lange Zeit Routinecharakter besaß. Doch die im März nach dem Regimewechsel in Kiew ausgebrochene Krise um die Ukraine änderte dies schlagartig, da der mittlerweile ehemalige Partner Russland rasch Tatsachen schuf, die so mancher osteuropäischer Verbündeter mit Besorgnis aufnahm. Zu deren Rückversicherung wurden noch im April erste Maßnahmen beschlossen, die zum „Readiness Action Plan“ auf dem Gipfel in Wales führten. Im Wesentlichen ist dieser Plan ein umfassendes Paket zu den Krisen in der Nachbarschaft mit der Betonung der kollektiven Abschreckung bzw. Verteidigung. Um zuerst die Reaktionsfähigkeit zu erhöhen, soll die NRF verbessert und eine „Very High Readiness Joint Task Force (VJTF)“ oder „Spearhead Force“ als Kern gebildet werden. Dieser Kern wird alle vier Teilstreitkräfte umfassen und etwa 4.000 Soldaten stark sein. Vorbereitet und ergänzt wird die VJTF durch die Stationierung von Führungseinrichtungen und „force enabler“, welche auf Rotationsbasis durch alle Alliierten gestellt werden. In Wales wurde überdies mehrfach betont, dass der Aspekt der Kollektiven Verteidigung durch die Entwicklung von neuen Szenarien sowie Übungen wieder ein stärkeres Gewicht erhalten wird. Dabei werden besonders „Hybrid Threats“, also die Operationsführung unterhalb der konventionellen Schwelle kombiniert mit Desinformation und militärischem Druck von außen, Eingang finden. Die Absage einer permanenten Verlegung namhafter Kampfverbände in die ab 1999 neu beigetretenen Staaten bedeutete, dass der Grundgedanke der 1997 abgeschlossenen „NATO-Russland Gründungsakte“ aufrecht bleibt. Mit dem Festhalten an diesen Prinzipien wurde versucht, die bestehende sicherheitspolitische Ordnung formell zu erhalten und den Gesprächsfaden nach Moskau nicht abreißen zu lassen.

Die Ukraine selbst erfährt vorrangig politische Unterstützung, indem die NATO die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität des Landes betont. Fachlich wird dem langjährigen Partner die Teilnahme an der neuen „Partnership Interoperability Initiative“ angeboten sowie das Interesse Kiews an den „enhanced opportunities“ desselben Programms begrüßt. Ziele sind die Verbesserung der Interoperabilität der Streitkräfte und die weitere Reform des Sicherheits- und Verteidigungssektors. Faktisch erhält das schwer in Bedrängnis geratene Land damit aber nicht mehr Hilfe als die meisten Partner der Allianz, eine wie immer geartete politische Aufwertung

oder materielle Hilfe werden ihm wohl wegen der Rücksichtnahme auf Moskau vorenthalten.

Das lange dominierende Thema ISAF wurde durch die Vorgänge in der Ukraine in den Hintergrund gedrängt. Dennoch wurde Afghanistan noch vor der Unterzeichnung der Stationierungsabkommen die weitere kurz-, mittel und langfristige Unterstützung zugesagt. Die seit Jahresanfang 2015 laufende „Resolute Support“-Mission ist die sofortige Ausbildungsunterstützung der afghanischen Streitkräfte auf operativer und strategischer Ebene; mittelfristig wurde die finanzielle Hilfe zugesagt und langfristig soll ohne weitere Präzisierung die in Chicago beschlossene NATO-Partnerschaft erfüllt werden.



NATO-Generalsekretär Stoltenberg und EU-Außenbeauftragte Mogherini bei ihrem Treffen am 4. 11. 2014

Ein weiteres wichtiges Thema bildeten die Aufwendungen für den Wehretat. Trotz vieler politischer Beschlüsse sinken diese namentlich der europäischen Alliierten seit Anfang des Jahrtausends kontinuierlich, was bereits zu Fähigkeitslücken wie fehlender Präzisionsmunition in der Operation „Unified Protector“ führte. Um diese zumindest schrittweise zu beseitigen sowie um die Anforderungen des „Readiness Action Plan“ zu erfüllen und nicht zuletzt um die in der Allianz ungleiche Lastenteilung zwischen den USA und Europa wieder zu verringern, beschlossen die Alliierten einmal mehr, das ohnehin schon lang fixierte Ziel von 2 Prozent BIP für den Wehretat zumindest bis 2024 zu erreichen. Erste Absichtserklärungen erfolgten noch vor dem Gipfeltreffen in Ländern wie Polen, die am stärksten von den Kämpfen in der benachbarten Ukraine betroffen sind. Angesichts der sich mittelfristig nicht wie erhofft entwickelnden europäischen Wirtschaft gepaart mit zum Teil dramatischer Überschuldung sind aber Zweifel berechtigt, ob es jetzt gelingen wird, dieses unverändert ambitionierte Ziel zu erfüllen. Eher könnte ein Ausweichen auf gemeinsame Fähigkeitenentwicklung („Smart Defence“) erfolgen, was immerhin zu einer stärkeren Vernetzung führen würde, Überlegungen wie das „Framework Nations Concept“ deuten in diese Richtung.

Es bleibt abzuwarten, ob dieses Mal der Wille zur Umsetzung gemeinsam gefasster Budgetbeschlüsse ausgeprägter sein wird, der neue NATO-Generalsekretär Stoltenberg wird auf jeden Fall darauf drängen. Am 24. November sprach er vor der parlamentarischen Versammlung der Allianz. Ausgehend von den massiven Kürzungen bei den Streitkräften seit dem Ende des Kalten Kriegs und den mittlerweile neu aufgetretenen Bedrohungen an der Ost- und Südgrenze des Bündnisses unterstrich er die Notwendigkeit, nicht nur den Trend sinkender Verteidigungsbudgets zu stoppen sondern die Anstrengungen, die Allianz mit den entsprechenden Ressourcen auszustatten, zu verdoppeln. Die Umsetzung des „Readiness Action Plan“, die Sicherstellung der „Resolute Support“-Mission und die mögliche Unterstützung von Partnern wie dem Irak sind die kurzfristigen Herausforderungen, darüber hinaus müssten die militärischen Planer aber auch auf politische Unterstützung für die Erfüllung langfristiger Investitionsprogramme zählen können. Hingegen hat die NATO in ihrer Gesamtheit in den letzten 5 Jahren das Verteidigungsbudget um 20 Prozent reduziert. Dies war zwar in Friedenszeiten gerechtfertigt, „*but we do not live in peaceful times*“, so Stoltenberg wörtlich. Es wird daher von allen Mitgliedsstaaten erwartet, dass sie ihren jeweiligen Anteil an der Fähigkeitenentwicklung, an der Operationsbeteiligung und eben am Wehretat leisten. Russische Luftwaffen- und Marinemanöver an den Grenzen des Bündnisgebiets wiesen im Übrigen darauf hin, dass die absoluten „peaceful times“ vorerst vorüber seien. In Vorbereitung auf das Außenministertreffen der Allianz am 2. Dezember wies Stoltenberg die von Russland geforderten Garantien gegen einen NATO-Beitritt der Ukraine zurück. Es gebe kein Vetorecht von Drittstaaten, im Falle eines Beitrittsesuchs wird dieses mit der Ukraine verhandelt und mit niemanden sonst. Bei der Sitzung mit der Ukraine wurden die bekannten Standpunkte wiederholt: die Allianz unterstützt die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine und ist bereit, der neuen Regierung mit mehreren finanziellen Paketen zu helfen, vor allem bei der Reform der Sicherheitskräfte. Das russische Außenministerium warf inzwischen der NATO vor, dass diese nicht zu einer gleichberechtigten Zusammenarbeit mit Russland bereit sei, um auf Bedrohungen im Euroatlantischen Raum reagieren zu können. Die Allianz stelle die Russische Föderation als geopolitischen Gegner zur Begründung der eigenen Existenz dar. Auch die überarbeitete Militärdoktrin sieht die NATO-Osterweiterung und die kürzlich gefassten Beschlüsse zur Stationierung von Kräften in den neuen Mitgliedsstaaten als fundamentale Bedrohung der Russischen Föderation. Die beim Gipfeltreffen im September beschlossene Verstärkung der NRF, die „Spearhead Force“, soll mit

einer Zwischenlösung schon Anfang 2015 bereit stehen, nicht zuletzt um damit den Ängsten in den östlichen Mitgliedsstaaten entgegen zu treten. Ein Jahr später soll wie geplant aus der Interimslösung die vollständige „Very High Readiness Joint Task Force (VJTF)“ entwickelt werden. Zum Abschluss wiederholte Stoltenberg, dass der „Readiness Action Plan“ die sichtbarste Verstärkung der Kollektiven Verteidigung seit dem Ende des Kalten Kriegs sei.

Routinemäßig wurde im Sitzungsformat mit Afghanistan auch der Beginn der Resolute Support Mission mit 1. Jänner 2015 beschlossen. NATO-Generalsekretär Stoltenberg betonte im Beisein der afghanischen Regierungsspitze, dass damit die auf den Gipfeltreffen in Lissabon, Chicago und Wales gemachten Versprechen eingehalten würden.

Nach 20 Jahren schwergewichtsmäßiger Beteiligung am internationalen Krisenmanagement führt die russische Politik in der Ukraine zu einer wieder stärkeren Betonung der kollektiven Abschreckung bzw. nötigenfalls der kollektiven Verteidigung. Eine wesentliche Voraussetzung des dafür eingesetzten „Readiness Action Plan“ ist aber die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel - der lang anhaltende Trend sinkender europäischer- Verteidigungsbudgets soll gestoppt werden. Die Partnerschaft zur Ukraine selbst wird in einem gewissen Maß politisch gestärkt, jede militärische Unterstützung bleibt hingegen aus.

Ausblick

2016 wird bezeichnenderweise der nächste Gipfel in Warschau abgehalten und bis dorthin muss die Allianz einige Herausforderungen meistern. In Erfüllung der jetzt vermutlichen Schwergewichtsaufgabe kollektive Abschreckung wird der „Readiness Action Plan“ umzusetzen sein und hier vor allem die Verbesserung der NRF als rasche Reaktionskraft. Erste Ergebnisse sollen beim Verteidigungsministertreffen im Februar 2015 erörtert werden, die hier zur Diskussion stehende „Spearhead Force“ dürfte nach Zusagen mehrerer Alliierten auch nicht gefährdet sein. Entscheidender wird schon die Effizienzsteigerung der gesamten NRF bis 2016/17 und Zweifel sind durch die schleppenden Einmeldungen in der Vergangenheit durchaus berechtigt. Der fordernde ISAF-Einsatz war damals der Grund für diese Schwierigkeiten, dieser fällt nun aber weg. Zu hoffen ist weiters, dass die afghanischen Kräfte ab 1. Jänner 2015 für die Sicherheit im Lande selbst sorgen können und sich diese Beurteilung nicht durch größere Operationen der Aufständischen als Fehleinschätzung erweist. Nachdem bereits Libyen nach

einer NATO-Intervention durchaus als gescheiterter Staat bezeichnet werden kann, wäre ein weiterer Fehlschlag einer NATO-geführten Operation abträglich für die Glaubwürdigkeit einer Organisation, die über ISAF massive Beiträge leistete, Opfer in Kauf nahm und der für die Sicherheit Europas noch immer hohe Bedeutung zukommt. Auch möglichen Einwänden, dass das nordatlantische Bündnis in Afghanistan nur Teil einer größeren internationalen Gemeinschaft war und beide Operationen durch die UN mandatiert wurden, würde nicht zu hohes Gewicht beigemessen. Es ist also aus mehreren Gründen von Interesse, ob das strategische Kalkül aufgeht und „Resolute Support“ eine erfolgreiche Fortsetzung von ISAF sein wird.

Bleibt noch das Verhältnis NATO-EU, also derjenigen Organisationen mit europäischer sicherheitspolitischer Verantwortung und mit 22 Staaten, die hier wie dort Mitglied sind. Dies wäre an und für sich eine gute Ausgangslage für ein abgestimmtes Vorgehen, doch sowohl Stoltenberg als auch die neuen Spitzenpersonen der EU, Mogherini und Tusk, sehen hier noch Verbesserungsbedarf. Grundgedanke des ersten Treffens am 4. November zwischen dem NATO-Generalsekretär und der EU-Außenbeauftragten war daher eine verbesserte bilaterale Beziehung und beide betonten, dass ein komplementäres Vorgehen auf gemeinsame Bedrohungen im Osten und im Süden die europäische Sicherheit stärken würde. Stoltenberg sprach sich für eine gestärkte europäische Verteidigung aus, da diese auch der NATO zugutekäme. Nach diesem Treffen folgte der NATO-Generalsekretär der Einladung Mogherinis zur Teilnahme an der Sitzung der EU-Verteidigungsminister. Er betonte dabei, dass die EU ein essenzieller Partner der Allianz sei, da beide Organisationen dieselben Werte teilen und sich denselben Herausforderungen gegenüber sähen. Eine bessere Abstimmung in der strategischen Information, beispielsweise gegenüber Russland, könnte ein erstes praktisches Kooperationsfeld sein.

Vor allem für die hybride Kampfführung durch Russland in der Ostukraine, die durchaus Modellcharakter für zukünftige Konflikte haben könnte, wäre eine Koordination der „hard power“ der NATO und der „soft power“ der EU eine richtungweisende Reaktion. Hier könnte sich eine zielführende zukünftige Zusammenarbeit der beiden Organisationen ergeben.

... und ihre Partner und Herausforderer

Der eurasische Raum und die Ukraine-Krise

Die Russische Föderation zwischen außenpolitischem Anspruch und wirtschaftlicher Realität

Im Oktober 2014 machte der russische Präsident Wladimir Putin bei seiner Rede in Sotschi anlässlich des Russischen Diskussionsforums „Waldai-Club“ klar, wie derzeit die Russische Föderation relevante geopolitische Entwicklungen wahrnimmt: relativ gemäßigte Töne gegenüber einem am Gängelband der USA hängenden Europa, harsche Attacken in Richtung der dominanten sowie Chaos stiftenden Vereinigten Staaten, Selbstdarstellung als konstruktiver sicherheitspolitischer Partner und eine klare Ansage seines eigenen Einflussbereiches. Das Verhalten der USA gegenüber Russland verglich er dabei mit dem römischen Aphorismus „Was Jupiter erlaubt ist, ist dem Ochsen nicht erlaubt.“, um sogleich dieses Bild zurecht zu rücken: Russland sei kein Ochse, sondern ein Bär und dieser werde „nicht einmal um Erlaubnis fragen“, sondern „die Taiga“, d.h. sein Territorium, verteidigen. In ähnlicher Art und Weise offenbarte er den Anspruch der Russischen Föderation Ende November in einem Interview mit der Nachrichtenagentur TASS mit den Worten „Wenn ein Russe sich im Recht fühlt, ist er unbesiegt“. Damit wurde aber lediglich das medial verbreitete Selbstbild im Zusammenhang mit der Annexion der Krim sowie der andauernden Ukraine-Krise offenbart, denn die außenpolitische und wirtschaftliche Realität stellt sich mit Einschränkungen anders dar.



Präsident Putin beim Waldai-Diskussionsforum

So verschob sich zwar die westliche Hemisphäre infolge der EU- bzw. insbesondere der NATO-Osterweiterung in Richtung der russischen Grenzen, doch kann dies keineswegs die militärische Inbesitznahme der Krim

und damit auch den Bruch des Budapester Memorandums von 1994 rechtfertigen. Dies trifft ebenso auf die offizielle Position, als Schutzmacht ethnischer Russen im Ausland aufzutreten, zu. Führt die Russische Föderation immer wieder das Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der EU sowie das Freihandelsabkommen als große Einschränkung für Beziehungen zur Eurasischen Wirtschaftsunion (Russische Föderation, Belarus, Kasachstan, Armenien) an, so muss dem entgegnet werden, dass die Warenexporte der Russischen Föderation in die Ukraine lediglich 4 Prozent seiner Gesamtexporte ausmachen und das Freihandelsabkommen mit der EU den derzeit bestehenden Vereinbarungen mit der eurasischen Zollunion nicht im Wege steht. Im Kern geht es daher um die Abkehr der Ukraine vom post-sowjetischen Einflussbereich hin zum Westen.



Russischer Rubel versus US-Dollar

Wie sieht nun die wirtschaftliche Situation aus? Die USA, welche lediglich einen relativ unbedeutenden Außenhandelsumsatz (rd. 28 Mrd. US-Dollar) mit der Russischen Föderation besitzen, trieben bereits im Frühjahr des Jahres 2014 Wirtschaftssanktionen voran. Wenngleich die EU mit einem Außenhandelsumsatz von rd. 470 Mrd. US-Dollar weitaus zögerlicher agierte, einigte man sich schließlich auf „intelligente“ und „zielgerichtete“ Sanktionen in unterschiedlichen Bereichen. Neben individuellen und diplomatischen Sanktionen waren es vor allem selektive Wirtschaftssanktionen, welche einerseits die Beschränkung des eigenen Exports (Militärgüter, Dual-Use Güter, Ölausrüstung) und andererseits den russischen Bankensektor betrafen. Als Mitte September der Öl-Preis unter die 100 US-Dollar-Marke sank und im Dezember der Russische Rubel massiv an Wert verlor, offenbarten die Sanktionen als auch insbesondere die strukturellen Probleme der russischen Wirtschaft sowie das negative Unternehmensklima und die massive Kapitalflucht das russische Dilemma. Russland musste zur Stützung des Rubels Staatsreserven auf den Markt werfen, den Leitzins massiv anheben, um Anlagen im Inland attraktiver zu machen sowie u.a. mehrere Banken stützen. Erstmals seit 2009 war die russische Wirtschaft nicht mehr gewachsen und darüber

hinaus deutete die Rating-Agentur Standard & Poor's an, die Kreditwürdigkeit herabzustufen. Die von Putin ausgesprochene „Unbesiegbarkeit“ kann somit mittelfristig in wirtschaftlicher Sicht durch einen niedrigen Ölpreis mehr als nur in Frage gestellt werden. Innenpolitisch tun vorerst die Sanktionen des Westens der Popularität Putins keinen Abbruch, sondern beflügeln diese lediglich. Dieser als „rally around the flag“ bekannte Effekt verstärkte die Argumentationslinie des Präsidenten insofern, als Russland und seine Werte bedroht seien und der Staat daher dagegen halte müsse. Beispielsweise erhöhten sich im Jahr 2014 in Umfragen vom Russischen Meinungsforschungsinstitut Levada sowohl die Zustimmung eines eigenständigen nicht-westlichen Weges als auch die Ablehnung gegenüber den Vereinigten Staaten signifikant. Als vorläufiger Höhepunkt dieser Ereignisse setzte der russische Präsident am 26. Dezember 2014 die Neufassung der russischen Militärdoktrin des Jahres 2010 in Kraft. Diese beschreibt u.a. eine „Zunahme der globalen Konkurrenz“, „Umverteilung des Einflusses“ sowie die „Tendenz einer gewalttätigen Lösung“ von „regionalen Konflikten, welche an Russland angrenzen“. Als Hauptbedrohungen werden u.a. das „Anwachsen des Kräftepotentials der NATO“, und ihr „Heranrücken an die russischen Grenzen“ sowie der „US-Raketenschild in Europa“ genannt. Vergleicht man die Doktrinen der Jahre 2010 und 2014, so wird offensichtlich aus russischer Perception die NATO deutlicher als zuvor als Bedrohung für die Russische Föderation wahrgenommen.

Die durch Präsident Wladimir Putin Ende 2014 gebilligte Neufassung der russischen Militärdoktrin des Jahres 2010 akzentuiert deutlicher als bisher das Anwachsen des Streitkräftepotentials der NATO. Gänzlich neu, allerdings kaum von den Medien wahrgenommen, sind mehrere Punkte, welche sich als Reaktion auf die Ereignisse in der Ukraine interpretieren lassen. Darunter findet sich u.a. die äußere militärische Gefahr, dass Regime in den Russland umliegenden Staaten installiert werden, welche infolge von Umstürzen an die Macht gelangen und deren Politik die Interessen der Russischen Föderation bedroht. Es wird sich zeigen, mit welchen Gegenmaßnahmen, die Russische Föderation dem künftig begegnen wird.

Unter dem Kapitel äußere militärische Gefahren finden sich auch neue Passagen, die als Reaktion auf die Ereignisse in der Ukraine interpretiert werden können. Darunter wird die Nutzung von Informations- und

Kommunikationstechnologien zu militär-politischen Zielen ebenso angeführt wie die Errichtung von Regimen, die durch Umstürze illegal an die Macht gelangen und die Interessen der Russischen Föderation bedrohen. Des Weiteren sind an dieser Stelle die Unterminierung Russlands durch Spezialdienste und Organisationen ausländischer Staaten sowie ihrer Koalitionen genannt. Interessant erscheint ebenso, wie die Russische Föderation moderne militärische Konflikte charakterisiert. Betonte die alte Doktrin zwar ebenso „nichtmilitärische Mittel“, so werden diese nunmehr wesentlich detaillierter beschrieben. Die Palette umfasst neben technischen Neuentwicklungen politische und wirtschaftliche Maßnahmen ebenso wie u.a. den Faktor Information und das Ausnützen von Protestpotential der Bevölkerung sowie Spezialeinsatzkräfte. Auch aufgelistet werden beispielsweise irreguläre militärische Formationen, private Militärdienstleister und finanzielle Unterstützung von gesellschaftlichen Bewegungen. In jeder Hinsicht topaktuell – so lässt sich wohl am treffendsten die Militärdoktrin 2014 der Russischen Föderation charakterisieren.

Die ungemein hohe Popularität des Präsidenten – vier Fünftel befürworten derzeit eine vierte Amtszeit ab dem Jahr 2018 – kann jedoch nicht davon ablenken, dass die Beurteilung der russischen Bevölkerung zur wirtschaftlichen und politischen Lage im Land seit August dieses Jahres kontinuierlich kritischer ausfällt, wie eine Umfrage des russischen Meinungsforschungsinstituts VCIOM belegt. Nach wie vor sind innenpolitische Reformen, welche wettbewerbsfördernd und gleichzeitig effizienzsteigernd wirken, kaum umgesetzt worden bzw. offensichtlich nicht wirklich erwünscht. Beispielsweise können zwar seit 2012 die Gouverneure wieder direkt gewählt werden, doch erschweren Verordnungen hinsichtlich der Wahlzulassung einen freien Wettbewerb. In der Realität wurden somit die Hälfte der im letzten Jahr gewählten Gouverneure mit Mehrheiten von über 80 Prozent – für jeden westlichen Politiker unerreichbare Werte – im Amt bestätigt.

Von offener Zuwendung ...

Die fehlende Freigabe des EU-Mitglieds Bulgarien, die South Stream-Gaspipeline durch das Schwarze Meer zu verlegen, führte Anfang Dezember zur Einstellung des Projekts seitens der Russischen Föderation. Dem waren infolge der russischen Ukraine-Politik die Ablehnung durch das EU-Parlament im April 2014 sowie massiver Druck der EU auf Bulgarien vorangegangen. Russland veranlasste diese Entwicklung, nach Alternativen zu suchen sowie neue strategische Partnerschaften zu knüpfen. Wenige Tage später verkündete Alexej Miller, Chef des Gazprom-Konzerns, die Errichtung einer

Pipeline zwischen Russland und der Türkei. Damit war das 2007 gestartete Projekt South Stream, das Erdgas aus Russland über das Schwarze Meer nach Südosteuropa liefern sollte, Geschichte geworden. Die nunmehr weiter südlich verlaufende Pipeline „Turkish Stream“ sieht die Verlegung von Unterwasserpipelines zwischen der Russischen Grenze am Schwarzen Meer und der Türkei als auch deren Fortführung auf dem türkischen Festland bis zur türkisch-griechischen Grenze vor.

Auf russischer Seite greift man dabei auf die bereits errichtete Infrastruktur zurück. Die Gesamtkapazität der neuen Pipeline soll, laut derzeitigen Angaben, dieselbe Menge an Erdgas wie South Stream, d.h. 63 Mrd. m³ betragen. Die erklärten Ziele von South Stream waren die „Diversifizierung der Erdgasexportrouten und der Ausschluss von Transitrisiken“ (womit die Ukraine gemeint war). Nunmehr wird nicht die Türkei als der zweitgrößte Exportpartner nach Deutschland direkt beliefert, sondern Gazprom ändert auch die Strategie, Lieferungen direkt bis zum Endverbraucher zu führen. Zusammen mit der bereits von Aserbaidschan über Georgien in die Türkei verlaufenden BTC (Baku-Tbilisi-Ceyhan)-Pipeline sowie dem Projekt TANAP (Trans Anatolian Natural Gas Pipeline Project) wird der Türkei damit in Zukunft eine erhöhte strategische Bedeutung im Energiepoker zufallen.



Treffen des Russisch-Türkischen High-Level Councils in Ankara am 1. Dezember 2014

Die zwischen Recep Tayyip Erdogan und Wladimir Putin vereinbarten sonstigen Energie- und Handelsvereinbarungen stärken einerseits die Wirtschaft der Türkei, unterlaufen aber andererseits die Sanktionsbestrebungen der EU, deren Beitrittskandidat die Türkei ist. Die ohnehin belasteten Beziehungen werden dadurch weiter erschwert. Die zusätzliche Werbung Russlands, die Türkei sollte der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) als Vollmitglied beitreten, wird von der NATO ebenso mit Argwohn gesehen. Schon die 2012 eingegangene

Dialogpartnerschaft der Türkei mit der SCO war seinerzeit von der NATO sehr kritisch aufgenommen worden.

... und riskanter Abwendung ...

Eine schwierige Position nimmt die Republik Moldau ein, in der am 1. Dezember 2014 ein neues Parlament gewählt wurde. Im Juni 2014 schloss die Regierung ein Assoziierungsabkommen mit der EU und setzte damit ein klares Zeichen, den pro-europäischen Weg fortzusetzen. Die Reaktion aus Moskau ließ nicht lange auf sich warten und so wurde bereits zum dritten Mal in den letzten Jahren ein teilweises Importverbot über das Land verhängt. Neben Wein betrifft dies nunmehr auch Gemüse, Obst und Fleisch, was umso härter wiegt, da im Jahr 2013 über 40 Prozent der Agrarexporte nach Russland geliefert wurden.

Den pro-europäischen Kräften steht eine innenpolitische Opposition gegenüber, welche eine Russland-freundliche Politik durchsetzen möchte. Nicht zufällig wurde vor der Wahl der Vorsitzende der Sozialisten, Igor Dodon, von Wladimir Putin in Moskau empfangen sowie zierten Bilder des russischen Präsidenten die Wahlplakate der Partei. Ungeachtet des größten Stimmenanteils unter all den angetretenen Parteien gelang es allerdings den EU-Parteien – Liberaldemokraten, Demokraten und Liberalen – eine knappe Mehrheit davon zu tragen. Dieser Erfolg steht jedoch auf mehr als wackeligen Beinen. So ist einerseits das Ergebnis aus demokratiepolitischer Sicht insgesamt fragwürdig, da drei Tage vor der Wahl ein Berufungsgericht in Chisinau entschied, die pro-russische Patria-Partei des Millionärs Renato Usatii mit der Begründung der unzulässigen Finanzierung aus dem Ausland von den Wahlen auszuschließen. Für die kommende Arbeit im Parlament stellten zudem die Sozialisten bereits die Frage nach der Kündigung des EU-Assoziierungsabkommen ebenso auf ihre Agenda wie die Durchführung eines Referendums über den Beitritt zur eurasischen Wirtschaftsunion. Verschärft wird die ohnehin fragile Situation auch dadurch, dass bereits im Februar 2014 in der autonomen Republik Gagausien – einer Hochburg der Sozialisten sowie der Kommunisten – ein nicht anerkanntes Referendum über den künftigen Kurs Moldaus abgehalten wurde. Gagausien, ein Gebiet, das rund 150.000 Einwohner zählt und in dem das christlich-orthodoxe Turkvolk der Gagausen die Bevölkerungsmehrheit stellt, ist traditionell pro-russisch ausgerichtet und vom russischen Importverbot ausgenommen. Im Lichte der Ukraine-Krise stimmten im Frühjahr rd. 97 Prozent gegen eine EU-Annäherung, rd. 98 Prozent für eine Zollunion mit Russland und 99 Prozent für ein Selbstbestimmungsrecht.



Moldaus autonome Region Gagausien

... bis hin zu ausgewogener Balance

Die Entwicklung in der Ukraine wurde ebenso von Kasachstan mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt, besitzt doch das Land einerseits eine lange Grenze zur Russischen Föderation und andererseits eine russische Minderheit, welche insgesamt 21 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht. Diese ist jedoch regional unterschiedlich verteilt und stellt in zwei Gebieten im Norden des Landes mehr als 40 Prozent. Aufgrund der auch in Kasachstan weit verbreiteten russischen TV-Kanäle findet insbesondere bei der russischen Bevölkerung die Politik Wladimir Putins Zuspruch. Nichtsdestotrotz gilt Präsident Nasarbajew als Garant für die Stabilität im Land und steht daher für die Wahrung der eigenen Rechte. Dies bedeutet allerdings keineswegs, dass das kasachische Staatsoberhaupt die Politik der Russischen Föderation unisono gut heißt. So kritisierte er einerseits die neue Regierung sowie die Ereignisse in Kiew scharf und erkannte das am 16. März abgehaltene Referendum auf der Krim an, andererseits enthielt sich das Land aber im Zuge der UN-Vollversammlung am 27. März über die Resolution, das Referendum völkerrechtlich nicht anzuerkennen, seiner Stimme.

Obgleich Kasachstan heute als wichtigster Partner Russlands gilt, trachtet Präsident Nursultan Nasarbajew eine allzu einseitige Politik zu vermeiden und seinen bisher praktizierten „multivektoriellen Weg“ weiterzugehen. Zu wichtig sind neben Russland für die

wirtschaftliche Entwicklung des Landes die EU, China sowie die Vereinigten Staaten. Nahmen beispielsweise beim Import die Russische Föderation und China die ersten Plätze ein, so führten beim Export Italien, China und die Niederlande unangefochten die Statistik an. Wirft man einen Blick auf die Direktinvestitionen, so sind die Niederlande mit Abstand der wichtigste Partner, welche mehr als die drei nachfolgenden Länder USA, China und die Schweiz im größten Land Zentralasiens investierten.

Im Zuge der Gegenmaßnahmen der Russischen Föderation auf die Sanktionen stellte Kasachstan klar, dass es diesen Weg nicht beschreiten werde und pochte auf seine Unabhängigkeit. Gleichsam als Bestätigung kann das knapp vor Weihnachten erfolgte Treffen mit dem ukrainischen Amtskollegen Petro Poroschenko gesehen werden. Sicher nicht zum Wohlgefallen der Russischen Föderation wurde dabei erklärt, dass die militärische Kooperation zwischen beiden Staaten wieder in vollem Umfang aufgenommen werde. Ebenso reagierte der Präsident auf die Annexion der Krim mit einer Änderung des Strafgesetzbuches, sodass nunmehr Aufrufe zur Verletzung der territorialen Integrität des Landes unter Androhung von bis zu zehn Jahren Haft geahndet werden. Eine klare Linie liegt auch im Falle von Personen vor, welche sich an den Kämpfen in der Ukraine beteiligen. So wurde am 22. Dezember ein 30-jähriger Kasache, welcher der russischen Minderheit abstammt und auf Seiten der pro-russischen Rebellen gekämpft hatte, in Astana in einem Strafprozess zu fünf Jahren Haft verurteilt.

Verhärtete Fronten in der Ukraine

Es mag bezeichnend für die Entwicklung der Ukraine im Jahr 2014 sein, dass just am 24. August, dem Tag der Unabhängigkeit von der Sowjetunion, die „Antiterror-Operation“ der Streitkräfte im Osten der Ukraine ins Stocken geriet. Waren bis dahin die pro-russischen Separatisten in den ausgerufenen „Volksrepubliken Donezk“ und „Luhansk“ immer mehr in die Defensive gedrängt worden, so starteten diese eine großangelegte Gegenoffensive. Unterstützt durch russische Freiwillige, Waffen und Logistik sowie sehr wahrscheinlich auch durch reguläre russische Streitkräfte – obgleich dies bis heute offiziell abgestritten wird – gelang es schließlich, sowohl bedeutende Geländegewinne in beiden Regionen zu erzielen als auch insbesondere rund um Ilowaisk den ukrainischen Streitkräften hohe Verluste zuzufügen. Für die Ukraine führte dieses russische Eingreifen zu mehreren negativen Auswirkungen: Die Wahrscheinlichkeit, das Territorium erneut unter seine unmittelbare Kontrolle zu bringen, war in hohem Ausmaß gesunken, das Vertrauen in die eigene militärische Führung hatte erheblich gelitten und politisch wurde die Ukraine durch die russische Intervention gezwungen, Verhandlungen mit den Separatisten zu führen und sie damit als Konfliktpartei anzuerkennen. In Folge dieser Schwächung und des internationalen Krisen- und Konfliktmanagements kam es am 5. September 2014 in Minsk im Rahmen der „Dreier-Kontaktgruppe“ (OSZE, Russland, Ukraine) zu einem Waffenstillstandsabkommen zwischen der Ukraine und den Separatisten (Minsker Protokoll). Der ausverhandelte „12-Punkte-Plan“ beinhaltete einerseits technische Fragen im Zusammenhang mit der Einstellung der Kampfhandlungen und andererseits eine politische Regelung des Konflikts. Im Detail sah er u.a. neben der angeführten Waffenruhe unter Beobachtung der OSZE einen Sonderstatus der Gebiete Donezk und Luhansk sowie die Freilassung aller Gefangenen und illegal festgehaltenen Personen vor. In dem unmittelbar darauf (19. September) unterzeichneten Minsker Memorandum erfolgte eine weitere Detaillierung der Punkte des Protokolls. Eine 30 km breite Sicherheitszone, eine Ausdehnung der OSZE-Beobachtermission sowie unter anderem ein Verbot jeglicher offensiver Operationen führten zwar in weiterer Folge zu einer Reduktion der Kämpfe, gestoppt wurden diese jedoch keineswegs. Daran konnte auch die Etablierung eines mit Militärs besetzten ukrainisch-russischen Zentrums (Joint Centre for Control and Coordination) nur bedingt etwas ändern. Die humanitäre Situation in den unkämpften Gebieten gestaltet sich bis heute als prekär, was Russland – ohne die Zustimmung von Kiew – ab August zur Entsendung von Hilfskonvois veranlasste. Dass diese auch zur Verbringung von russischen Freiwilligen ins Kampfgebiet missbraucht wurden, lässt sich selbst in russischen Medien nachlesen.



Der zerstörte Flughafen von Donezk

Die vorgezogenen Parlamentswahlen am 26. Oktober bestätigten die weitere politische Ausrichtung der Ukraine klar, waren doch insgesamt die pro-westlichen und pro-europäischen Parteien als die klaren Sieger hervorgegangen. Abweichungen ergaben sich im Osten und Süden der Ukraine: Dort lag die Wahlbeteiligung mitunter weit unter den landesweiten rund 52 Prozent (Odessa rd. 39 Prozent, Cherson rd. 41 Prozent). Darüber hinaus besitzen die Nachfolger der dort ehemals dominanten Partei der Regionen nachwievor hohen Einfluss. Erstmals nicht mehr in der Rada vertreten sind die Kommunisten, welche sich als einzige Partei gegen eine Integration in die Europäische Union ausgesprochen hatten.

Die von der Russischen Föderation stets als Schreckgespenst hervorgezogenen radikalen nationalen Kräfte konnten ebenso nur einen vergleichsweise geringen Teil der Stimmen auf sich vereinen, so errang die prominenteste Partei von Oleh Ljaschko nur an die 8 Prozent. Mit Arsenij Jazenjuk führt der alte Ministerpräsident auch weiterhin die neue Regierung an. Dieser gehören nunmehr auch drei neu eingebürgerte Ausländer an, was als Zeichen des Kampfes gegen die enorme Korruption gesehen werden soll. Für die Separatistengebiete wurden regionale, lokale und Bürgermeisterwahlen in Übereinstimmung mit dem Minsker Protokoll am 7. Dezember angesetzt. Diese wurden allerdings nicht durchgeführt. Die Aufständischen lehnten diese nicht nur ab, sondern riefen ihrerseits bereits am 2. November zu den Urnen, um ihre eigenen politischen Strukturen (Präsident und Parlament) zu legitimieren. Die vom Schweizer OSZE-Vorsitzenden, Didier Burkhalter, als Verstoß gegen den vereinbarten Friedensplan bezeichneten Wahlen brachten erwartungsgemäß eine Bestätigung der beiden Führungsfiguren, Igor Plotnizki in Luhansk und Alexander Sachartschenko in Donezk mit sich. Die de-facto verloren gegangene Kontrolle über die beiden östlichen Gebiete sowie die anhaltenden Attacken der Separatisten führten am 15. November zu einer neuen Eskalationsstufe: So kündigte der ukrainische Präsident die Einstellung sämtlicher staatlichen Leistungen an, was einerseits die Gefahr mit sich bringt, die Unterstützung bei der Bevölkerung im Osten völlig zu verlieren, andererseits aber auch die Separatisten und deren Schutzmacht Russland mehr unter Druck setzt. Am 21. Dezember wurde denn auch durch den russischen Premierminister Dmitri Medwedjew eine offizielle Regierungskommission – aus 15 Ministerien mit jeweils stellvertretenden Ministern an der Spitze – für die Unterstützung der Regionen Donezk und Lugansk gegründet. Dieser Schritt markiert die erstmalige Unterstützung auf offizieller Ebene. Der seitens der Ukraine mit den Parlamentswahlen eingeschlagene pro-westliche Kurs des Landes fand am 23. Dezember seinen vorläufigen Höhepunkt, indem das Parlament mit überwältigender Mehrheit den 2010 beschlossenen Status der Blockfreiheit aufgab.

Der asiatisch pazifische Raum

China – ein Stabilitätsfaktor? Eigen- und Fremdwahrnehmung

In den USA ist die Diskussion über den Aufstieg Chinas von den möglichen negativen Konsequenzen geprägt. China selbst sieht sich allerdings als eine Kraft, die – im Gegensatz zu den USA – Stabilität garantiert. Aus der Sicht Pekings haben die USA ab 2001 eine vorgeblich an Demokratie und Menschenrechten orientierte Politik im Mittleren Osten betrieben und damit letztlich Destabilität ausgelöst und Weltanschauungen hervorgebracht, die eigentlich bekämpft werden sollten. Mit dem Konzept eines neuen „Seidenstraßen-Wirtschaftsgürtels“ und der „Seidenstraße zur See“ will China zur wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung und Erhöhung der Lebensstandards in Zentralasien beitragen. Dies soll islamistischen Extremismus im Keim ersticken helfen. Peking versteht diesen Kurs als eine Politik, die sich rein an den wirtschaftlichen Gegebenheiten orientiert und somit realitätsbezogen ist. Der Shanghai Cooperation Organisation (SCO), die China, Russland und die zentralasiatischen Republiken (außer Turkmenistan) umfasst, soll diese Politik zu mehr wirtschaftlicher Bedeutung verhelfen. Bislang war der Fokus der Organisation auf Sicherheitsfragen gerichtet.



APEC-Treffen in Peking 2014

Peking war Tagungsort des Treffens der Staats- bzw. Regierungschefs der Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC). Die Veranstaltung war eine Gelegenheit zur Selbstdarstellung für China und seine Führung. Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping, der erstmals Gastgeber einer solchen Großveranstaltung war, wurde als Oberhaupt einer Großmacht inszeniert. Bei der Konferenz kam es zu der lange erwarteten ersten persönlichen Begegnung von Xi und Japans Premierminister Shinzo Abe. Obwohl Xi bereits seit März 2013 im Amt ist, konnte wegen der anhaltenden Differenzen zwischen China und Japan bislang kein solches Treffen stattfinden. Die Kommunikation

während der kurzen Begegnung war von deutlicher Distanz geprägt, was angesichts der politischen Differenzen nicht überraschte. Ein Fortschritt in den angespannten Beziehungen war, dass sich beide auf den Beginn der Arbeit an einem Krisenmechanismus einigten, damit das Aufeinandertreffen japanischer und chinesischer Schiffe und Flugzeuge im Bereich des Ostchinesischen Meeres die gegenseitigen Beziehungen nicht zur Eskalation bringt.

Das APEC-Treffen war geprägt vom Tauziehen um die beiden von China respektive den USA initiierten, konkurrenzierenden Freihandelszonen. Die Trans-Pacific Partnership, von den USA angestrebt, würde China ausklammern, während die Free Trade Area of the Asia Pacific die von China vorgeschlagene Variante ist, die auch die USA einbeziehen würde. US-Präsident Barack Obama bestreitet, dass die TPP ein gegen China gerichtetes Projekt ist. Für Xi war der Gipfel ein Erfolg, da die Erstellung einer Studie über das von China favorisierte Projekt beschlossen und somit ein Schritt in die gewünschte Richtung gesetzt wurde. Dass eine Zusammenarbeit zwischen China und den USA möglich ist, zeigte die Einigung über eine Tarifiereduktion für Informationstechnik-Produkte. Dieser Schritt ist insofern signifikant, als es die erste Reduktion im Rahmen der Welthandelsorganisation seit fast 20 Jahren ist. Möglicherweise wird sich China auch in Zukunft an Wirtschaftsinitiativen der USA beteiligen und damit zumindest im wirtschaftlichen Bereich zu einer Entspannung des Verhältnisses mit den USA beitragen. In anderen Fragen liegen die Positionen von USA und China weit auseinander. Das gilt vor allem für die chinesischen Gebietsansprüche im Süd- und Ostchinesischen Meer, wo die USA Verbündete von Chinas Kontrahenten Japan und den Philippinen sind. Wenn es um Nordkorea oder die Bekämpfung von islamistischen Extremisten geht, ist die Schnittfläche US-amerikanischer und chinesischer Positionen hingegen groß. Die praktische Zusammenarbeit scheitert aber an Chinas Weigerung, sich an US-geführten Initiativen zu beteiligen. China bevorzugt Zusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen. Mike Green, ehemals im Nationalen Sicherheitsrat für Asien zuständig, brachte die Beziehungen zwischen China und den USA prägnant auf den Punkt: „*A heightened level of tension ist the new normal* (in Sino-US relations).“ Wesley Clark, ehemaliger Supreme Allied Commander Europe, sieht als Ursache dieser Spannungen die Bereitschaft Chinas, Konflikte nicht zu vermeiden – ohne solche Konflikte aber aktiv anzustreben. China erreiche die meisten seiner Ziele mittels Diplomatie und Wirtschaftsmacht. Die Grundlage chinesischer Außenpolitik sei kalkulierte Selbstinteresse, das zu einer Schwächung westlicher Institutionen und Werte führe. Clark befürchtet in diesem Zusammenhang einen Rückfall ins 19.

Jahrhundert mit Interessenssphären und einem Streben nach Gleichgewicht der Kräfte. Er weist darauf hin, dass die Chinesen sehr genau die Reaktionen der USA in der Ukraine-Krise beobachteten. Washington müsse Peking verständlich machen, dass eine enge Kooperation mit Russland die USA und ihre Verbündeten „provozieren“ würde. Optimistischere Prognosen als die Clarks gehen aber davon aus, dass für China eine gute wirtschaftliche Entwicklung sehr wichtig ist und es daher zumindest einem bewaffneten Konflikt aus dem Weg gehen wird. In diesem Zusammenhang sind Zeichen einer Entspannung im Verhältnis Chinas zu Japan erwähnenswert. Dieses Verhältnis ist vor allem wegen des Territorialstreits um die Senkaku- (japanisch) bzw. Diaoyu-Inseln (chinesisch) im Ostchinesischen Meer, aber auch wegen der unkritischen Haltung Japans zu seiner Herrschaft über Teile Chinas während des Zweiten Weltkriegs belastet. Staatsrat Yang Jiechi und der Nationale Sicherheitsberater Japans, Shotaro Yachi, kamen überein, schrittweise den politischen, diplomatischen und sicherheitspolitischen Dialog wieder aufzunehmen. Beide Seiten erkennen an, dass es „unterschiedliche Positionen“ zu dem Insel-Streit gibt. Dieser Punkt ist nicht geringzuschätzen, hat Japan doch bislang den chinesischen Anspruch auf die Inseln nicht anerkannt und somit den Streit gewissermaßen als gegenstandslos betrachtet. Anerkannt hat es ihn auch jetzt nicht. Das von Yang und Yachi ausgehandelte chinesisch-japanische Papier ist ein gutes Beispiel für einen diplomatischen Konsens, mit dem zwar einiges gesagt, aber nichts unmissverständlich festgelegt wird: die unterschiedlichen Positionen beziehen sich laut dem Dokument lediglich auf die Ursache des „Auftretens angespannter Situationen“ im Ostchinesischen Meer – aber nicht auf die Territorialfragen. Auf jeden Fall soll durch „Dialog und Konsultation“ eine Verschlechterung der Situation verhindert werden. Zu diesem Zweck soll auch der oben genannte Krisenmanagement-Mechanismus eingerichtet werden.

Chinas unruhige Ränder

Handfeste Probleme für Peking sind an den geographischen Rändern Chinas entstanden: in Taiwan und Hongkong. In Hongkong hat die Festsetzung des Modus für die Wahlen des lokalen Regierungschefs 2017 zu Massenprotesten geführt. Bei der Übergabe Hongkongs von Großbritannien an die Volksrepublik 1997 war die Durchführung allgemeiner und freier Wahlen garantiert worden. Die Wahlen selbst sollen gemäß den von Peking erlassenen Bestimmungen tatsächlich demokratisch verlaufen, allerdings werden die Kandidaten nicht frei nominierbar sein, sondern durch ein Wahlkomitee, das als verlängerter Arm Pekings gilt, ernannt werden. Oppositionelle Kräfte rechnen nicht damit, unter solchen Bedingungen einen eigenen Kandidaten aufstellen zu können, und lehnen

daher das neue Gesetz ab. Bis zu 100.000 Einwohner von Hongkong gingen für ein echtes demokratisches Verfahren auf die Straße. Die besonders von Studenten getragene Bewegung legte während des Höhepunkts der Proteste das öffentliche Leben der Stadt lahm. Das Verhalten der Behörden war nach einem ersten, vergeblichen Gewalteininsatz zurückhaltend, nach einigen Wochen und dem Rückgang der Anzahl der Protestierenden setzte die Stadtverwaltung auf Zwangsmittel. Die Masse der übriggebliebenen Aktivisten räumte schließlich das Camp, der Rest wurde von der Polizei entfernt. Der Faktor Zeit wirkte sich nachteilig auf die Einigkeit der Protestbewegung aus. Die Straßenblockaden stießen mit fortgesetzter Dauer auf Kritik in der Bevölkerung, ein Teil der Demonstranten wollte die öffentlichen Aktionen beenden. Peking dachte nicht daran, Konzessionen zu machen. Xi Jinping bezeichnete die Proteste als „illegal“. Er wollte offenbar keine Schwäche zeigen – weder gegenüber internen Gegnern, noch gegenüber den Chinesen im Allgemeinen.

Auf Taiwan wurde Präsident Ma Ying-jeou für seine Politik der Verständigung mit dem Festland bei Lokalwahlen von den Wählern abgestraft (wobei lokale Themen auch eine große Rolle spielten). Die traditionell Peking-kritische Demokratisch-progressive Partei errang bei diesen Wahlen einen großen Sieg und hat damit eine gute Ausgangsposition für die Präsidentenwahl 2016. Steigende Lebenskosten und steigende Immobilienpreise wurden zum Teil Spekulationen von Festlandchinesen zugeschrieben. Gleichzeitig wurde die Konkurrenz in der Volksrepublik für den Verlust von Arbeitsplätzen verantwortlich gemacht. Die Unterdrückung der Demokratiebewegung in Hongkong dürfte ebenfalls das Verhalten vieler Wähler beeinflusst haben. Ma gestand die Niederlage ein und legte den Vorsitz der Kuomintang-Partei zurück. Peking, das die „abtrünnige Provinz“ Taiwan wieder unter seine Kontrolle bringen will, war über das Ergebnis nicht erfreut, bedeutet es doch einen Dämpfer für seine Ambitionen gegenüber der Insel und verstärkt die Reihen gegnerischer Kräfte an den Grenzen Chinas. Nimmt man noch die unter direkter Kontrolle Pekings stehenden Unruheprovinzen Xinjiang und Tibet hinzu, gib es entlang der Grenzen der Volksrepublik vier Gebiete, in denen die Autoritätsansprüche Pekings klar in Frage gestellt werden.

Xinjiang, die von muslimischen Uiguren besiedelte Region im äußersten Westen Chinas, ist ständig Schauplatz terroristischer Anschläge. Nährboden sind Spannungen zwischen den einheimische Uiguren und den zugezogenen Han-Chinesen, durch die sich viele Uiguren als marginalisiert empfinden. Der religiöse Aspekt spielt hier auch eine Rolle und wird durch Kontakte von Uiguren zu islamistischen Gruppierungen

in den Nachbarstaaten zur sicherheitspolitischen Herausforderung für China. So wurde ein hochrangiger, staatsnaher uigurischer Imam vor seiner Moschee getötet. Bei einem Anschlag auf einen Markt in der Präfektur Kashgar starben 22 Menschen (inklusive der vier Täter); als Opfer sollen gezielt Han ausgesucht worden sein. Präsident Xi soll von Afghanistan und Pakistan effektive Maßnahmen gegen Uiguren gefordert haben, die in diesen Staaten zu Terroristen ausgebildet werden. Im Inland reagiert der Staat mit voller Härte: Ilham Tohti, ein Gelehrter, der sich mit friedlichen Mitteln für die Rechte der Uiguren einsetzte, wurde wegen „Separatismus“ zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Zahlreiche Personen wurden wegen einer Reihe von Anschlägen zum Tod verurteilt. Eine genaue Einschätzung der Lage in der Region ist allerdings nicht möglich, da aus Xinjiang unabhängig zu berichten kaum möglich ist. Ausländische Journalisten können dort (wie auch in Tibet) nicht ihrer Arbeit nachgehen. Generell führen Medienvertreter Beschwerde über zunehmende Einschränkungen durch chinesische Behörden, die auch mittels Repressalien gegen Journalisten vorgehen. Jaime FlorCruz, ehemaliger Büroleiter von CNN in Peking, äußerte die Ansicht, dass dieses Verhalten Unsicherheit, aber auch Unruhe in der Führung widerspiegeln. Angesichts der inneren und äußeren Konflikte, die mit einem sich abschwächenden Wirtschaftswachstum einhergehen, ist die Herausforderung, China auf einem ruhigen Vorwärtkurs zu steuern, tatsächlich schwieriger geworden.

Indien: neues außenpolitisches Profil

Narendra Modi, Indiens neuer Ministerpräsident, der im Mai sein Amt antrat, musste in den ersten Monaten seiner Amtszeit außenpolitisches Profil entwickeln und tat dies mit großem Elan. Modi zeigte sich internationaler Zusammenarbeit gegenüber aufgeschlossen, aber durchaus auch bereit, Grenzen beim diplomatischen Entgegenkommen zu setzen. Sein erster überregionaler Auslandsbesuch galt seinem japanischen Amtskollegen Shinzo Abe. Die Achse mit Tokio ist vielversprechend. Zwischen Indien und Japan gibt es keine historischen Animositäten, beide Staaten wollen wirtschaftlich wieder an Fahrt gewinnen und beiden ist die Rivalität zu China gemeinsam. Die Lockerung der japanischen Waffenexportbestimmungen lässt Modi auf Rüstungsgeschäfte mit Japan hoffen. Abe sprach vom großen Potential in den gegenseitigen Beziehungen und vom Ziel einer „strategischen und globalen Partnerschaft“. Der indische Regierungschef nutzte den Aufenthalt auch zu deutlicher Kritik am Nachbarn China. Er verurteilte „Expansionismus“, ohne allerdings China beim Namen zu nennen.

Politisch und wirtschaftlich ist die Weiterentwicklung in den chinesisch-indischen Beziehungen für Neu-Delhi und Peking von großer Bedeutung. Der Besuch von Staats- und Parteichef Xi Jinping in Indien sollte Fortschritte bringen. 15 Wirtschaftsabkommen, darunter über den Ausbau des Bahnnetzes und die Errichtung von Industrieparks, wurden abgeschlossen. Chinesische Investitionen im Wert von 20 Milliarden US-Dollar sollen in den nächsten fünf Jahren getätigt werden. Überschattet wurde das Treffen von einem neuerlichen Grenzzwischenfall in Kaschmir, wo Hunderte chinesische Soldaten die Line of Actual Control – die seit dem Krieg von 1962 die De-facto-Grenze zwischen China und Indien bildet – just während Xis Aufenthalt überschritten. Modi schickte bis zu 1.000 Soldaten als klares Zeichen, dass Indien zum Einsatz des Militärs bereit ist. China hatte solche Demonstrationen schon anlässlich vergangener Treffen vorgenommen. Dieses Mal könnte mehr hinter der dem Armeeeinsatz gestanden sein. Xi mahnte nach seiner Rückkehr, dass Kommandanten die Befehle der Zentralstelle befolgen müssten. Das könnte darauf hindeuten, dass es nicht die chinesische Führung war, die während des Aufenthaltes von Xi Modi unter Druck setzen wollte, sondern von Seiten des Militärs eine eigenständige Aktion durchgeführt wurde. Grund hierfür könnte die Antikorruptionskampagne von Xi gewesen sein, von der auch die Volksbefreiungsarmee nicht verschont blieb. Möglicherweise sollte Xi demonstriert werden, dass ein Durchgreifen in der Armee zu geringerer Loyalität führen könnte. Sollten diese Vermutungen richtig sein, würde das bedeuten, dass die Volksbefreiungsarmee in einem gewissen Ausmaß ein politisches Eigenleben hat und eigene Ziele verfolgt. Xis Antikorruptions-Kampagne stellt einen massiven Ein- und Durchgriff im Staatsapparat dar, da sie weit umfangreicher als vergleichbare Aktionen in der Vergangenheit ist. Schon gegen mehr als 250.000 Funktionäre sollen Sanktionen zur Anwendung gekommen sein, darunter rund 50 Personen auf Ministerebene. Auch in den Reihen der Armee gibt es bereits den Fall eines „Tigers“ (ein hochrangiger Funktionär, im Gegensatz zu den „Fliegen“, den unbedeutenden Fällen). Xu Caihou war stellvertretender Vorsitzender der Zentralen Militärkommission, des obersten Führungsgremiums der chinesischen Streitkräfte, und hat gestanden, hohe Bestechungen angenommen zu haben.

Das US-indische Verhältnis war in den letzten Jahren nicht sehr eng. Um Chinas Spielraum einzugrenzen, sind die USA aktuell um gute Beziehungen zu Neu-Delhi bemüht. Modis Reise nach Washington galt auch der sicherheitspolitischen Absicherung Indiens gegenüber China, wobei natürlich die Wirtschaftsbeziehungen zu den USA ein zentraler Punkt waren. Aus Sicht von Washington hätte Indien als Partner Attraktivität, ist es

doch eine Demokratie mit großem wirtschaftlichem Potential. Im Bereich Sicherheit einigte man sich auf gemeinsame Aktionen gegen pakistanische Extremistengruppen, die Anschläge in Indien durchführen. Bezüglich der Territorialstreitigkeiten, vor allem im Südchinesischen Meer, befinden sich die US-indischen Positionen im Gleichklang: Ablehnung von Zwang, Freiheit der Überfahrt und des Überfluges, friedliche Streitbeilegung im Rahmen des Völkerrechts. Dieser Gleichklang dürfte in Peking nicht auf günstigen Widerhall stoßen.



Ministerpräsident Modi mit US-Präsident Obama im Jänner 2015

Das Verhältnis zum „Erzrivalen“ Pakistan ist im Streit um das Gebiet von Kaschmir erneut eskaliert. Dies obwohl Pakistans Premierminister Nawaz Sharif sogar zur Amtseinführung Modis in Indien war. Im Oktober starben bis zu 18 Menschen und zu Jahresbeginn gab es bei Gefechten mindestens zehn Tote; beide Male waren zivile Opfer zu beklagen. Tausende Menschen ergriffen die Flucht. Indien wies jegliche Schuld von sich und es wurde der Verdacht geäußert, dass Pakistan nach dem Anschlag auf eine Schule mit 148 Toten in Peshawar durch Taliban-Kämpfer von seinen massiven inneren Problemen ablenken wollte. Pakistan wiederum beschuldigte die indische Seite. Eine zusätzliche Erschwernis bildet die Regierungsbildung nach der Wahl im indischen Teil Kaschmirs, wo keine Partei eine absolute Mehrheit erzielte. Fortschritte in diesem Konflikt sind damit wieder in größere Entfernung gerückt.

Indiens Innenpolitik: Erfolge und Herausforderungen für Modi

Innenpolitisch konnten Modi und seine Bharatiya Janata Party ihren Siegeszug fortsetzen. Bei den Wahlen in den wirtschaftlich bedeutenden Bundesstaaten Maharashtra und Haryana wurde die einst mächtige Kongress-Partei haushoch geschlagen. In Jharkand gab es gleichfalls einen Sieg und in Jammu und Kashmir wurde die BJP zweitstärkste Kraft, vor allem dank der Hindus. Damit werden nur mehr kleine Bundesstaaten, die rund 11

Prozent der indischen Bevölkerung stellen, von der mächtigen Kongress-Partei regiert. Für diese stellt sich die Frage nach der künftigen Ausrichtung. Parteichefin Sonia Gandhi ist krank, ihr Sohn Rahul ist als Führungsperson ungeeignet. Findet sich keine überzeugende Persönlichkeit aus der Familie Nehru/Gandhi, die den Kongress seit der indischen Unabhängigkeit 1947 führt, könnte dies das Ende der Partei bedeuten.

Die innere Fragilität Indiens zeigte sich einmal mehr im Bundesstaat Assam. Separatisten vom Volk der Bodo töteten über 70 Angehörige anderer Ethnien, darunter Frauen und Kinder, als Vergeltung für zuvor erfolgte Verfolgungsmaßnahmen indischer Sicherheitskräfte. Die Separatisten kämpfen für einen selbständigen Staat der Bodo. Als Reaktion auf die Attacken hat die Armeeführung die Intensivierung des Kampfes gegen die Rebellen angekündigt. Ein Ausgehverbot wurde verhängt. Das Problem ist grenzübergreifend, weil die Aufständischen auch über Basen in den Nachbarstaaten Bhutan und Myanmar verfügen. Die Opferzahl von drei Jahrzehnten Auseinandersetzungen in Assam beträgt 10.000.

„Medienkrieg“ mit Nordkorea

Nordkorea konnte wieder mit einer medienwirksamen Unternehmung auf sich aufmerksam machen. Sony Pictures Entertainment wurde das Ziel von Hackern. Grund dürfte die Filmsatire „The Interview“ über einen Anschlag auf Kim Jong-un, den Staatsführer Nordkoreas, gewesen sein. Das Medium Film ist in Nordkorea ein wichtiges Propaganda-Instrument und wird daher entsprechend ernst genommen. US-Behörden sehen die Urheber der Attacke auf Sony in Nordkorea, das offiziell die Anschuldigung von sich wies, die Hacker allerdings als „Unterstützer und Sympathisanten“ bezeichnete. Was zu Beginn eher wie ein Streich anmutete – so wurden E-Mails mit den geschäftlichen Ruf schädigenden Hollywood-Interneta veröffentlicht –, hatte weitreichende Konsequenzen. Drohungen der Hacker mit weiteren Aktionen bewogen Sony, zunächst auf das komplette Geschäft mit dem Film zu verzichten – der Schaden wurde mit rund 70 Millionen Euro beziffert. Das warf ganz allgemein die Frage auf, wie weit es möglich ist, mit Cyber-Attacken das Erscheinen unliebsamer Filme, Bücher oder anderer medialer Produkte zu verhindern und damit wesentliche bürgerliche Freiheiten einzuschränken. Sony revidierte nach massiver Kritik, u. a. durch den US-Präsidenten, seine Entscheidung und brachte den Film in (wenigen) Kinos und im Internet. Die USA verhängten neue Sanktionen gegen Nordkorea und erwägen, das Land erneut auf die Liste der Staaten zu setzen, die Terrorismus sponsern.

Lateinamerika

Pragmatische Entspannung mit den USA?

Politisch haben im letzten Halbjahr vor allem die „linken“ Regierungen Lateinamerikas die Schlagzeilen mitbestimmt. Kuba und die USA näherten sich einander nach Jahrzehnten tiefgreifender Auseinandersetzungen wieder an, Venezuela leidet unter Protesten und dem fallenden Ölpreis (die Initiative Petrocaribe ist vor diesem Hintergrund sowie nationaler Einsparungen bald unfinanzierbar) und Argentinien kämpft gegen Hedgefonds und Zahlungskrise. Das Tauwetter zwischen den USA und Kuba hinterlässt Spuren gerade bei Lateinamerikas Linksregierungen. Selbst hartgesottene US-Kritiker zollten Barack Obama Respekt, wenn sie auch die Standhaftigkeit Havannas lobten. Die Annäherung der Erzfeinde könnte bei den Linken die Tendenz zum Pragmatismus verstärken, welcher in Lateinamerika bereits an der Tagesordnung ist, seit mit Hugo Chávez Tod der radikale Flügel der Linken seinen prominentesten Protagonisten verlor. Auch der Abgang von Lula da Silva sowie jener Fidel Castros schwächte diesen. Venezuelas Präsident Nicolás Maduro versucht sich zwar als Volkstribun im Stile seines Vorgängers, doch er schafft es kaum, vor dem Hintergrund wirtschaftlicher und politischer Unruhen die ölfreiche Nation auf Kurs zu halten. Sozialismus und Parolen genügen den Einwohnern nicht mehr und könnten den verbleibenden letzten „militanten Gegner der USA“ stürzen.

Brasiliens Bilanz zur Fußball-WM: 8,75 Mrd. Euro Kosten, 1 Mio. Touristen, teilweise exzessive (Militär-) Polizeigewalt, teure und künftig ungenutzte Stadien, aber ein neuer Rekordgewinn der FIFA von 3,3 Mrd. Euro. Die Operationen der Sicherheitskräfte zielten auf Betrugs- und Drogenbanden. Als öffentlich bekannt wurde, dass eine Cybercrime Unit der Polizei in Rio bereits seit 2013 (Operação Firewall 2) zum Schutz der WM gegen Hacker und Mitglieder des Schwarzen Blocks vorging, waren soziale Unruhen, Proteste und Ausschreitungen die Folge. Abgelöst wurden diese durch den Skandal im ehemaligen Vorzeigölkonzern Petrobras. Dieser reicht von korrupten Geschäftsanbahnungen und Bestechungen bis zu Parteien- und Politikerfinanzierungen höchster Kreise. Die Firma hat inzwischen bereits 85 Prozent ihres Wertes von 2010 eingebüßt. Immer mehr Politiker sind betroffen – auch Präsidentin Dilma Rousseff, als ehemalige Energieministerin und von 2003 bis 2010 und Verwaltungsratsvorsitzende.

Brasilien versucht im Rahmen der Verhandlungen über das EU-MERCOSUR-Freihandelsabkommen bzw. weiter als Vermittler bei (über-) regionalen Disputen am Beispiel Kubas zu vermitteln. Auch bei grenzüberschreitenden Kooperationen, dem Kampf gegen die Organisierte Kriminalität und

Drogenschmuggel sowie bei gemeinsamen Rüstungsprojekten innerhalb Lateinamerikas versucht man eine Leitrolle einzunehmen. Um mehr Einfluss in der Region zu erlangen, stellte Brasilien teilweise auch eigene wirtschaftliche Erfolge hintan. Obwohl viele regionale Organisationen (MERCOSUR, UNASUR, OEI, CAN, ALBA, ALADI, etc.) bereits über Dekaden existieren, bestehen noch immer enorme Hürden (Importzölle, fehlende Infrastruktur, etc.) um auch erfolgreich zu agieren.



„Lebendig hat man sie mitgenommen. Lebendig wollen wir sie wieder. Solidarität mit den 43 verschwundenen Studenten“

Mexiko ist neben seinen migrationsbedingten Problemen immer noch gezeichnet durch die Entführung der 43 linksgerichteten Lehramtsstudenten in Iguala (140.000 Einwohner, ca. 200km südlich Mexiko City) im Staat Guerrero vom September 2014. Drahtzieher waren der Bürgermeister José Luis Abarca, seine Gattin Maria de Los Angeles Pineda bzw. auch der Polizeichef - alle mittlerweile inhaftiert. Ihnen wird Kooperation mit der lokalen kriminellen Organisation Guerreros Unidos nachgesagt. Die Staatspolizei und Gendarmerie sowie das Militär ermitteln noch immer, doch es konnten bis dato nur ein Student identifiziert werden. Insgesamt wurden bis zu 10.000 Beamte bei der Suche nach den Studenten eingesetzt. Im Rahmen dieser Suchaktionen wurden auch einige Massengräber entdeckt. Die Angehörigen der Guerreros Unidos Gruppe Los Peques gestanden bereits die Morde und gaben an, dass ihnen die Studenten von der Polizei übergeben worden waren. Entführungen dieser Art sind nicht neu und auch nicht auf Mexiko beschränkt, jedoch in diesem Umfang erstmalig.

Kuba rückte nach und nach in den Fokus der Weltöffentlichkeit – speziell nach der Ankündigung von US-Präsident Obama, die Beziehungen zu Kuba normalisieren zu wollen, ohne das Embargo ganz aufzuheben. Dieser erntete viel Lob aber auch Kritik seitens der Republikaner und Exil-Kubaner. Ob dies als Vernunft der USA oder als Sieg der Revolution Kubas zu werten ist, sei dahingestellt. Zuvor wurde USAID

noch beschuldigt, gemeinsam mit US SOCOM „zu kooperieren“ und „verdeckt“ soziale Netzwerke in Costa Rica sowie Kuba aufgebaut (Internetplattform ZunZuneo) zu haben, um einen „Kubanischen Frühling“ zu initiieren. In Kuba selbst versucht man aktuell durch Währungsreformen, Verhandlungen mit der EU und Gesetzesänderungen Auslandsinvestitionen zu generieren um so die marode Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Kolumbiens Friedensprozess mit den FARC-Guerillas schreitet, verzögert durch kurze Unterbrechungen, kontinuierlich voran. Nachdem die FARC Geiseln freiließ und einen einseitigen unbefristeten Waffenstillstand ausrief, wird in Havanna wieder verhandelt. Präsident Juan Manuel Santos hat auch die ELN-Guerillas zu einem separaten Prozess eingeladen. Venezuelas soziale Proteste gegen Präsident Nicolás Maduro, bedingt durch Misswirtschaft, Lebensmittelknappheit und Übergriffe der Behörden, halten weiter an. Ölpreisverfall und Zahlungsausfälle bringen seine Regierung, trotz etlicher Umgliederungen, in schwierige Zeiten. Insgesamt beteiligten sich 2014 ca. 1 Mio. Bürger im Rahmen von mehr als 600 Protestaktionen.

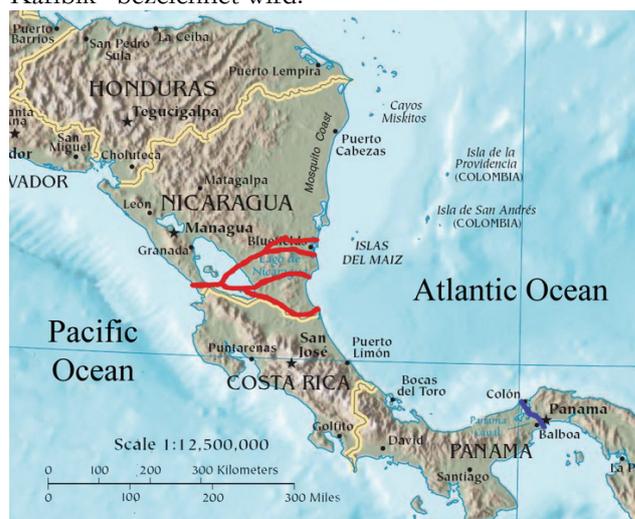
Soziale Unruhen und Anschläge zwangen in Chile Präsidentin Michelle Bachelet zu Zugeständnissen im Bereich des Anti-Terrorismusgesetzes bzw. für die Mapuche-Minderheit. Sie will das Amnestiegesetz von 1979 aufheben, das noch viele ehemalige „Folterer“ schützt.

Perus Präsident Ollanta Humala ist bemüht im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität. Durch den erfolgreichen Kampf gegen Drogen in Kolumbien haben sich die Anbaugelände und Drogenmengen in Peru nahezu verdoppelt. Korruptionsskandale im Sicherheitssektor führten zu Verhaftungen von mehr als 100 hochrangigen Beamten. Bei der Drogenbekämpfung wird nun verstärkt das Militär eingesetzt.

Nicaragua startete Ende 2014 den Bau des „Großen Kanals“, als Konkurrenz zum Panamakanal, dessen Erweiterung mit Ende 2015 abgeschlossen werden soll. Die Baukonzession erhielt die HKND-Gruppe aus Hong Kong für das ca. 50 Mrd. US-Dollar Projekt – dieses inkludiert auch den Bau einer parallelen Eisenbahnlinie, 2 Flughäfen und einer Erdölpipeline. Dabei soll auf 278km Länge und Mindestbreite von 230m sowie Mindesttiefe 28m eine Passage für Schiffe mit bis zu 25.000 Containern möglich werden. Das Projekt soll 50.000 Arbeitsplätze sofort und bis zur Fertigstellung 2020 weitere 150.000 Arbeitsplätze schaffen. Interessen von russischen als auch US-Firmen, daran mitzuarbeiten, liegen vor wurden bis dato aber noch nicht berücksichtigt.

Wirtschaftliche Problemstellungen

Wirtschaftlich ist Lateinamerika durch den Preisverfall von Erdöl aber auch anderer Rohstoffe, wie Kupfer oder Gold, ins Trudeln geraten. Nach der gelungenen „Ablenkung“ in Form der Fußballweltmeisterschaft 2014 in Brasilien mussten die Wirtschaftsdaten (Wachstum, Arbeitslosigkeit, Inflation etc.) in ganz Lateinamerika mehrmals nachgebessert werden. Dabei sind auch die wirtschaftlichen Motoren der Region, Mexiko und Brasilien, im letzten Halbjahr zurückgefallen. Auch Argentiniens Finanzkrise bzw. drohende Zahlungsunfähigkeit belastete die regionale Wirtschaftsentwicklung. Nahezu alle Länder mussten daher in den vergangenen Monaten ihre Wachstumsprognosen mehrmals nach unten revidieren. Im letzten Jahr hat das Wirtschaftswachstum noch mit Spitzen in Bolivien ca. 5,0 Prozent, Kolumbien ca. 5,4 Prozent und Paraguay ca. 4,8 Prozent geschlossen. Der Durchschnitt in Lateinamerika lag 2010 noch bei ca. 6,1 Prozent, wobei es sich 2014 bei ca. 1,1 Prozent einpendelte. Dabei gibt es Staaten, die ein Wirtschaftsdefizit erwirtschafteten, wie Costa Rica (ca. -6 Prozent), Ecuador (ca. -5 Prozent) und Puerto Rico (ca. -7 Prozent), das bereits als das „Griechenland der Karibik“ bezeichnet wird.



Varianten des Nicaragua-Kanals HKND im Vergleich zum Panamakanal

Galt Lateinamerika 2012 noch als Chance für Anleger, so ist diese Euphorie verflogen und die Aktienkurse brechen ein. Neben dem brasilianischen Real sind auch der mexikanische und argentinische Peso sowie der boliviarische Bolivar eingebrochen. Bei einer stärkeren Konjunkturabschwächung in China ist eine weitere Talfahrt der Rohstoffpreise möglich. Gleichzeitig treibt das Wirtschaftswachstum in den USA den US-Dollar weiter nach oben und begünstigt so den Abzug von Geldern aus der Region. Wirtschaftliche Prognosen für 2015 mussten zuletzt vor allem bedingt durch Mindereinnahmen aus Öl- und Rohstoffgeschäft bereits mehrmals nach unten revidiert werden. Die besten

Aussichten haben dabei bei Mexiko mit ca. 3,7 Prozent, Kolumbien mit ca. 7 Prozent, Peru mit ca. 4,4 Prozent, Chile mit ca. 3,0 Prozent und Argentinien mit ca. 2,8 Prozent. Vor diesem Hintergrund sind Produktivitätssteigerungen bzw. Ausbau der mangelnden (Transport-)Infrastruktur dringend notwendig. Lateinamerika ist beispielsweise im Vergleich zu Europa und den USA in punkto Transportlogistik bis zu dreimal teurer und somit weniger wettbewerbsfähig.

Wirtschaftlich orientiert sich Lateinamerika zuletzt eher weg von US- bzw. europäischen, hin zu chinesischen bzw. russischen Märkten. Dies ist bedingt durch deren Investment in (Entwicklungs-)Projekte in Lateinamerika, ohne ideologisch-moralische „Vorschriften“ z.B. bei Menschenrechten und Naturschutz, zu beachten. Tatsache ist jedenfalls, dass russische sowie chinesische Konzerne und Konsortien zunehmend an Großaufträgen (Eisenbahn in Peru, Nicaraguakanal, Erzbahn aus Brasilien an den Pazifik...) und Ressourcen (Erdöl, Erdgas, Erze, Nahrungsmittel...) interessiert sind. Russlands Intentionen, gerade bedingt durch westliche Sanktionen, fehlende westliche Waren mit Importen aus anderen Regionen zu kompensieren, haben Ländern wie Argentinien, Venezuela und Kuba neue Möglichkeiten verschafft. Dringend benötigte Infrastrukturinvestitionen sowie neue Kredite wurden seitens Russlands im Austausch mit Lebensmittellieferungen zugesagt, um Ausfälle aus der EU abzufedern. Russland wird sich daher auch in den kommenden Jahren in Lateinamerika engagieren, um diese Märkte weiter zu erschließen bzw. in ihrer US-kritischen Haltung zu unterstützen.

Auch Peking versucht, strategisch eine Alternative zu den USA darzustellen und unterstützt die 2010 als Gegengewicht zur US-dominierten Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) gegründete Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC). Erklärtes Ziel des kürzlich realisierten 1. China-CELAC-Forums war dabei eine weitere Vertiefung der Beziehungen. Peking setzt hier auf handfeste finanzielle Anreize: Laut Xi Jinping ist das chinesische Ziel in den kommenden zehn Jahren, dreistellige Milliardensummen in der Region zu investieren. Chinesisches Interesse ist dabei primär der Zugang zu Rohstoffen. Die Federführung Chinas beim Bau des „Großen Kanals“ (ca. 50 Mrd. US-Dollar) in Nicaragua und diverse andere Investmentprojekte in Energie, Infrastruktur, Landwirtschaft, Industrie und Zukunftstechnologien unterstreichen das chinesische Streben nach Ressourcen.

In diesem Zusammenhang ist auch Brasiliens Rolle und Politik in der BRICS-Gruppe zu verstehen. Der 6. BRICS-Gipfel im Juli in Fortaleza/Brasilien brachte den Entschluss, ab 2016 eine gemeinsame

Entwicklungsbank mit einem Finanzrahmen von 50 Mrd. US-Dollar sowie einem Reservefonds mit 100 Mrd. US-Dollar als Alternative zum IWF und Weltbank aufzustellen.

Instabile Sicherheit

Lateinamerika sieht sich aber zunehmend auch höheren sicherheitspolitischen Hürden gegenüber. Demonstrationen, bedingt durch wirtschaftliche und soziale Unzufriedenheit bzw. wegen Übergriffe der Sicherheitsorgane (Mexiko), nahmen zu. Die öffentliche Sicherheit in Lateinamerika bleibt weiterhin ein zentrales Problemfeld. Gemäß der „UN-Global Study on Homicide“ werden in dieser Region 36 Prozent aller weltweit begangenen Morde verübt. Gründe hierfür sind: Waffen-, Alkohol- und Drogenschmuggel, Armut, Arbeitslosigkeit, mangelnde Bildung, transnationale Organisierte Kriminalität, die Anonymität in Städten und die niedrige Aufklärungsrate (im Schnitt ca. 10 Prozent). Gangkriege sind dabei meist verlustreicher als Kämpfe gegen die lokalen Sicherheitskräfte. Die Studie besagt auch, dass ungleiche soziale Verhältnisse, traditionell konfliktbeladene Kulturen, unbewohnte und entlegene Regionen sowie (Ex-) Diktaturen den Aufbau mafiöser Strukturen begünstigen.

Um innenpolitischen Proteste und Unruhen, vor allem aber der Organisierten Kriminalität begegnen zu können, kommt es zunehmend zu einer „Militarisierung des Sicherheitssektors“. Bundesstaatliche Militär-, Spezial- bzw. Polizeieinheiten geben dabei staatlichen Institutionen wieder mehr Macht gegenüber den oft korrupten regionalen Behörden. So setzte Mexiko zur Suche der verschwundenen Studenten ca. 10.000 Staatspolizisten (Federales) ein, da die regionalen Polizeiverbände selbst in die Organisierte Kriminalität involviert sind. Drogengangs unterlaufen in ganz Lateinamerika die nationalen Sicherheitssektoren, was deren Reform primär erforderlich macht, um die staatliche Kontrolle wieder zu garantieren. Dies läuft in der Realität sehr langsam ab und erfährt auch nicht gerade hohe Unterstützung. Korruptionsaffären führen bis höchste politische Ebenen und untergraben das Vertrauen der Zivilbevölkerung. Dies, die Verschwendung von Steuergeldern und Misswirtschaft führten in Lateinamerika häufig dazu, dass Regierungen unter Druck gerieten und als Ablenkung wiederum überregionale Dispute vom Zaun brachen. In diesem Zusammenhang sind Argentinien's erneute Ansprüche auf die Falklandinseln (Malvinas) bzw. Grenzstreitigkeiten in Mittelamerika zu verstehen.

Eine ständige Bedrohung der staatlichen Autorität und inneren Sicherheit ist der Drogenanbau und die damit verbundene Organisierte Kriminalität. Besonders negativ wirken sich dabei mangelnde grenzüberschreitende Kooperation und Koordination in der Bekämpfung des Drogenanbaus aus. Schafft es dann

ein Land wie Kolumbien den Drogenanbau um ca. 40 Prozent zu reduzieren, boomt dieser letztendlich in Peru (+35 Prozent), da bei gleichbleibendem Bedarf sich nur das Anbaugebiet verlagert, solange keine überregionale Strategie dies zu verhindern sucht.



Brasiliens Rüstungsprojekt KC-390

Im Kampf gegen Drogenorganisationen wurden daher auch so drastische Maßnahmen wie „Nationale Abschussgesetze“ geschaffen. Diese regeln den Abschuss von Kleinflugzeugen, die im Verdacht des Drogenschmuggels stehen bzw. einer Landeaufforderung nicht nachkommen. Solche gibt es bereits seit 1990 in Kolumbien, seit 1993 in Peru, seit 2004 in Brasilien, seit 2006 in Chile und seit 2013 in Venezuela. 2014 wurde nunmehr ein solches auch in Honduras beschlossen und aktuell in Argentinien und Bolivien diskutiert. In Folge dieser „Nationale Abschussgesetze“ wurden und werden die jeweiligen Streitkräfte mit neuen Radarsystemen ausgestattet und ihre Luftwaffen modernisiert.

Generell sind die Verteidigungsbudgets in Lateinamerika in den letzten Jahren sukzessive erhöht worden, dennoch ist zu erwarten, dass Rüstungskosten auf Grund der mangelnden inneren Sicherheit weiter zunehmen werden.

Nahezu alle Länder rüsten gemäß ihren Planungen weiter auf. Argentinien versucht 24 Abfangjäger zu kaufen und liebäugelt dabei mit dem Saab Gripen E aus brasilianischer Teilfertigung (5,4 Mrd. US-Dollar). Aktuell scheitern sie aber am Veto des Vereinigten Königreichs, folglich interessiert man sich für chinesische und russische Referenzprodukte. Neue brasilianische Rüstungsprojekte umfassen 20 Projekte bis 2030 mit einem Rahmen von ca. 230 Mrd. US-Dollar, auf Grundlage des Weißbuches bzw. der Nationalen Sicherheitsdoktrin. Man will mittelfristig (2022) das Wehrbudget von 1,5 Prozent auf 2,5 Prozent BIP anheben, was eine Verdoppelung des aktuellen Budgets von ca. 35 Mrd. US-Dollar bedeutet. Beschlossen wurde bereits der Ankauf bzw. die

Endfertigung von 36 Saab Gripen. Eine neue Überlegung inkludiert 24 weitere Flieger für den neuen Flugzeugträger sowie 78 zusätzliche Gripen zur Ablöse älterer Modelle. Ähnliche, aber kleinere Projekte, finden sich in Chile, Mexiko, Kolumbien und Bolivien.

Dabei ist zu beobachten, dass Lateinamerika mehr und mehr am Technologietransfer bzw. an Teil- bzw. Endfertigung im jeweiligen Land interessiert ist. Dieser Know-How-Transfer soll Arbeitsplätze und neue Entwicklungen garantieren. Konzerne, die dazu nicht bereit sind, werden künftig in Lateinamerika keine Großgeschäfte mehr zeichnen können. Interessant erscheint hier, dass neue Verträge auch mit chinesischen und russischen Unternehmen gezeichnet werden, wenn über den beim Kauf erwünschten Technologietransfer keine Einigung, vor allem mit US- bzw. europäischen Rüstungsfirmen, erzielt werden kann.

In diesem Zusammenhang ist ein aktuelles Thema in Lateinamerika ein gemeinsamer Rüstungsmarkt. Zur Diskussion stehen die gemeinsame Beschaffung oder Produktion brasilianischer Embraer (Super-) Tucanos und KC-390 Transportern, UAV-Plattformen und Satellitenprogrammen.

Migration geht einher mit Drogenschmuggelrouten und zumeist den USA als Endpunkt. US-Behörden setzen auf bestehende Initiativen, neue (Finanz-) Programme sowie Kooperationen (z.B. Merida), um die Wurzeln bereits vor Ort in Lateinamerika zu bekämpfen. Die Zahl der Aufgriffe entlang der US-Grenze an nicht-mexikanischen Flüchtlingen stieg von ca. 54.000 (2011) auf 2014 ca. 153.000. Dabei verdreizehnfachte sich die Zahl an unbegleiteten Kindern von ca. 4.000 (2011) auf 2014 ca. 57.000! Diese alarmierenden Zahlen sind bedingt durch Perspektivenlosigkeit, hohe Armut und hohe Kriminalitätsraten (Gangs) in deren Heimatländern. 2008 waren es noch mehrheitlich Mexikaner, nun kommen 75 Prozent der Flüchtlinge bereits aus dem Norddreieck: Honduras (ca. 15.000), Guatemala (ca. 13.000) und El Salvador (ca. 12.000). Neue Kooperationen wurden folglich eingerichtet.

Herausforderungen der näheren Zukunft

Innere Sicherheit bleibt in Zentral- und Mittelamerika eine zentrale Herausforderung schlechthin. Fast alle Länder der Region kämpfen mit ähnlichen, wenn auch national unterschiedlichen Problemen. Dazu muss jedoch der negative Kreislauf, bedingt durch Armut, mangelnde Bildung, Drogen, Schmuggel, Banden sowie fehlende öffentlicher Sicherheit durchbrochen werden. Das Vertrauen der Bürger in den Sicherheitssektor ist jedenfalls ausschlaggebend für weitere Reformen. Aktuell ist dieses Vertrauen der Bürger zur Politik und Staatsorganen, regional leicht differenziert (in Mittelamerika und der Karibik geringer, im Süden bzw. Westen höher) in der Krise.

Mehr Sicherheit impliziert auch geringeren Migrationsdruck nach Norden. Daher sind auch die USA gefordert. Aktuelle US-Sicherheitsthemen wie Drogen(-schmuggel), Bandenkriminalität und Migration - vor allem unbegleiteter Kinder - haben ihren Ursprung in Lateinamerika. Dabei haben die USA, bedingt durch die NSA-Affäre etc., gleichzeitig in der Region mit einem massiven Vertrauensverlust zu kämpfen.

Die EU-Lateinamerika bzw. EU-CELAC-Verhandlungen könnten durch den neuen Kubakurs der USA eine frische Dynamik erhalten. Alle Lateinamerika-Ansätze waren bis dato nicht von Erfolg gekrönt und so gibt es zurzeit mehr bilaterale als multilaterale Abkommen mit der EU (MERCOSUR, ALBA, CAN, etc.). Hier wird die EU gefordert sein, den zunehmenden wirtschaftlichen Interessen der Russischen Föderation und Chinas in Lateinamerika zu begegnen.



BRICS-Treffen 2014

Das Ringen um die politische und wirtschaftliche Vorherrschaft in Lateinamerika wird weiter zwischen Mexiko und Brasilien erfolgen. Beide Volkswirtschaften kämpfen mit unterschiedlichen Herausforderungen, wobei politisch Mexiko mit seinem starken und wirtschaftlich prosperierenden Partner USA eher im Vorteil ist, als Brasilien mit seinen (BRICS-) Partnern China und der Russischen Föderation, die zurzeit selbst enorme politische und wirtschaftliche Probleme haben.

Der Nahe Osten zwischen Machtpolitik und Terrorherrschaft

Der Nahe Osten und Nordafrika bestimmen nach wie vor sicherheitspolitische Debatten weltweit. Die jihadistische Bedrohung, die sich durch den „Islamischen Staat“ (IS) manifestiert, sowie die andauernden machtpolitischen Konflikte bleiben große Herausforderungen, auch für die europäische Sicherheit. Die enormen Macht- und Landgewinne der Terrororganisation IS haben zu einer großen Verunsicherung in Europa geführt, die auch Fragen der inneren Sicherheit berührt. Doch für die Region selbst war die Ausrufung des „Kalifats“ im Sommer dieses Jahres eine logische Fortführung der zunehmenden religiösen Fanatisierung eines Konfliktes, dessen Intensität seit der letzten Ausgabe noch weiter zugenommen hat. Die Internationalisierung des Bürgerkriegs in Syrien und im Irak und die Barbarei von Gruppen wie der IS haben dazu geführt, dass die strategischen Gründe für den Bürgerkrieg in Syrien und im Irak zunehmend in den Hintergrund treten. Syrien und der Irak sind jedoch nach wie vor Schauplatz eines Stellvertreterkrieges zwischen den zwei Hauptaspiranten auf regionale Hegemonie, Saudi Arabien und Iran. Auch die absichtliche „Über-Förderung“ von Erdöl und die damit verbundenen Preisstürze sind unter anderem in diesem Licht zu sehen. Zusätzlich versucht die Türkei als zusätzlicher regionaler Hegemonieaspirant erneut, nach ihrem außenpolitischen Desaster während der ersten Jahre des „Arabischen Frühlings“, Boden in der machtpolitischen Arena der Region wieder gut zu machen. Die westliche Staatengemeinschaft hat bis heute keine Strategie gefunden, um mit den neuen Herausforderungen in der Region umzugehen und steht nun einem immer selbstbewusster agierenden Iran einerseits, einem Machtpolitik-fixierten Saudi-Arabien und einem zunehmend anti-westlichen türkischen Staat andererseits gegenüber, ohne selbst der Region Alternativen zu diesen Blöcken anbieten zu können. Hinzu kommt eine zunehmende Entfremdung zwischen der EU und den USA einerseits und dem „strategischen Partner“ in der Region – Israel. Die jüdische Nation befindet sich in einer tiefen innenpolitischen Krise, begleitet von Anarchie in der Nachbarschaft und außenpolitischen Fehlritten. Die einzige Demokratie im Nahen Osten, und damit verbunden der natürliche Partner des „Westens“, verliert immer mehr Unterstützung in Europa und den USA, doch dieser Trend war schon länger absehbar. Es scheint, als würde der „Westen“ immer weniger Rücksicht auf sicherheitspolitische und strategische Bedenken Israels nehmen.

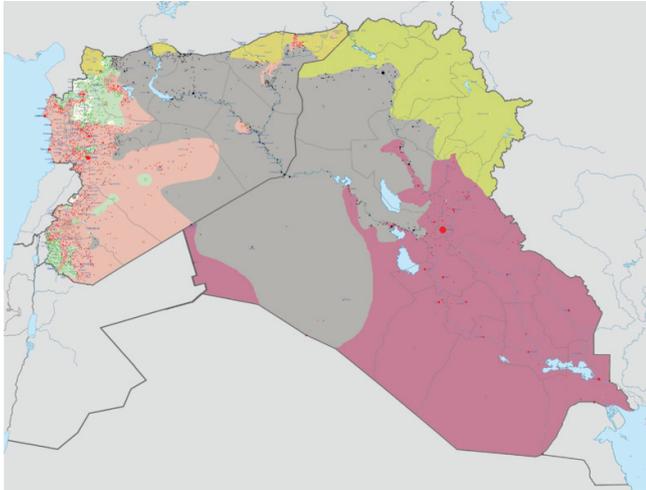
Der Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“

Die Erfolge, die den „Islamischen Staat“ seit Jahresmitte 2014 zu einem ernstzunehmenden Akteur in der Region gemacht haben, werden von der Weltöffentlichkeit mit Entsetzen wahrgenommen. Lange Zeit sah es so aus, als würde die Weltgemeinschaft tatenlos zusehen, während die radikal-sunnitischen Terroristen Landgewinne verbuchten, immer besseres militärisches Gerät „erbeuteten“ und eine Schreckensherrschaft in ihrem „Kalifat“ errichteten. Die Akteure in der Region waren ebenso überrascht wie überfordert vom raschen Aufstieg der IS. Die irakische Armee, von den US-Amerikanern nach 2003 trainiert und ausgerüstet, hatte dem Ansturm der IS im Sommer nichts entgegenzusetzen, die Einnahmen großer Gebiete inklusive der Großstadt Mossul und die Erbeutung modernster Waffen und militärischen Geräts, zurückgelassen von den fliehenden irakischen Streitkräften, katapultierten die IS von einer Terrorgruppe unter vielen zu einem nicht mehr zu ignorierenden Akteur in der Region. Noch entscheidender für den enormen Machtzuwachs der IS war jedoch die Eroberung mehrerer Öl- und Gasfelder im syrisch-irakischen Grenzgebiet. Dies ermöglichte der Gruppe, enorme finanzielle Gewinne zu erzielen; über den Schwarzmarkthandel mit Öl und Gas finanziert sich die Gruppe ihr „Kalifat“ bis heute zu einem Gutteil und machte sie angeblich zur reichsten terroristischen Gruppierung weltweit. Weitere Geldquellen für die Islamisten sind Lösegelderpressungen, Menschenhandel und private Spenden vor allem aus den Golfstaaten, aber auch aus der ganzen Welt.

Die Reaktionen auf den Aufstieg der IS waren von prinzipiellem Entsetzen auf westlicher Seite geprägt, während gleichzeitig niemand eine Strategie für den Kampf gegen ihn zu finden schien. Regionale Akteure beschränkten sich zunächst auf eine Sicherung der eigenen Grenzen (Saudi-Arabien, Ägypten) oder versuchten, die IS für ihre Zwecke zu instrumentalisieren (Türkei). Der Iran, als Schutzmacht der Schiiten logischer Gegner der radikal-sunnitischen Terrorgruppe, entsandte zwar militärische Berater und Quds-Brigaden in den Irak, jedoch nur, um die sunnitisch-schiitische Front (sie verläuft südöstlich von Bagdad) zu sichern. Der Iran scheint kein Interesse daran zu haben, den Mörderbanden der IS jenseits dieser religiösen Grenzlinie im Irak entgegen zu treten. In Syrien unterstützt das Mullah-Regime nach wie vor den Diktator Bashar al-Assad und im Libanon die schiitischen Milizen um die Hezbollah und versucht so, seine schiitische Achse zu halten.

Saudi-Arabien, der zweite große machtpolitische Akteur der Region, war lange Zeit nur widerwillig bereit, gegen die IS vorzugehen. Zu eng waren die Verstrickungen des Königreichs mit dem Aufstieg der Terrormiliz, die

sie als Stellvertreter im Kampf gegen den Iran (und damit gegen Assad) nutzen wollten. Erst als offenkundig wurde, dass die IS auch vor Riad nicht Halt machen würde, rang sich das saudische Königshaus eine Verurteilung der Gruppe ab und verbot sämtliche Aktivitäten auf saudischem Boden.



Territoriale Kontrolle des syrisch-irakischen Raumes Jänner 2015 (grau: IS)

Der Westen wirkte lange Zeit wie paralytisch und nicht in der Lage, der Bedrohung für den letzten Rest Staatlichkeit eine geeignete Reaktion entgegen zu setzen. Die USA, „kriegsmüde“ und strategisch voll auf die Verlagerung ihrer Kräfte auf den pazifischen Raum ausgerichtet, konnte und wollte nicht erneut in einen Krieg im Nahen Osten hineingezogen werden. Die EU war zum einen durch ihren Konflikt mit Russland gebunden. Dies wurde unter anderem offensichtlich durch die extrem langsame und widersprüchliche Reaktion auf den Aufstieg der IS und die damit verbundene direkte Bedrohung für Europa. Die öffentliche Meinung in Europa und den USA war ebenso widersprüchlich: Einerseits war die Bedrohung durch die Terrormiliz IS bekannt und wurde auch als solche wahrgenommen, gleichzeitig waren die Bevölkerungen der westlichen Welt aber trotzdem gegen eine Intervention im Irak und Syrien. Und so musste erst der emotional besetzte Kampf der Kurden in Kobane und im Sindschar-Gebirge eskalieren, bevor westliche Politiker und deren Bürger sich zu einem Eingreifen entscheiden konnten. Und es waren einmal mehr die USA, die die Initiative übernahmen, nicht die EU. Während sich Präsident Obama nach wie vor strikt gegen den Einsatz von Bodentruppen aussprach, konnte er dennoch eine internationale „Koalition von Partnern“ („Coalition of Partners“) schmieden, die mit Luftschlägen gegen die Stellungen der IS das militärische Pendel zu Gunsten der bedrängten Kurden in Syrien und im Irak kippen lassen sollte. An dieser Koalition beteiligen sich auch mehrere arabische Staaten, die sich durch die Ausbreitung der IS bedroht

fühlen. Die Luftschläge im Irak und in Syrien zeigten Erfolg, die Islamisten befinden sich auf dem Rückzug, mehrere hochrangige Mitglieder wurden getötet, und die symbolträchtige Stadt Kobane hielt dem Ansturm der Jihadisten Stand. Die Lage im „Kalifat“ wird daher auch erst dann gelöst werden können, wenn der Bürgerkrieg in Syrien beendet ist. Solange Gewalt und Leid die Region prägen, kann die IS mit seiner archaischen Islam-Interpretation und bloßer Brutalität überleben. Solange die Staaten der Region sich auf autoritäre Strukturen als einziges Mittel gegen schwache und scheiternde Staaten verlassen, wird den radikalen Ideologien der Salafisten und Jihadisten kaum begegnet werden können. So wäre es nun auch Aufgabe Europas, durch Unterstützung beim Aufbau staatlicher Strukturen, einer Demokratisierung des Sicherheitssektors und Zusammenarbeit in der Transformation der darniederliegenden arabischen Staatsstrukturen den Bürgern der Region Hoffnung und eine Alternative zu andauernden Konflikten zu bieten. Doch europäisches Zögern, innenpolitische Bedenken, das Fehlen von Strategien und Planspielen für den Raum sowie die Machtpolitik der regionalen Mächte stehen dem noch immer ablehnend gegenüber. Und die IS scheint im Moment unfreiwillig und ohne es zu wollen auch eine wichtige Aufgabe in dieser regionalen Machtpolitik zu übernehmen: Er übernimmt die, nach dem Fall von Saddam Hussein vakante und enorm wichtige Funktion als Puffer zwischen den regionalen Hegemonieaspiranten Saudi-Arabien, Iran und Türkei. Die (unfreiwillige) Übernahme dieser Funktion durch die IS macht es noch komplizierter, Strategien zu entwickeln, an deren Ende die Zerschlagung des „Kalifats“ steht. Die Frage bleibt, ob danach der Machtkonflikt zwischen den drei Staaten nicht noch weiter eskalieren wird.

Machtpolitik als Prinzip

Denn nach wie vor geht es den beiden Antagonisten im MENA-Raum – Saudi-Arabien und der Iran – vor allem um den eigenen Machtaufbau bei gleichzeitiger Schwächung des Gegenspielers. In Syrien und im Irak unterstützt Saudi-Arabien nach wie vor „gemäßigte“ islamistische Gruppierungen in ihrem Kampf gegen den Iran-Verbündeten, Präsident Bashar al-Assad. Die Brechung des machtpolitischen „schitischen Halbmondes“ ist dabei das unausgesprochene Ziel von Riad und den anderen Golfstaaten. Der Iran wehrt sich mit großem Einsatz gegen den Verlust seines Einflussraumes und ist nach wie vor größter Unterstützer des syrischen Regimes und schitischen Milizen im Irak und im Libanon. Doch Saudi-Arabien hat nun damit begonnen, den Konflikt auch auf der wirtschaftlichen Ebene zu eskalieren. Der Abfall des Ölpreises auf dem Weltmarkt ist nur teilweise durch die baldige Energieunabhängigkeit der USA zu erklären.

Der Betreiber des fallenden Ölpreises ist die OPEC und damit vor allem die Golfstaaten. Mit ihrer Politik des niedrigen Ölpreises, der ihnen selbst schadet, versuchen sie, den Iran wirtschaftlich zu destabilisieren. Denn im Gegensatz zu den reichen Golfstaaten hat die islamische Republik nur geringe Geldreserven und wird so durch einen konstant niedrigen Ölpreis wirtschaftlich hart angegriffen. Es ist dies auch eine Reaktion auf die Appeasement-Politik des Westens im Atomstreit mit dem Iran. Die Atomgespräche in Wien, die zwar zu keinem Abschluss führten, aber von allen Seiten prinzipiell positiv bewertet wurden, haben die Sorgen Saudi-Arabiens über eine Rückkehr des Iran in den Kreis der Weltgemeinschaft verstärkt. Ein international wieder salonfähig gemachter Iran würde die Stellung der sunnitischen Monarchie in der Region enorm schwächen, da der Iran potentiell in der Lage ist, Riad wirtschaftlich und machtpolitisch zu überflügeln, sollten die Sanktionen fallen. Gleichzeitig bleibt die Sorge, dass der Iran an der Atombombe arbeitet, nicht nur in Jerusalem, sondern auch in Riad weiter bestehen. Und so versuchen die Golfstaaten, den Iran über den Ölpreis so weit zu schwächen, dass er wirtschaftlich keine Bedrohung mehr für den eigenen Status darstellt.

Die Konflikte in der gesamten Region sind geprägt von diesem Zweikampf um Hegemonie, der natürlich immer auch religiös konnotiert ist, vor allem aber dem klassischen Baukasten neorealisticer Machtpolitik entspringt. Die Akteure in der Region streben nach Macht und Sicherheit für sich bei gleichzeitiger Schwächung der Konkurrenten, es werden kaum vertiefte Kooperationen eingegangen und es existieren keine supranationalen Schiedsrichter - das heißt es herrscht Anarchie im regionalen System. Der Iran versucht, seine eigene Ideologie durch einen Nukleardeal mit dem Westen wieder exportieren zu können. Denn alleine durch die Freigabe eingefrorener iranischer Konten in westlichen Staaten könnte der Iran binnen Tagen auf Rücklagen in Milliardenhöhe zurückgreifen. Diese könnten staatliche klandestine Organisationen wie die Quds-Brigaden dazu nutzen, schiitische Milizen weiter aufzurüsten, was nicht nur für den Konflikt in Syrien und im Irak eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse zur Folge hätte, sondern schiitische, anti-sunnitische Aktionen in anderen arabischen Staaten finanzieren könnte.

Die westliche Unsicherheit im Umgang mit dem Chaos in der MENA-Region spielt dem Iran in die Hände. So kann es sich der Iran leisten, hohe Forderungen an den Westen im Atomstreit zu stellen, da sich in Europa und den USA zunehmend die Einschätzung durchsetzt, der Iran werde für die Stabilisierung des Raumes benötigt. Hier wird jedoch unterschlagen, dass der Iran selbst jahrzehntelang an der Destabilisierung von Regierungen und Regimen beteiligt war, seine Ideologie, eine äußerst expansive, radikale Form des Schia-Islam, den

Revolutionsexport vorschreibt, und damit verbunden eine tiefe Verunsicherung der sunnitischen Partner ausgelöst wird. Saudi-Arabien, aber auch die anderen Golfstaaten sowie Ägypten und die Türkei fühlen sich durch den Iran bedroht, und ein vorschnelles Ende der Sanktionen könnte hier nachhaltig das Vertrauen dieser Staaten in den Westen zerrütten. Und dass der Iran mit seinem Nuklearprogramm tatsächlich mit offenen Karten spielt, muss in Hinblick auf die Vergangenheit massiv bezweifelt werden. Sollte der Iran es schaffen, dem Westen derart massive Zugeständnisse abzurufen, wie momentan kolportiert (keine Inkludierung des iranischen Raketenprogramms, Art und Umfang der IAEA-Kontrollen, Schwerwasserreaktor in Arak etc.), würde dies nicht bedeuten, dass ein neuer Partner für die Stabilisierung des Raumes gewonnen, sondern im Gegenteil ein Grund für seine Destabilisierung gestärkt und andere Verbündete (die auch niemals an Stabilität im Sinne von Rechtsstaatlichkeit interessiert waren) langfristig vor den Kopf gestoßen werden.

Die Quds-Brigaden sind eine Elitetruppe der iranischen Revolutionsgarde. Sie sind ideologisch voll auf Regimelinie und unterstehen nur dem Großayatollah Ali Khamenei. Die Quds-Brigaden werden vor allem zu irregulären, asymmetrischen Operationen in exterritorialen Gebieten eingesetzt, so zum Beispiel zur Ausbildung von Terrorgruppen im Kampf gegen Israel, oder radikal-schiitische Milizen im Irak und im Libanon. Im Moment sind die Brigaden vor allem im Irak und Syrien im Kampf gegen den IS engagiert. Sie verfügen über ein weltweites Netzwerk von Tarnfirmen und Scheinorganisationen zum Revolutionsexport, zur Sanktionsumgehung und zur Planung und Durchführung von militärischen und nichtmilitärischen Operationen im Sinne der iranischen Staatsideologie.

Die Türkei drängt in den MENA-Raum zurück

Nach dem desaströsen Versuch der Türkei, durch die Unterstützung der Muslimbruderschaft in Ägypten und einer radikalen Gegnerschaft zu Bashar al-Assad in Syrien vom „Arabischen Frühling“ zu profitieren, drängt der nunmehrige Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan mit Vehemenz zurück auf die machtpolitische Bühne der Region. In Syrien spielte er wochenlang auf Zeit, bevor er schließlich der Anti-IS-Koalition erlaubte, Aufklärungsflüge von türkischen Militärflughäfen zu starten. Monatlang hatte die Türkei zuvor dabei zugehört, wie IS-Kämpfer über die türkisch-syrische

Grenze geschleust wurden und die Grenzregion als Rückzugsort nutzten. So wurde die Türkei zu einem wichtigen Transitland für IS-Kämpfer, Material und zur Behandlung verwundeter Kämpfer. Die türkische Regierung ließ den IS dabei lange Zeit unbehelligt gewähren. Denn zum einen betrachtete sie den IS als eine Gruppe, die gegen den gemeinsamen Feind – das Regime Bashar al-Assads – kämpfte und somit potentiell auf derselben Seite stand. Zum anderen profitierte die Türkei natürlich auch von dem Vorgehen des IS gegen die syrischen Kurdengebiete. So wurde ihr eigener Konflikt mit der PKK überlagert, und die Kämpfer der PKK waren mehr in Syrien engagiert als auf türkischem Gebiet. Die syrischen kurdischen Selbstverteidigungseinheiten der YPG, die beispielsweise Kobane verteidigen, gehören zur selben Fraktion der zersplitterten kurdischen Parteien- und Organisationslandschaft im Nahen Osten, wie die PKK – und hatte über Jahre und in Absprache mit dem syrischen Regime starke und nachhaltige Strukturen in Syrisch-Kurdistan aufgebaut. Dieses Positivbeispiel für kurdische Autonomie bedrohte die türkischen Verhandlungen mit der PKK, und die Türkei nahm hier den IS als das „geringere Übel“ wahr. Zudem wollten sie den IS als „Ticket“ zurück auf die regionale machtpolitische Bühne nutzen und Assad – und damit den Iran – schwächen. Denn Präsident Erdogan geht in der Wahl seiner Verbündeten nach wie vor nach religiösen Gesichtspunkten – nur sunnitische Regime kommen als Partner in Frage – vor. So sollen Allianzen geschmiedet und dauerhaft gehalten werden, die den türkischen Einfluss in der Region sichern. Gleichzeitig sieht Erdogan den IS inzwischen auch als Bedrohung für die Sicherheit der Türkei. Somit hat die Politik der Türkei in Syrien drei Ziele, die sich teilweise widersprechen: Zurückdrängung des IS, Entmachtung von Assad und Schwächung der kurdischen Autonomieregion. Erdogan nutze den IS zur Erreichung der anderen beiden Ziele und begünstigte damit den Aufstieg der Islamisten zu einer Bedrohung für alle, die in der Wahrnehmung des IS „Ungläubige“ sind.

Israels Einsamkeit

Inmitten der Anarchie in der Region und der zunehmenden Gewalt verschiebt sich das Pendel westlicher Gunst jedoch auch immer weiter zu Ungunsten Israels. Es wäre nachvollziehbar gewesen, dass, inmitten des Chaos und marodierender islamistischer Milizen, der jüdische Staat näher an den Westen heranrückt und der Westen auch die Bedrohungen, denen Israel von allen Seiten ausgesetzt ist, in seiner Politik auch ausreichend würdigt. Doch das Gegenteil ist seit 2011 passiert. Israel fühlt sich zunehmend isoliert und innerhalb der demokratischen

Staatenwelt an den Rand gedrängt. Der stockende Friedensprozess mit Palästina, die Kriege gegen die Hamas im Gazastreifen und eine zunehmend nationalistische Regierung in Jerusalem haben dazu geführt, dass sich der Westen und Israel immer weniger verstehen und immer weniger zu sagen haben.

Der westliche Fokus auf die Siedlungspolitik Israels im Westjordanland und Ostjerusalem, ständige Eskalationsgefahr im Konflikt mit der islamistischen Hamas und die zunehmende Gefahr einer „dritten Intifadah“ haben zu einem tiefgreifenden Zerwürfnis zwischen Europa und den USA einerseits und Israel andererseits geführt. Ein schneller Frieden mit Palästina scheint für den Westen lediglich an israelischer Sturheit und prinzipieller Weigerung zu scheitern. Doch für Israel geht es um grundlegende sicherheitspolitische Fragen: etwa um die Frage, wie eine territoriale Landesverteidigung ohne Streitkräfte im Jordantal aussehen könne, oder welchen Gewinn Israel aus einer schnellen, unausgegorenen und fragilen Zweistaatenlösung ziehen könnte, während die Region rund um Israel und Palästina im Chaos versinkt. Hinzu kommt, dass Europa zwar immer heftiger auf eine Anerkennung Palästinas drängt, jedoch keineswegs geklärt ist, wie sich Israel gegenüber einem Palästina verhalten soll, dessen eine Hälfte durch antisemitische Gruppierungen beherrscht wird, die regelmäßig jüdische Zivilisten attackieren.

Israel wird ohne umfassende Sicherheitsgarantien keine Veranlassung sehen, die Friedensverhandlungen mit Palästina wieder aufzunehmen. Solange die Hamas Israels Existenzrecht nicht anerkennt und solange die Staatengemeinschaft israelische grundlegende Sicherheitsbedürfnisse nicht ernst nimmt, wird es in der momentanen regionalen Lage kaum Chancen auf Fortschritte geben.

Denn auch rund um Israel hat sich die Lage weiter verschlimmert. Zwar sind die jihadistischen Kräfte momentan im Kampf gegen die jeweils andere muslimische Glaubensrichtung gebunden. Doch jede islamistische Gruppierung – ob schiitisch oder sunnitisch – hat als ein Ziel ihres „heiligen Krieges“ die „Befreiung Jerusalems“ ausgerufen. Und dies bedeutet nichts weniger als die Vernichtung des jüdischen Staates. Somit hat Israel nun auf dem Sinai eine neue Bedrohungslage, ebenso in Syrien, wo es nur eine Frage der Zeit ist, bis die eine oder andere jihadistische Gruppierung sich auch gegen den jüdischen Staat wendet. Und gleichzeitig könnte der Erzfeind Iran durch westliche Zugeständnisse wieder enorm an Macht und Einfluss gewinnen und den Stellvertreterkrieg gegen Israel erneut eskalieren lassen. Israel fühlt sich in seinen Befürchtungen vom Westen nicht ernst genommen und sieht die weit fortgeschrittenen Atomverhandlungen mit dem Iran als nur eines von vielen Indizien einer

zunehmenden Abkehr der westlichen Welt von Israel als strategischem Partner in der Region.

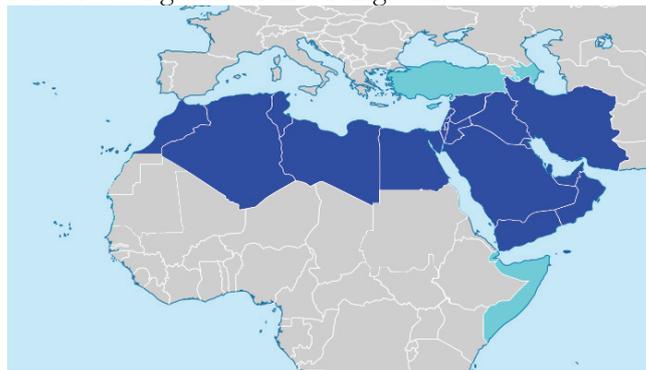
Doch Israel hat auch selbst dazu beigetragen, das Verhältnis mit dem Westen zu beschädigen. Die zunehmende radikal-nationalistische Rhetorik von Premierminister Benjamin Netanyahu und die zunehmende Zahl von rechtsgerichteten Ministern in seinem Kabinett führten dazu, dass israelischer Nationalismus notwendige Kompromissbereitschaft mit Europa und den USA übertrumpfte. Die nun offen ausgebrochene innenpolitische Krise und die Neuwahlen im Frühjahr 2015 werden daher für Israel von entscheidender Bedeutung sein: Sollte es die rechte Koalition um Netanyahu erneut schaffen, eine Mehrheit der Wähler von sich zu überzeugen, wird Israel sich weiter isolieren. Sollte jedoch eine gemäßigte Koalition, angeführt von Tzipi Livni und Isaac Herzog, die Wahlen gewinnen, könnte dies auch ein Neustart für die Beziehungen zwischen dem Westen und Israel bedeuten. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob durch einen Wechsel in der israelischen Führung auch eine Angleichung der Bedrohungseinschätzungen einhergeht. Denn an der existentiellen Bedrohung für den jüdischen Staat wird auch eine neue israelische Regierung keinen Zweifel hegen.

Conclusio – ein Marshall-Plan für MENA

Die Situation im Nahen Osten und Nordafrika hat sich seit dem Beginn des „Arabischen Frühlings“ immer weiter verschlimmert. Das Zentrum des Chaos liegt momentan in Syrien und Irak, ein durchaus logisches „Auge des Sturms“, durch die Bruchlinien, die durch diese zwei Länder verlaufen. Diese Konflikte, die die Region momentan heimsuchen, werden nicht schnell und einfach zu lösen sein. Es braucht eine langfristige und mit den Bevölkerungen dieser Staaten abgestimmte Strategie und große Investitionen, um ein weiteres Abrutschen der Region in die Anarchie zu verhindern. Doch momentan scheint niemand bereit zu sein, entweder die eigenen Ziele zu Gunsten der Stabilität abzuschwächen (Iran, Saudi-Arabien, Türkei) oder so weit auszubauen, als dass sie eine spürbare Veränderung der Lage erreichen könnten (EU, USA). Doch um die Region zu stabilisieren, muss eine mit Eliten, religiösen Führern, den wenigen verbleibenden wirtschaftlichen Größen, den Regionalmächten (und unter deren großer Beteiligung) sowie den Weltmächten abgesprochener und durchdachter Plan her, der kurz- und mittelfristig auf Befriedung der von Krieg schwer gezeichneten Staaten (wenn notwendig inklusive der Entsendung von Friedens- oder Stabilisierungstruppen) und langfristig auf den Aufbau von Staatlichkeit, Zivilgesellschaft und Rechtsstaatlichkeit abzielt. Was es also benötigen würde, wäre ein Marshall-Plan für den Nahen Osten.

Ein Rückzug aus der Region ist keine Option, zu groß sind die Interessen Europas und den USA, ebenso wie

die sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und auch kulturellen Verknüpfungen. Ein eindimensionales, vor allem auf militärische Besetzung basierendes Vorgehen ist bereits in Afghanistan und im Irak gescheitert. Es braucht einen ganzheitlichen und langfristigen Einsatz mit der Aufwendung großer Ressourcen, um den Nahen Osten und Nordafrika vor dem Abgleiten in ein komplettes Scheitern einer gesamten Region zu bewahren. Hierfür müssen vor allem regionale Akteure, die über größere Autorität und politische Glaubwürdigkeit in der Region verfügen, ihre Verantwortung wahrnehmen. Solange sie dies nicht tun, kann auch der Westen nicht viel für eine Stabilisierung tun. Der Iran, die Türkei und Saudi-Arabien sind derzeit die größten Hemmschuhe für jede deeskalierende Strategie in der Region, sie bedrohen durch ihre radikal-realistische Machtpolitik den letzten Rest Stabilität im MENA-Raum. Erst wenn Europa, die USA, die sunnitischen Mächte in der Region und der Iran gemeinsame Grundprinzipien entwickeln und bereit sind, in deren Umsetzung auch tatsächlich zu investieren, kann es langfristig Hoffnung für die zerstörte Wiege der Zivilisation geben.



Der MENA-Raum

Sub-Sahara Afrika

Afrika bleibt aus europäischer Perspektive weiter der „vergessene Kontinent“. Im letzten Jahr waren es – sieht man von den Ereignissen in Mali und von der Frage der „illegalen“ Migranten, die mit allen Mitteln versuchen, ins reiche Europa zu gelangen, ab – im Wesentlichen zwei Entwicklungen, die in Europa wenigstens gelegentlich Aufmerksamkeit fanden: Die terroristischen Überfälle der „Boko Haram“ im nördlichen Nigeria und die Ausbreitung des Ebola-Virus.

Die Entwicklungen in den einzelnen Staaten Afrikas können und sollen in einem derartigen Überblick nicht vollständig aufgezählt werden, wohl aber werden – anders als in früheren Ausgaben des „ISS-Aktuell“, wo im Wesentlichen nur auf die Republik Südafrika eingegangen wurde – die relevantesten regionalen Machtzentren und deren strategisch wesentliche Aktivitäten beleuchtet.

Die Republik Südafrika ...

Die Republik Südafrika ist derzeit die politische Macht in Afrika südlich der Sahara, die nicht nur regional, sondern auch global wirksam ist. Sie ist der einzige afrikanische Staat der G-20 und über das Netz der BRICS-Staaten mit Brasilien, Russland, Indien und China verbunden. Bei den Wahlen am 7. Mai 2014 behauptete der African National Congress, die Regierungspartei seit 1994, die klare Mehrheit (62,15 Prozent der gültigen Stimmen bzw. 36,5 Prozent aller Wahlberechtigten; 249 der insgesamt 400 Sitze der National Assembly), doch kündigen sich Auseinandersetzungen innerhalb der Gewerkschaften bzw. zwischen diesen und der Regierung an. Führende Mitglieder des wichtigsten Dachverbandes der Gewerkschaften COSATU sowie der Metallarbeiter-Gewerkschaft NUMSA stehen der vermeintlich „kapitalistisch“ agierenden Regierung und den wegen der Beschäftigungspolitik des ANC (hier ist auch der Versuch des „Black Economic Empowerment“ (BEE) zu nennen, um den Anteil von Schwarzafrikanern in führenden Positionen in der Wirtschaft zu erhöhen) regierungsfreundlichen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes kritisch gegenüber. Viele Südafrikaner erblicken in der reform-feindlichen Stellung der öffentlichen Gewerkschaften, wie vor allem der SA Democratic Teachers' Union (SADTU), eine der Ursachen für die Schwächen im Schul- und Gesundheitswesen.

NUMSA, mit 320.000 Mitgliedern die zahlen- und finanzstärkste Gewerkschaft, wurde wegen der Kritik am ANC aus COSATU ausgeschlossen, was allerdings auf längere Sicht zur Spaltung der COSATU führen könnte. Diese war traditionell eng (und vielfach de facto

in Personalunion) mit dem ANC und der Kommunistischen Partei SAKP verbunden. Für 2015 plant NUMSA die Schaffung einer „United Front“ sozialistischer Gruppen – politisch ähnelt deren Ansatz jenem der radikalen „Economic Freedom Fighters“ (EFF) des früheren ANC-Jugend-Führers Julius Malema, der u.a. Enteignungen von Landbesitz und Banken fordert. Die EFF erreichten bei den Parlamentswahlen 2014 zwar 1,17 Millionen Stimmen (6,35 Prozent) und wurden damit nach der Democratic Alliance (DA) unter Helen Zille (22,2 Prozent der Stimmen bzw. 89 Sitze) drittstärkste Partei, leiden aber unter internen Machtkämpfen; ihre Zukunft ist ungewiss.

Wirtschaftlich konnte Mitte 2014 der lange Streik von rund 70.000 Arbeitern in den wichtigsten Platin-Minen beendet werden, der einen Anstieg des Platin-Preises zur Folge gehabt hatte – aus Südafrika kommen rund 47 Prozent der Weltproduktion – und wegen der hohen Kosten als der teuerste Streik in der Geschichte des Landes gilt. Für 2015 erwartet der langjährige Direktor des Afrika-Instituts in Pretoria, Dr. Erich Leistner, weitere Arbeitsunruhen: Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern u.a. eine drastisch erhöhte Wohnungszulage sowie 15 Prozent Lohnanpassung. Die Regierung will jedoch höchstens 6,6 Prozent zugestehen. COSATU verlangt die Festlegung von Mindestlöhnen, obwohl deren Einführung in der Landwirtschaft 2012 Massenentlassungen zur Folge gehabt hatte.

Zunehmende Stromausfälle tragen zum geringen Wirtschaftswachstum bei, das für 2015 auf 1,4 Prozent geschätzt wird. Hohe Arbeitslosigkeit und die Verbreitung von HIV/AIDS sind auch in Südafrika enorme Probleme. Korruption und Günstlingswirtschaft des ANC werden vielfach kritisiert, doch belegen die kritischen Berichte der Medien sowie des Rechnungshofes auch die Stärken der südafrikanischen Gesellschaft. Die nächsten Kommunalwahlen (2016) werden jedenfalls mit Spannung erwartet.

... und ihre Konkurrenten

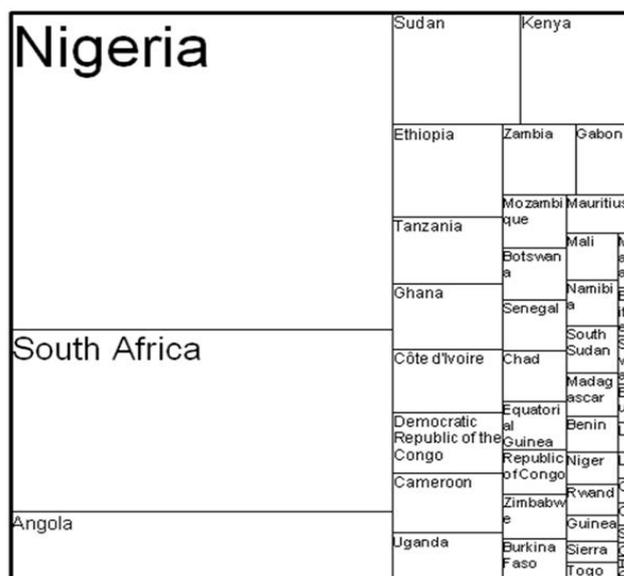
Neben Südafrika versuchen weitere afrikanische Staaten eine regionale Machtposition zu erlangen. Wesentliche Grundlage für diese Entwicklung sind die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. So hat Nigerias Bruttoinlandsprodukt das südafrikanische inzwischen bereits deutlich hinter sich gelassen und gilt mit 595 Milliarden US-Dollar als die größte Volkswirtschaft Afrikas. Nigerias Wirtschaftsentwicklung wird jedoch 2015 unter dem schwachen Ölpreis leiden. Die nigerianische Währung Naira verlor zuletzt gegenüber dem Dollar deutlich an Wert und ausländische Investoren ziehen Geld ab. Der Leitindex der Nigerian

Stock Exchange verlor 2014 rund 16 Prozent und in den ersten beiden Wochen 2015 noch einmal so viel.

Für Nigeria kommt diese Entwicklung zu einem besonders kritischen Zeitpunkt, da es aktuell mit massiven (Sicherheits-)Problemen konfrontiert ist. Die nigerianischen Streitkräfte erwiesen sich in den vergangenen Monaten als unwillig und unfähig, die innere Sicherheit aufrechtzuerhalten. Religiöse Auseinandersetzungen vor allem im Norden des Landes haben durch das Wirksamwerden der „Boko Haram“ eine bisher unbekannt Dimension erlangt. „Boko Haram“ – der Name in der Sprache der Hausa wird unterschiedlich als „Bücher [d.h. westliche Bildung] ist Sünde“ oder auch „Vorspiegelung falscher Tatsachen ist Schande“ übersetzt – trat als Sekte bzw. islamistische Bewegung vor rund zehn Jahren im nördlichen Nigeria in Erscheinung, verübt seither aber auch in Niger, im Tschad und in Kamerun Überfälle auf Dörfer, Gotteshäuser und Schulen. Seit 2010 nennt sie sich offiziell „Jama'atu Ahlis Sunna Lidda'awati wal-Jihad“ („Vereinigung der Sunniten für den Ruf zum Islam und für den Cihad“). Sie ist jüngster Ausdruck der in vielen westafrikanischen Staaten herrschenden Gegensätze zwischen dem zum Teil muslimischen, teilweise arabisch beeinflussten Norden und den stärker christlich-westlich geprägten südlichen Landesteilen. In den Nordprovinzen Nigerias gilt mittlerweile die Scharia, obwohl auch dort viele Christen leben.

Obwohl Verbindungen der „Boko Haram“ zu anderen islamistischen terroristischen Gruppen in vielen Teilen Afrikas und der übrigen Welt bestehen, würde es zu weit gehen, sie als Teil eines weltweiten Terror-Netzwerkes zu interpretieren. Wie in anderen Fällen auch, sind es einheimische Faktoren, nicht zuletzt ökonomische und gesellschaftliche Marginalisierung, die (vielfach arbeits- und hoffnungslose) junge Männer dazu bringen, in radikalen Formen des Islam die Chance auf ein besseres Leben zu sehen. In den westafrikanischen Staaten – wo traditionell die christlichen Volksgruppen im Süden leichteren Zugang zu westlicher Bildung und damit zu Positionen in der Verwaltung fanden – führte dies in letzter Konsequenz zu Ausschreitungen gegen Christen, zur Zerstörung von Kirchen und Überfällen auf Schulen. Aufmerksamkeit erregten vor allem mehrere Überfälle auf Schulen, wobei oft männliche Schüler ermordet und Schülerinnen entführt wurden – am 14. April 2014 in Chibok im Bundesstaat Borno sogar rund 200 Mädchen. Es gab aber auch Überfälle auf Moscheen; in mehreren Fällen wurden traditionelle (muslimische) Würdenträger ermordet. 2014 kamen bei Anschlägen der Boko Haram insgesamt 7.711 Menschen ums Leben. Im August 2014 erklärte der Sprecher des Führungsrates der Sekte, Abubakar Shekau, die von der Boko Haram kontrollierten Teile im Nordosten Nigerias zu einem Kalifat.

Die Schwäche der nigerianischen Polizei und Streitkräfte bei der Bekämpfung der Boko Haram wird durch schwache Führung und ausstehende Soldzahlungen erklärt, dazu kommen Vorwürfe, dass hochrangige (und korrupte) Militärs die Terroristen mit Waffen belieferten. Diese Umstände erlauben Nigeria derzeit nicht, eine Führungsrolle im Sub-Sahara Afrika einzunehmen. Sollte es das Land jedoch schaffen, seine Sicherheitsprobleme zu lösen, wird es eine gewichtigere Rolle nicht nur in Westafrika einnehmen. Vorerst besteht aber die Gefahr, dass das Land im Chaos versinkt. Negativ wird sich auch die Entscheidung, die eigentlich für Mitte Februar geplanten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen - offiziell aus Sicherheitsgründen - zu verschieben, auswirken. Besonders problematisch an dieser Entscheidung ist die Tatsache, dass sowohl Muhammadu Buhari, der oppositionelle Präsidentschaftskandidat, als auch die Oppositionspartei All Progressives Congress (APC) dem Amtsinhaber Goodluck Jonathan bzw. der Regierungspartei People's Democratic Party (PDP) laut aktuellen Umfragen im Wählerzuspruch zu überholen drohen.

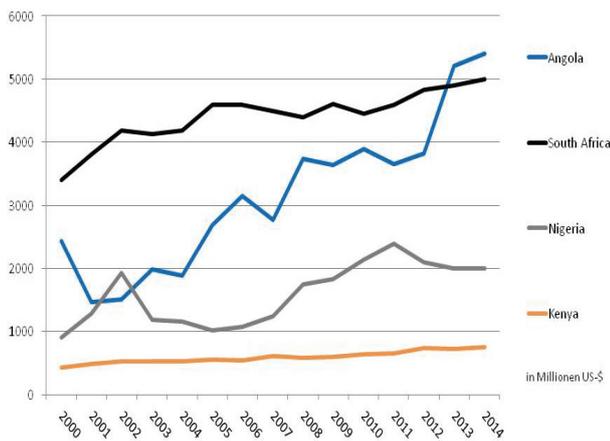


Berechnungen & Graphik: Jedlaucnik

Verteilung des regionalen Bruttoinlandsproduktes 2014

Konträr dazu kann sich Angola im Rahmen relativ stabiler Verhältnisse entwickeln. Angola ist Afrikas zweitgrößter Ölproduzent und mit einem Bruttoinlandsprodukt von 131 Milliarden US-Dollar die drittgrößte Volkswirtschaft Afrikas nach Nigeria und Südafrika. Erdöl macht jedoch 98 Prozent der Exporterlöse aus und somit bleibt abzuwarten, wie sich die fallenden Erdölpreise auswirken werden. Demokratische Verhältnisse sind nach dem lang anhaltenden Bürgerkrieg, der erst 2002 zu Ende ging, allerdings noch nicht sehr ausgeprägt, Korruption spielt eine große Rolle und die Macht ist fest in Händen der

MPLA, der (ehemals pro-sowjetischen) Volksbewegung der Befreiung Angolas. Die Beziehungen zu Südafrika haben sich zuletzt zwar deutlich gebessert, Angola entwickelt sich jedoch zusehends zu einer starken sicherheitspolitischen Kraft und will regionale Führungsaufgaben wahrnehmen. Von besonderer Bedeutung ist die Tatsache, dass Angola sein Militär kontinuierlich ausbaut und bei den Militärausgaben inzwischen Südafrika bereits überholt hat. Bezeichnend für die sicherheitspolitischen Entwicklungen in Afrika sind die zuletzt wieder deutlich sichtbaren Ambitionen verschiedener Nationen, ihre Luftwaffen mit modernen Kampfflugzeugen auszustatten. Dabei wird – abgesehen von Südafrika, das bekanntlich mit dem JAS-39C von Saab ausgestattet ist – russische Technologie bevorzugt. Angola wird im Laufe des Jahres seine 12 bestellten Su-30 Mehrzweckkampfflugzeuge erhalten. Das besondere an diesen modernen Waffensystemen ist die Tatsache, dass diese ausschließlich für zwischenstaatliche Konflikte von Wert sind, für typisch afrikanische Kampfhandlungen gegen Aufständische und Rebellengruppen jedoch überdimensioniert sind. Angolas Aufrüstungen sind also durchaus auch als Signal an Südafrika zu interpretieren. Neben dieser bilateralen Positionierung ist mit der Beschaffung dieser Waffensysteme die Möglichkeit zur regionalen Machtprojektionen verbunden. Diesbezüglich ist zumindest davon auszugehen, dass Angola seinen Machteinfluss und seine Einflussmöglichkeiten in der benachbarten Demokratischen Republik Kongo unterstreichen will.



Daten: bis 2013 SIPRI, 2014 ergänzende Recherchen
Inflationsbereinigt Basis 2011 Berechnungen & Graphik: Jedlaucnik

Entwicklung regionaler Militärausgaben in Millionen US-Dollar 2000 bis 2014

Noch deutlicher stellt sich der Rüstungswettlauf der Luftstreitkräfte in Ostafrika dar. Nachdem das mit dem Süd-Sudan verbündete Uganda zuletzt seine Su-30-Flotte auf 12 Stück erhöht hatte, hat auch Äthiopien 18

Su-30 geordert, deren Zulauf 2015 beginnen wird. Dem Tschad, dem Sudan und Eritrea stehen wiederum jeweils einige MiG-29 Kampfflugzeuge zur Verfügung. Neben den bilateralen Auseinandersetzungen zwischen dem Sudan und dem Süd-Sudan, sowie Äthiopien und Eritrea, sind in diesem Raum auch militärische Auseinandersetzungen um die Nutzung des Nilwassers möglich. Die Aufrüstung der Luftstreitkräfte ist auch in diesem Zusammenhang zu sehen.

Auch Äthiopien und Kenia treten als Ordnungsmächte dieses Raumes in Erscheinung. Beide Länder haben mehrfach im benachbarten Somalia interveniert und befinden sich im Kampf mit der in Somalia aktiven islamistischen Al-Shabaab-Miliz. Auf Grund der regionalen Konflikte ist die Relevanz der beiden Staaten vorerst zwar noch auf Ostafrika begrenzt, jedoch nehmen beide zusehends auch im gesamt-afrikanischen Kontext eine stärkere und selbstbewusstere Rolle ein. Äthiopien, das auch als „Sitzstaat“ der Afrikanischen Union (AU) eine wichtige Rolle spielt, gestaltet seine strategischen Beziehungen dabei sehr ausgeglichen zwischen dem Westen, und dabei vor allem den USA und Großbritannien, und China. Vor allem im sicherheitspolitischen Bereich spielen die USA eine relevante Rolle und Äthiopien ist inzwischen der wichtigste US-Partner in Sub-Sahara Afrika. Äthiopien unterstützt die USA im Kampf gegen islamische Extremisten vor allem in Somalia und hat damit sicher auch einen starken Verbündeten bei möglichen regionalen Auseinandersetzungen um das Nilwasser. China ist wiederum ein willkommener Investor und starker Handelspartner. Auch Kenia unterhält ausgezeichnete Beziehungen zu den USA, dürfte sich jedoch im globalen Rahmen weiter vom Westen ab- und China zuwenden. Ein Grund dafür ist die zweifelhafte Rolle des Internationalen Strafgerichtshofes, der zuletzt einen Prozess gegen den amtierenden kenianischen Präsidenten Uhuru Kenyatta führte. Kenyatta erschien dazu im Oktober auch vor dem Gericht in Den Haag, doch wurde der Prozess im Dezember eingestellt. Was übrigbleibt, ist die Empörung zahlreicher afrikanischer Staaten über den Gerichtshof, der als rassistisch und als politisches Instrument des Westens gegen Afrika empfunden wird.

China erspart afrikanischen Staaten einen solchen „ideologischen Kolonialismus“, ist hingegen bereit und daran interessiert, im großen Stil afrikanische Infrastrukturprojekte zu finanzieren. Kenia ist dabei Teil der sogenannten „maritimen Seidenstraße“, deren südliche Route über das Südchinesische Meer und den Indischen Ozean nach Afrika führt – eine Seeverbindung übrigens, die an jahrhundertalte Handelsbeziehungen im Dreieck Südostasien – Ostafrika – Arabien anknüpfen kann. Entlang dieser schon heute wichtigsten globalen Schifffahrtsroute

investiert China derzeit massiv in Hafenanlagen und angeschlossener (Verkehrs-)Infrastruktur. In Kenia fördert China dabei den Bau eines Hochseehafens in Lamu. Im August 2014 unterzeichneten dazu Kenia und eine chinesische Baufirma einen 500 Millionen US-Dollar-Vertrag. Der Hafen selbst ist dabei nur Teil eines umfassenden Infrastrukturprojektes, des sogenannten Lamu Port Southern Sudan – Ethiopia Transport (LAPSSET) Korridors, kurz auch nur Lamu Korridor genannt. Neben Hafenanlagen sind Autobahnen und Pipelines geplant. Kenia wird damit eine zentrale Rolle im sich entwickelnden Öl- und Gasgeschäft Ostafrikas spielen. Dieses Projekt dient einerseits der Entlastung des kenianischen Haupthafens in Mombasa, und soll andererseits zur Entwicklung der nördlichen Landesteile beitragen. Der Hafen von Mombasa ist für Uganda, Rwanda, Burundi und den Osten der Demokratischen Republik Kongo neben tansanischen Häfen der zentrale Umschlagplatz. China finanziert auch den Ausbau der veralteten Eisenbahnstrecke von diesen Ländern nach Mombasa. Lamu soll diese Rolle für Äthiopien und den Südsudan übernehmen. In diesem Sinne haben China und Kenia Anfang 2015 ein Abkommen zum Ausbau der bilateralen industriellen Partnerschaft abgeschlossen. Neben Infrastrukturprojekten ist die Modernisierung der Landwirtschaft im Fokus der gemeinsamen Aktivitäten.

China positioniert sich parallel auch in Nigeria als strategischer Partner und hat beispielsweise Mitte 2014 ein 13 Milliarden US-Dollar-Projekt zum Ausbau des Eisenbahnnetzes in Westafrika beschlossen, das zehn Küstenstaaten des Raumes verbinden soll. Auch für Angola hat sich China – neben dem portugiesischsprachigen Brasilien – zu einem wichtigen wirtschaftlichen und strategischen Partner entwickelt.

Abhängig von den wirtschaftlichen Entwicklungen dieser Nationen und ihren Fähigkeiten, die verschiedenen destabilisierenden innenpolitischen Herausforderungen zu bewältigen, ist zumindest mittelfristig mit einer multipolaren Sicherheitsordnung in Sub-Sahara Afrika zu rechnen. Südafrikas regionale Konkurrenten entwickeln sich teils auf Grund ihres Rohstoffreichtums, teils auf Grund effizienterer und wirtschaftsfreundlicherer Rahmenbedingungen dynamischer als das in Korruption und Vetternwirtschaft verstrickte Südafrika. Vor allem Angola und Nigeria, aber auch Kenia und Äthiopien werden auch global verstärkt als Vertreter ihrer Region auftreten. Die derzeit dominante Rolle Südafrikas auch in internationalen Foren, wie beispielsweise der G-20 oder der BRICS-Länder, könnte daher, wenn auch nicht kurzfristig, so doch mittelfristig abhanden kommen.

Internationale Friedensoperationen in Afrika

Die neue Multipolarität ist bereits jetzt bei den zahlreichen internationalen Streitkräfteeinsätzen in der Region ersichtlich. Dabei ist neben der Positionierung der regionalen Akteure auch die Rolle anderer globaler Akteure im Raum ersichtlich. In keiner anderen Region der Welt finden auch nur ansatzweise so viele internationale Streitkräfteeinsätze statt wie in Sub-Sahara Afrika. Die meisten Friedensoperationen werden dabei unter dem Kommando der UNO durchgeführt, aber auch die Afrikanische Union (AU), die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) und die EU haben für einzelne Missionen die Verantwortung übernommen. Insgesamt sind in Sub-Sahara Afrika aktuell knapp 96.500 Soldaten, 11.000 Polizisten und 7.500 Zivilisten in insgesamt 16 Peace Support-Operationen sowie in 11 zivilen Missionen im Einsatz. Dies entspricht knapp 60 Prozent der weltweit in internationalen Friedensoperationen eingesetzten Kräfte.

Von den relevantesten Militärmächten Sub-Sahara Afrikas stellten Ende 2014 in den UN- und AU-Einsätzen Äthiopien 12.000, Kenia 4.500 und Nigeria 3.000, Südafrika hingegen nur 2.000 Soldaten, dafür aber wichtige logistische und technische Unterstützung. Angola, das sich bisher kaum militärisch an solchen Einsätzen beteiligt hatte, hat Ende September 2014 bekanntgegeben, dass sich auch die angolanischen Streitkräfte am UN-Einsatz in Zentralafrika beteiligen werden. Bezeichnenderweise wurde diese Ankündigung zeitgleich mit der Bewerbung Angolas um einen nicht-ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat 2015/16 gemacht. Auch Uganda ist mit über 8.000 eingesetzten Soldaten, ebenso wie Ruanda mit 5.500 Soldaten massiv in den internationalen militärischen Einsätzen engagiert. Wenn auch die Beteiligung der ostafrikanischen Staaten in engem Zusammenhang mit den AU-Einsätzen in Somalia und im zentralafrikanischen Raum zu sehen ist, unterstreichen die obigen Zahlen einen kommenden Bedeutungsverlust Südafrikas im sicherheitspolitischen Gefüge Afrikas.

Aktuell sind in Liberia rund 4.500 „Blauhelme“ und 1.410 UN-Polizisten, darunter mehrere kompaniesterke Polizeieinheiten („formed units“), in der „United Nations Mission in Liberia“ (UNMIL) im Einsatz. In diesem Einsatz ist auch eine von ECOWAS entsandte Truppe (ECOMIL) integriert. Während sich die Lage im benachbarten Sierra Leone inzwischen – nach massivem britischen und UN-Eingreifen – beruhigt hat, ist in Côte d’Ivoire (Elfenbeinküste) weiterhin eine UN-Truppe im Einsatz, in die ebenfalls eine ECOWAS-Truppe integriert wurde. Die „United Nations Operation in Côte d’Ivoire“ (UNOCI) zählte Ende 2014 6.933

Soldaten, 186 Beobachter und 1.442 Polizisten. In Mali sind derzeit 9.753 Mann in der „UN Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali“ (MINUSMA) tätig. Und in Guinea Bissau unterstützen 675 Mann der „ECOWAS Military Mission“ (ECOMIB) die Stabilisierung des zerrütteten Landes. Diese Konflikte haben oft Ursachen (und Wirkungen), die über die einzelnen Staaten hinausgehen. Zur Koordinierung der Peace Building Bemühungen in den einzelnen westafrikanischen Staaten ist daher das „UN Office for West Africa“ (UNOWA) mit Sitz in Dakar tätig. Die Region – die 15 Staaten von Mauretanien bis Kamerun mit insgesamt rund 5 Millionen Quadratkilometern umfasst und Heimat für etwa 250 Millionen Menschen ist – erlebte in den letzten eineinhalb Jahrzehnten mehrere Konflikte und mindestens vier größere Bürgerkriege, die ein Eingreifen der UNO erforderten. In enger Zusammenarbeit mit ECOWAS und EU bemüht sich UNOWA daher um einen regionalen Ansatz, um nachhaltig Frieden zu schaffen. In ähnlicher länderübergreifender Weise ist die EU bemüht, auch in der benachbarten Sahel-Region die „*verfassungsmäßige und demokratische Ordnung*“ zu fördern und organisierte Kriminalität und Terrorismus zu bekämpfen.

Die Auseinandersetzungen in Zentralafrika werden gelegentlich – ähnlich wie in Nigeria – als „Religionskrieg“ interpretiert, doch ist dies auch hier keine ausreichend befriedigende Erklärung. Wie Silvia Kuntz, in Zentralafrika als Kind von Missionaren aufgewachsen, in der *Zeit* vom 23. März 2014 schrieb: *„Alle Merkmale unterentwickelter Länder treffen auf Zentralafrika zu. Es ist extrem arm, die Menschen haben keine Perspektive. Es liegt auf der Hand, dass das zu Verzweiflung und Sündenbockdenken führt.“* Religionen werden, wie auch anderswo, für politische Ziele missbraucht. Dazu kommt der Einfluss von Konflikten in den Nachbarstaaten (in diesem Fall aus dem Tschad und der westlichen Sudan-Region Darfur).

In der Zentralafrikanischen Republik kam es nach schweren Unruhen 2013/14 – eine Rebellenbewegung hatte den Präsidenten gestürzt – ab April zur Entsendung einer neuen EU-Mission, um die Lage in der Hauptstadt Bangui und den internationalen Flughafen zu sichern. Auch Österreich beteiligt sich an dieser EUFOR RCA mit aktuell sechs Soldaten. Die Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten (ECCAS) hatte zwar schon zuvor eine internationale Eingreifkraft mit rund 2.700 Soldaten im Land stationiert, diese hatte jedoch nicht zum Schutz der Bevölkerung beigetragen. Daran ist ersichtlich, dass

Wille und Fähigkeit afrikanischer Eingreifkräfte aktuell noch suboptimal sind. Überdies mangelt es der Afrikanischen Union notorisch an den notwendigen finanziellen Mitteln, da seitens der Mitgliedsstaaten die zugesagten Beiträge nicht geleistet werden. Somit liegt es vor allem bei größeren Operationen üblicherweise an der EU, die Finanzierung zu übernehmen.

Obwohl es nach einem langen und blutigen Bürgerkrieg im benachbarten Sudan gelang, zuerst die Autonomie und dann die Selbständigkeit der Republik Südsudan auf dem Verhandlungsweg zu erreichen, ist auch dort eine internationale Truppenpräsenz zur Stabilisierung der Lage erforderlich. Da sich die Lage im Südsudan ab Ende 2013 wieder verschärfte, erweiterte der Sicherheitsrat Mitte 2014 das Mandat der „UN Mission in the Republic of South Sudan“ (UNMISS) sogar. Ende 2014 umfasste die Mission 10.348 Soldaten, 146 Verbindungsoffiziere, 929 Polizisten, 1.235 internationales und 1.364 lokales ziviles Personal. In der zwischen dem Sudan und dem Südsudan umstrittenen Region Abyei ist überdies die „UN Interim Security Force for Abyei (UNISFA) mit insgesamt 4.224 Mann stationiert. Und in der westlichen Region Darfur des Sudan besteht seit 2007 die gemischte („hybride“) Mission der UNO und der AU, die „AU/UN Hybrid Operation in Darfur“ (UNAMID). Diese umfasste (Ende 2014) 12.656 Soldaten, 299 Militärbeobachter und 3.041 Polizisten sowie 1.326 internationales und 2.914 lokales ziviles Personal. Dennoch ist die Region weit von einer dauernden Befriedung entfernt. Diese Mission wird deshalb insbesondere international beachtet, da es sich um eine sogenannte Hybridmission, eine gemischte Mission von Afrikanischer Union und Vereinten Nationen, unter Führung eines afrikanischen Sonderbeauftragten handelt.

Überdies ist im zentralafrikanischen Raum die rund 3.500 Mann starke „African Union Regional Task Force“ (RTF) im Einsatz, deren Aufgabe die Vernichtung der „Lord's Resistance Army“ (LRA) ist. Diese, 1987 in Uganda entstanden, gilt mittlerweile als „wohl brutalste Rebellengruppe der Welt“ und hat ihre Operationen mittlerweile auf den Norden des Kongo, den Süd-Sudan und die Zentralafrikanische Republik ausgedehnt. Die RTF kooperiert dabei eng mit den internationalen Truppen, die im Südsudan, der Zentralafrikanischen Republik und in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) eingesetzt sind. In der RTF sind insbesondere Truppen Ugandas, des Südsudans und der Demokratischen Republik Kongo im Einsatz. In der DR Kongo selbst ist die internationale Gemeinschaft bekanntermaßen bereits seit rund zwei Jahrzehnten präsent. Das besondere an dieser Mission ist, dass die „Mission de l'Organisation des Nations Unies pour la stabilisation en RDC“

(MONUSCO) eine besonders „robuste“ Mission ist und seit 2013 über eine eigene Eingreif-Brigade mit Artillerie, Drohnen und Spezialeinsatzkräften verfügt. Mit Ende 2014 verfügte MONUSCO über 19.503 Soldaten, 455 Militärbeobachter, 1.090 Polizisten sowie 1.409 internationales und 2.722 lokales ziviles Personal.

Ebenfalls weit von einer dauerhaften Befriedung entfernt ist Somalia. Die hier eingesetzte Friedenstruppe der Afrikanischen Union, die „AU Mission in Somalia“ (AMISOM), umfasst aktuell 22.126 Soldaten (vor allem aus Uganda, Burundi, Äthiopien und Kenia) und 540 Polizisten. Ziel der Mission ist die Befriedung Somalias und die Vorbereitung von Wahlen 2016. Logistische Unterstützung erhält diese Mission durch die UNO, finanzielle durch die EU. Die EU ist in Somalia überdies durch die maritime EU Naval Force (EU NAVFOR) „Atalanta“ (der Name verweist auf eine Göttin der Jagd in der griechischen Mythologie) präsent, um das Piratenunwesen vor der somalischen Küste zu bekämpfen und überdies humanitäre Hilfslieferungen sowie den Nachschub für AMISOM zu schützen. Parallel ist eine NATO Operation („Ocean Shield“) im Golf von Aden eingesetzt, um die Piraten in dieser Region zu bekämpfen. Piraterie vor den afrikanischen Küsten bleibt jedenfalls auf längere Sicht ein Problem. Eine ihrer Ursachen ist, dass die lokalen Fischer durch das rücksichtslose Vorgehen europäischer und asiatischer Fangflotten um ihren Unterhalt gebracht wurden – besonders drastisch war das eben in Somalia, wo durch den Wegfall der staatlichen Strukturen jegliche Absicherung der Hoheitsgewässer abhandenkam. Der einzige afrikanische Staat mit einer nennenswerten Marine (die eben nicht zuletzt auch dazu dient, den Fischfang innerhalb der Hoheitsgewässer zu schützen) bleibt bisher die Republik Südafrika. Aktuell ist derzeit quasi eine „Verlagerung“ von Piratenangriffen von den durch internationale Kräfte relativ gut überwachten Gewässern Ostafrikas in den Golf von Guinea zu beobachten. Allerdings spielen sich in diesem Raum Angriffe überwiegend in den nationalen Hoheitsgewässern ab. Eine internationale Intervention ist auch deshalb schwierig bzw. kaum durchführbar. In einer regionalen Kooperation zur Sicherung der maritimen Gewässer Ostafrikas müsste wohl Nigeria eine führende Rolle einnehmen. Nigerias Prioritäten liegen jedoch aktuell bei der Bewältigung seiner Sicherheitsprobleme an Land.

Ebola: Eine Seuche als Gefährdung der Sicherheit?

Eine weitere spezielle Bedrohung der Entwicklung, aber auch Sicherheit vor allem Westafrikas ist der Ausbruch von Ebola. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind die

(auch sicherheitspolitischen) Konsequenzen der Seuche, die ab Februar 2014 vor allem in den westafrikanischen Staaten Liberia, Guinea und Sierra Leone bereits über 8.000 Todesopfer forderte, noch nicht endgültig beurteilbar. Neben den unmittelbaren Folgen für die betroffene Bevölkerung leiden überdies Wirtschaft und Gesellschaft auch über die betroffenen Staaten hinaus, da Grenzen gesperrt und Flüge gestrichen wurden, um die Ausbreitung der Seuche zu verhindern. Bemerkenswert ist, dass der UN-Sicherheitsrat am 18. September 2014 (Resolution 2177) – erstmals – eine UN-Mission zur Bekämpfung der Seuche autorisierte. Die „UN Mission for Ebola Emergency Response“ (UNMEER) wurde mit Sitz in Accra (in Ghana) eingerichtet, um die verschiedenen UN-Organisationen in dieser Region (wie der Welt-Gesundheits-Organisation WHO oder des Kinder-Hilfswerks UNICEF) zu koordinieren.

Europäische Afrikapolitik

Afrika sieht sich von Europa oft stiefmütterlich behandelt. Viele afrikanische Politiker beklagen, dass in den letzten Jahren die Entwicklungen in Russland, im Mittleren Osten und auf dem Balkan viel mehr Interesse (und Geldmittel) an sich zogen als der „dunkle Kontinent“. In den vergangenen Jahren haben es daher vor allem China, aber auch Brasilien und Indien verstanden, als alternative Partner in Afrika Fuß zu fassen. Unbelastet von kolonialer Vergangenheit verschaffen sich diese Nationen Zugang zu strategischen Rohstoffquellen und als Investor sowie Handelspartner zu neuen Märkten. Europa positioniert sich bisher widersprüchlich als wohlmeinender, aber bevormundender Entwicklungshelfer und gleichzeitig interventionswilliger Interessensvertreter. Europäische Politik wird dabei vor allem von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich, teilweise auch von Belgien, Großbritannien und Portugal bestimmt. Eine eigenständige europäische Afrikapolitik ist vorerst kaum zu erkennen, die EU somit eher ein Instrument nationaler, vor allem französischer, Interessen als eigenständiger Akteur. Es wird sich zeigen, wie sehr die Erklärungen europäischer Politiker über die Bedeutung Afrikas auch zur Umsetzung in der Praxis führen werden.

Fakten und Trends der globalen Wirtschaftsentwicklung

Auch 2014 ist die globale Wirtschaftsentwicklung ähnlich, jedoch etwas schwächer als in den Jahren zuvor verlaufen. Die Weltwirtschaft ist um knapp 2,6 Prozent gewachsen, wobei jedoch das Wachstum der entwickelten Länder unter 1,5 Prozent blieb und in der Euro-Zone nur 0,8 Prozent betrug. Treiber der Weltwirtschaft waren wieder einmal die asiatischen Wachstumsmärkte mit 6,5 Prozent, vor allem aber die USA mit über 2 Prozent bzw. Großbritannien mit über 3 Prozent Wirtschaftswachstum. Der globale Anstieg kann dennoch nur als moderat bezeichnet werden. Aber auch in führenden Schwellenländern verlangsamte sich das Wachstum zuletzt, beispielsweise in der Türkei auf 3, in Mexiko auf 2,4, in Südafrika auf 1,4, in Brasilien auf 0,32 und in Russland auf 0,2 Prozent. China konnte hingegen ein Wachstum von 7,4 Prozent verzeichnen. Neuerlich zeigt sich deutlich der unterschiedliche Grad der Integration in die internationale Arbeitsteilung. China hat eine Position als globale Werkbank, während Südafrika und Brasilien primär die Position von Rohstofflieferanten einnehmen. Auf Grund der weiterhin niedrigen Rohstoffpreise war dies für die beiden Letzteren ein entscheidender Nachteil.

Die Weltwirtschaft hat sich 2014 weiter moderat entwickelt. Es ist zu erwarten, dass das Wirtschaftswachstum in den USA und Großbritannien im laufenden Jahr weiterhin deutlich, in der Eurozone begrenzt positiv verlaufen wird. Die Euro-Zone wird 2015 knapp 1,5 Prozent zulegen.

Das globale Wachstum wird, verglichen mit den vergangenen, auch in den kommenden Jahren moderat bleiben. Die Weltbank geht für 2015 von einem globalen Wirtschaftswachstum von 3 Prozent und 2016/2017 von etwa 3,3 Prozent aus. Das Wirtschaftswachstum in den Industriestaaten sollte in den kommenden Jahren moderat um 2,2 bis 2,3 Prozent, in den Schwellenländern etwas deutlicher steigen. Die Wirtschaft der Entwicklungsländer wird 2015 vermutlich knapp unter 5 Prozent, 2016/2017 knapp unter 5,5 Prozent wachsen. Die USA und Großbritannien werden weiterhin mit etwa 3 Prozent Wachstum die Motoren der globalen Wirtschaft sein. Der Welthandel legte im Jahr 2014 nur um 3,6 Prozent zu und wird sich nach den zuletzt stagnierenden Jahren voraussichtlich wieder etwas erholen, jedoch noch nicht in der Geschwindigkeit wie vor der Krise. Für 2015 ist ein Zuwachs von 4,6 Prozent zu erwarten.

Wachstumsmärkte, regionale Mächte und Schwellenländer

In den Wachstumsmärkten und Entwicklungsländern ist ein eher moderates Wirtschaftswachstum zu erkennen. 2015 werden die Entwicklungsländer in der Größenordnung von 5 Prozent, mittelfristig mit 5 bis 5,5 Prozent wachsen. Dies sind ca. 2-3 Prozentpunkte unter den Boomjahren nach der Jahrtausendwende. Mit ihrem rasanten Wachstumstempo sind China, Indien, Russland, Brasilien und Südafrika als BRICS-Staaten zu einem Synonym für die boomenden neuen Märkte in der Weltwirtschaft geworden. Mittlerweile hat sich ihr Wachstumstempo jedoch deutlich verlangsamt. China kann dabei 2015 ein Wachstum von 7 Prozent, Indien von 6,3 Prozent, Brasilien und Südafrika jedoch nur 1,4 bzw. 2,3 Prozent erwarten. Dadurch stehen einige der Schwellenländer vor den massiven Herausforderungen eines sich verlangsamenden Wachstums und engerer Finanzbedingungen.

Chinas Wirtschaft wird sich zwar etwas langsamer als gewohnt entwickeln und 2015 und in den Folgejahren zwischen 6,5 und 7 Prozent liegen. Diese Entwicklung war jedoch schon länger absehbar und es wird von der Fähigkeit der chinesischen Führung abhängen, diese Abkühlung stabil zu managen. Dazu soll die chinesische Wirtschaft verstärkt auf den Binnenkonsum setzen.

Die russische Wirtschaft wird auf Grund der Wirtschaftssanktionen, vor allem aber auf Grund des Ölpreis-Einbruchs 2015, wohl um etwa 3 Prozent schrumpfen. Russland leidet dabei auch unter einer massiven Kapitalflucht und der Talfahrt des Rubels, der Ende 2014 nur mit massiven Stützungskäufen der russischen Zentralbank gestoppt werden konnte. Die russische Zentralbank hat dazu 2014 Währungsreserven in Milliardenhöhe verkauft. Mit dem Geld kaufte sie Rubel auf, um den Wechselkurs zu stützen und nutzte dazu insgesamt 76 Milliarden US-Dollar und 5,4 Milliarden Euro ihrer Devisen-Rücklagen. Da diese grundlegenden Problemstellungen 2015 noch voll wirksam sein werden, wird daher aller Voraussicht nach die Wirtschaft in Putins Reich erst 2016 wieder zum Wachstumspfad zurückkehren. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass sich der Ölpreis wieder erholt. In den anderen relevanten Schwellenländern wird sich nach OECD-Prognosen das Wachstum in China abschwächen, in Brasilien schwach bleiben, aber in Indien, Indonesien und Südafrika erholen. Vor allem die Rahmenbedingungen in den ölimportierenden Ländern haben sich zuletzt verbessert, und könnten beispielsweise Indien zu einem Wachstum von 7 Prozent verhelfen. Aber auch Brasilien, Indonesien, Südafrika und die Türkei könnten von den aktuell niedrigen Ölpreisen profitieren.

Um langfristig ein Gegengewicht zur Finanzmacht USA zu schaffen, haben die großen Schwellenländer

Brasilien, China, Indien, Russland und Südafrika beim BRICS-Gipfel im Sommer 2014 als Gegengewicht zu Internationalem Währungsfonds und Weltbank die Gründung einer eigenen Entwicklungsbank und eines gemeinsamen Reservefonds beschlossen. Der Ansatz droht aber an der eigenen finanziellen Schwäche zu scheitern. Sowohl Russland als auch Brasilien kämpfen mit schweren Konjunkturschwächen und Russland überdies mit dem Absturz des Rubels. In beiden Ländern ist die Investitionsbereitschaft faktisch zusammengebrochen. Kurz- und mittelfristig stellen die BRICS-Staaten damit keine Herausforderung für die USA dar, könnten es aber langfristig werden.

Innerhalb der BRICS-Staaten haben sich zuletzt die Beziehungen deutlich verbessert. China tätigt in Brasilien und Indien Milliardeninvestitionen und versucht die Handelsbeziehungen mit allen Partnerstaaten massiv auszubauen.

Industriestaaten

Die Wirtschaft der USA boomt und ist damit aktuell der globale Wirtschaftsmotor. Ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung ist die massive Produktion von Erdöl und Erdgas in den USA. Mittels Fracking konnte die Produktion massiv gesteigert werden und 2014 produzierten die USA bereits mehr Erdöl und Erdgas als Saudi Arabien. Einerseits profitierte davon die erdölproduzierende Industrie, aber auch die Industrie zur Herstellung der notwendigen Infrastruktur. Darüber hinaus wurde durch die günstigen Energiekosten (Erdgaspreise lagen 2014 unter 50 Prozent des europäischen und unter 30 Prozent des asiatischen Niveaus) die industrielle Produktion in den USA wieder rentabel.

Die Sorgenkinder der Weltwirtschaft bleiben jedoch weiterhin die Euro-Zone und Japan, die weiterhin unter den Folgen der Finanzkrise leiden. Auch die OECD erwartet, dass innerhalb der Industrieländer das Wachstum in den Vereinigten Staaten und im Vereinigten Königreich stärker als im Euro-Raum und in Japan sein wird. Die Risiken für das BIP-Wachstum liegen laut OECD in möglichen finanziellen Volatilitäten, dem mangelndem Vertrauen zukünftiger Wachstumsaussichten und mangelnder Stabilität der Bankenlandschaft. Dabei ist laut OECD der Euro-Raum diesen Risiken besonders stark ausgesetzt. Die verstärkten geopolitischen Spannungen vor allem auf Grund der Konflikte im Nahen Osten bzw. der Handelssanktionen gegen Russland haben das Potential, weitere Unsicherheit auszulösen und die Auslandsnachfrage in einigen Ländern, insbesondere in Europa, abzuschwächen. Bereits 2014 gingen die Exporte aus dem Euro-Raum

nach Russland um 14 Prozent zurück und waren damit für eine Reduktion des BIP-Wachstums um etwa 0,1 Prozent verantwortlich.

Die Arbeitslosigkeit bleibt in vielen Volkswirtschaften weit über dem Niveau vor der Finanzkrise. Sie beträgt in der Eurozone derzeit 11,5 Prozent und liegt somit 4,25 Prozentpunkten über dem Vorkrisenniveau. Die Langzeitarbeitslosenrate ist sogar doppelt so hoch. Eine echte Entspannung ist am Arbeitsmarkt jedoch noch lange nicht in Sicht. Vor allem die südeuropäischen Länder wie Griechenland (25,7 Prozent), Spanien (24,6 Prozent), Zypern (16,5 Prozent), Portugal (14,2 Prozent) oder Italien (12,6 Prozent) sind davon besonders betroffen.

Vor diesem Hintergrund wird es entscheidend sein, wie makroökonomische und strukturpolitische Hebel zur Unterstützung des Wachstums eingesetzt werden. Die Volkswirtschaften der Industriestaaten müssen nach der Sanierung des Finanzsektors mit strukturellen Maßnahmen ihre Haushaltskonsolidierungen fortsetzen sowie das Beschäftigungswachstum vorantreiben. Strukturreformen sind, insbesondere in Japan und den Kernländern der Eurozone, dringend erforderlich, um die Beschäftigung zu fördern und langfristige Wachstumspotenziale zu stärken. Die Förderung privater und öffentlicher Investitionen sollte laut OECD dazu benutzt werden um die Nachfrage zu stärken. Problematisch ist jedoch die mangelnde Bereitschaft oder Fähigkeit europäischer Staaten, ihre strukturellen Mängel zu beseitigen. Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit scheint nicht das prioritäre Ziel europäischer Politiker zu sein.

Geldpolitische Maßnahmen

Im Kampf gegen niedrige Inflation und Konjunkturschwäche wird die Europäische Zentralbank bis 2016 mit 1,14 Billionen Euro Staatsanleihen und andere europäische Wertpapiere kaufen. Die geldpolitischen Maßnahmen der Europäischen Zentralbank sind jedoch höchst umstritten. Das Drucken frischen Geldes ist vor allem im Interesse der südeuropäischen Länder, aber auch Frankreichs. Vor allem seitens Deutschlands werden die Zulässigkeit und Sinnhaftigkeit der geplanten Schritte massiv angezweifelt. Insbesondere wird befürchtet, dass die Krisenmaßnahmen der EZB dazu führen, dass notwendige politische Reformen verzögert werden. Für Wachstum sollten die europäischen Staaten mittels Reformen, nicht jedoch die EZB mittels einer lockeren Geldpolitik sorgen. Französische Politiker erwarten sich hingegen einen Schub für die schleppende europäische Konjunktur. Zielsetzung der EZB ist es jedenfalls, eine Abwärtsspirale aus sinkenden Preisen und geringer werdenden Investitionen zu verhindern. Generell gelten Staatsanleihekäufe bei einem Leitzins um die Nulllinie als wirkungsvolles Mittel zur Belebung der Wirtschaft.

Die Käufe werden den Wert der von den Banken gehaltenen Staatspapiere erhöhen und den Banken frisches Eigenkapital verschaffen. Problematisch ist jedoch, dass damit der Druck auf die Krisenstaaten reduziert wird, dringend notwendige Reformen zu realisieren. Kritiker merken an, dass die EZB bestimmten Regierungen entgegenkomme, damit sie mehr Zeit für längst überfällige Reformen haben. Das gelte vor allem für Frankreich, Italien und Griechenland. In diesen Ländern wurden Pensions- und Arbeitsmarktreform sowie Privatisierungen bis zuletzt aufgeschoben. Die Anreize zur Neuverschuldung insbesondere bei den Krisenstaaten werden durch die EZB-Maßnahme vergrößert und der Reformdruck verringert. Die mit diesen geldpolitischen Maßnahmen automatisch ausgelöste Abwertung des Euros entspricht den Wünschen der europäischen Krisenländer. In den meisten dieser Länder hatte es vor Einführung des Euro durchaus Tradition, die eigene Währung zur Entschuldung des Staatshaushaltes regelmäßig abzuwerten. Eine solche Wechselkurspolitik ist der EZB zwar untersagt, mit der Begründung, einer Deflationsgefahr entgegenzuwirken, jedoch möglich.

Quantitative Easing (QE) werden expansive geldpolitische Maßnahmen einer Zentralbank genannt, die gesetzt werden, wenn der Zinssatz bereits im Bereich von null steht. Bei einem QE kauft die Zentralbank Anleihen, um die Wirtschaft und den Staat mit mehr Geld zu versorgen. Ziel des QE ist die Erhöhung der Bilanzreserven in den Geschäftsbanken mittels Schaffung von Zentralbankgeld. Bei QE-Maßnahmen steigt üblicherweise die Inflation.

Sowohl die US-Notenbank Fed, als auch die Bank of England hatten mit ähnlichen Maßnahmen versucht ihre Wirtschaft nach der Finanzkrise wieder in Schwung zu bringen. Die Fed blähte ihre Bilanzsumme damit auf mehr als das Fünffache ihres Wertes von 2007 auf nunmehr 4,5 Billionen US-Dollar auf und ist heute der größte Gläubiger für die immer weiter anwachsenden US-Staatsschulden. Auch die Bank of England kaufte seit 2009 in großem Stil Staatsanleihen auf und vervierfacht damit ihre Bilanzsumme. Aktuell hält sie ein Drittel der britischen Staatsschulden. In Summe druckte die Bank of England 375 Mrd. Pfund frisches Geld. Kritisch anzumerken ist jedoch, dass auch die japanische Zentralbank auf diese Weise riesige Summen in das Finanzsystem pumpete ohne die japanische Wirtschaft nachhaltig zu beleben.

Im Gegensatz zur EZB ist zu erwarten, dass die geldpolitischen Impulse der US-amerikanischen und britischen Notenbanken im Laufe des Jahres reduziert werden. Auch der amerikanische Leitzins dürfte 2015

wieder erhöht werden. Diese Unterschiede werden unweigerlich zu einer hohen Volatilität in den Devisenmärkte führen.

Auch in Österreich stagniert die Wirtschaft seit Mitte des Jahres und somit konnte 2014 nach Berechnungen des WIFO nur ein Wachstum von knapp 0,4 Prozent verzeichnet werden. Im Herbst musste Österreich einen deutlichen Einbruch seiner Exporte um 4,4 Prozent hinnehmen. Dabei sanken im Oktober die Exporte in die EU um 5,1 Prozent und nach Russland um 7,7 Prozent. Die Gesamtbilanz dürfte aber auf Grund der zuvor positiven Exportzahlen knapp ausgeglichen sein. Das vierte Quartal 2014 ist nach vorläufigen Berechnungen sogar negativ ausgefallen. Formell könnte Österreich Anfang 2015 sogar in eine Rezession³ rutschen. Hoffnung besteht, dass positive Impulse der sich besser entwickelnden Weltwirtschaft aber auch die Euro-Schwäche sowie die niedrigen Rohstoffpreise die österreichische Wirtschaft wieder beleben. Negative Auswirkungen sind weiterhin von den Sanktionen gegenüber Russland zu erwarten. Daher sind auch 2015 nicht mehr als 0,5 Prozent Wirtschaftswachstum wahrscheinlich. Die Arbeitslosenquote von aktuell 8,4 Prozent dürfte sogar auf 9 Prozent steigen.

Transatlantic Trade and Investment Partnership

Weiterhin planen die USA die zwei großen Freihandelsabkommen abzuschließen. Zum einen verhandeln sie mit elf Pazifik-Staaten, darunter Australien, Mexico, Japan und Peru, über eine Vertiefung der Trans Pacific Partnership (TPP). Darüber hinaus soll mit der EU die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) abgeschlossen werden. Die USA verfolgen mit TPP und TTIP klare geo-strategische Ziele und versuchen ihre hegemoniale Position im Sinne einer Weltwirtschaftsordnung unter amerikanischer Führung abzusichern. In seiner Rede zur Lage der Nation vor dem US-Kongress Mitte Jänner 2015 stellte US-Präsident dies bezüglich dem TPP auch offen klar: „China wants to write the rules for the world's fastest-growing region. That would put our workers and businesses at a disadvantage. Why would we let that happen? We should write those rules.“ Die Verhandlungen zwischen den USA und der EU über die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) werden in der europäischen Öffentlichkeit aber weiter sehr kritisch beobachtet. Es gibt erhebliche Zweifel, ob die Übernahme US-amerikanischer Wirtschaftsregeln mit der europäischen Mentalität, europäischer Werte und bestehenden Institutionen vereinbar ist. Die USA versuchen jedenfalls durch die enge Ankoppelung der europäischen Wirtschaft die Dominanz des US-

³ Eine Rezession tritt bei einem negativen Wirtschaftswachstum von zwei Quartalen in Folge ein.

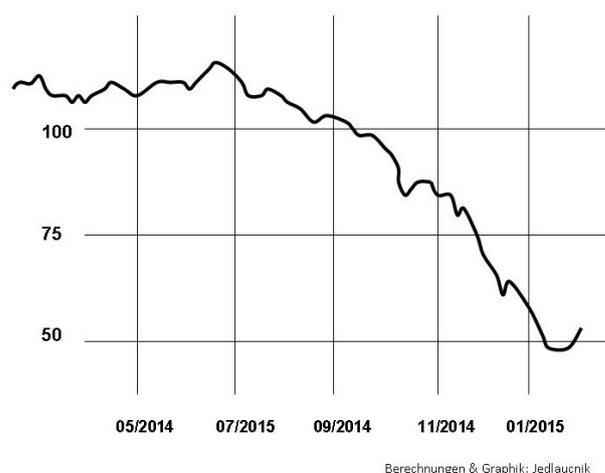
amerikanischen Kapitalmarktes aufrecht zu erhalten. Um die US-amerikanische Dominanz zu begrenzen, versucht China im indo-pazifischen Raum eine Alternative anzubieten. Chinas Ziel ist es, eine asiatisch-pazifische Freihandelszone (Free Trade Area of the Asia-Pacific - FTAAP) zu schaffen. Die FTAAP entspricht der chinesischen Strategie der regionalen Integration und wäre eine Alternative zu den TPP-Gesprächen, von denen China ausgeschlossen ist. China glaubt, dass mit einer FTAAP die zahlreichen existenten bilateralen und multilateralen Freihandelsabkommen und Kooperationen zwischen den asiatisch-pazifischen Volkswirtschaften zusammengeführt werden könnten. Die FTAAP wäre somit eine attraktive Alternative zu den TPP, würde die US-amerikanische Dominanz reduzieren und China erlauben, eine stärkere Rolle im indo-pazifischen Raum zu spielen.

Freihandelsabkommen sind völkerrechtliche Verträge zur Garantie des freien Handels zwischen den vertragsschließenden Staaten. Die Vertragspartner verzichten untereinander auf Handelshemmnisse. Kritiker argumentieren, dass diese Abkommen nur nach unternehmerischen Interessen ausgerichtet sind.

Rohstoffe

Das herausragendste Ereignis auf den internationalen Rohstoffmärkten war in den letzten Monaten der massive Ölpreisverfall. Saudi Arabien begann Ende Oktober bewusst den Ölpreis zu senken. Gleichzeitig reduzierte es – wie auch alle anderen OPEC-Staaten – trotz eines vorhandenen Überangebotes am Markt die Erdölproduktion nicht. Welche Ziele Saudi Arabien damit verfolgt, stellt es selbst nicht klar. Eine These internationaler Experten ist, dass Saudi Arabien mit einer künstlichen Preissenkung das Ziel verfolgt, den Erzrivalen Iran und vermutlich auch dessen Verbündeten Russland finanziell zu schädigen. Wenn der Ölpreis länger auf dem derzeitigen niedrigen Niveau bleibt, muss mit massiven finanziellen Engpässen einzelner Ölproduzierender Staaten gerechnet werden. Die Folgen könnten wiederum die Reduktion staatlicher und sozialer Leistungen und daraus resultierend innere Unruhen oder zumindest politische Umwälzungen sein. Auf dieser Grundlage sind die Regierungen Algeriens, Bahrains, Ecuadors, des Iraks, des Iran, Nigerias und Venezuelas umsturzgefährdet. Eine ähnliche Situation gab es bereits in den 80er Jahren, als Saudi Arabien als wirtschaftspolitische Maßnahme gegen den Iran gerichtet bewusst den Ölpreis abstürzen lies und als indirekte Folge „half“, die Sowjetunion wirtschaftlich zu ruinieren. Eine weitere Zielsetzung Saudi Arabiens könnte es auch sein, die US-Schieferölproduktion

zumindest teilweise vom Markt zu drängen, denn die Schieferölförderung ist erst bei Ölpreisen von 60-70 US-Dollar rentabel. Die im Oktober beschlossene Preissenkung Saudi Arabiens löste jedenfalls einen Preiskampf vor allem auf dem US-amerikanischen Markt aus. Ziel Saudi Arabiens dürfte in diesem Zusammenhang zumindest die Einschränkung des aktuellen Schieferöl-Booms sein. Dennoch kann der Kampf gegen die US-Schieferölproduzenten kein zentrales langfristiges Ziel sein, da die Effekte nicht nachhaltig sind. Die Ausbeutung der meisten Schieferöl-Lagerstätten kann ohne massive Vorbereitungen gestartet werden und aktuell unrentable Bohrungen können somit bei höheren Ölpreisen relativ rasch wieder aktiviert werden.



Ölpreisentwicklung (Brent) in US-Dollar

Andere Energieexperten glauben hingegen nicht, dass es einen Masterplan hinter dem Ölpreisverfall gibt, sondern dass Saudi Arabien und die OPEC dem Ölmarkt die Steuerung der Ölpreise überlassen. Demnach hat das vorhandene Überangebot den Ölpreis um mehr als 50 Prozent fallen lassen.

Die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen der EU und Russland haben neben den Sanktionen und Gegensanktionen auch zu Irritationen bei der europäischen Energieversorgung geführt. Nachdem die Rolle der Ukraine als Transitland schon längere Zeit problematisch ist, sollte mittels alternativer Pipelines russisches Erdgas unter Umgehung der Ukraine nach Europa transportiert werden. Dazu sollten Pipelines durch die Ostsee (North Stream seit 2011 in Betrieb) bzw. durch das Schwarze Meer (South Stream) errichtet werden. South Stream sollte mit einer Durchleitungskapazität von 63 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr durch das Schwarze Meer von Russland nach Bulgarien errichtet werden. Die EU blockierte jedoch die Errichtung von South Stream, um Gazprom die angestrebte Machtstellung in der europäischen Gasversorgung zu verwehren. Gazprom wollte bei

South Stream sowohl Gasproduzent als auch Gasnetzbetreiber werden. Daraufhin beendete im Dezember 2014 Russland das Projekt.



Die russischen und türkischen Präsidenten, Putin und Erdogan, beschlossen im Dezember 2014 die Errichtung von Turkish Stream

Alternativ wurde gemeinsam mit der Türkei der Bau der Pipeline Turkish Stream beschlossen. Diese Pipeline wird russisches Gas zu einem Verteilerzentrum an der türkisch-griechischen Grenze transportieren. Von dort soll es nach Europa weitergeliefert werden. Gazproms CEO, Alexei Miller, stellte in diesem Zusammenhang auch unumwunden klar, dass die neue Situation die geopolitische Position der Türkei gegenüber Europa signifikant stärken werde.

In Afrika bemüht sich vor allem China massiv um den Zugang zu Bodenschätzen und Agrarland. Zu diesem Zweck investiert China weiterhin in die Infrastruktur entlang der maritime Seidenstrasse als Verbindung zwischen China, den benachbarten südasiatichen Staaten und Afrika. Aber auch in Lateinamerika ist China als Investor von Infrastruktur- und Rohstoff-Projekten sehr aktiv und positioniert sich als Alternative zu westlichen Partnern und Abnehmern.

Konferenzen und Abkommen

Im folgenden Abschnitt finden sich eine Auswahl zu im Berichtszeitraum stattgefundenen Konferenzen sowie verschiedene veröffentlichte Studien und Berichte. Der Schwerpunkt liegt bei ökologischen und demographischen Entwicklungen im weiteren Sinn.

Vienna Conference on the Humanitarian Impact of Nuclear Weapons 8. - 9. Dezember 2014, Wien

Am 8. und 9. Dezember diskutierten Vertreter aus 158 Staaten in Wien die humanitären Auswirkungen von Nuklearwaffendetonationen. Die Wiener Konferenz war nach Oslo im Frühjahr 2013 und Mexiko im Februar 2014 die dritte zu diesem Thema. Während Indien und Pakistan bereits an vorherigen Konferenzen teilgenommen hatten, waren in Wien mit den USA und Großbritannien erstmals auch zwei der fünf offiziellen Atomkräfte vertreten. China schickte einen Beobachter.

Gerade die fünf offiziellen Atomkräfte sollen mit diesen Konferenzen dazu bewegt werden, mehr für die nukleare Abrüstung zu tun. Diese Verpflichtung ist schon im Atomwaffensperrvertrag (NPT) von 1968 enthalten. Das Treffen in Wien diente auch der inhaltlichen Vorbereitung für die NPT-Überprüfungskonferenz im April 2015, bei der schwierige Verhandlungen erwartet werden.

Außenminister Kurz, Vorsitzender der Konferenz, warnte davor, Atomwaffen als bloß „*abstrakte Gefahr*“ zu sehen. *"Solange Nuklearwaffen existieren, bleibt das Risiko real."*

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon verwies in einer verlesenen Botschaft auf die *"Sinnlosigkeit, die Mittel unserer gegenseitigen Zerstörung für viel Geld zu modernisieren – während wir an den Herausforderungen scheitern, die Armut, Klimawandel, Extremismus und die Anhäufung konventioneller Waffen an uns stellen"*.

Erstmals richtete sich auch Papst Franziskus mit einer Botschaft an die Konferenz, verlesen vom apostolischen Nuntius Tomasi. Darin hieß es: *"Nukleare Abschreckung und die Bedrohung durch gegenseitige Zerstörung können keine Grundlage sein für eine Ethik der Brüderlichkeit und des friedlichen Zusammenlebens der Völker und Staaten. Die Jugend von heute und morgen verdient viel mehr."*

Gemäß Mitteilung des österreichischen BMEIA hat *"die Wiener Konferenz sehr klar dargestellt, dass die Auswirkungen von Atomwaffen noch wesentlich größer sind als bisher bekannt war"*. Vor allem die langfristigen Auswirkungen auf das Klima, die Umwelt, die Gesundheit und die Nahrungsmittelsicherheit, die der Einsatz von Nuklearwaffen hätte, seien extrem besorgniserregend. Ebenso seien die Risiken von menschlichem Irrtum und technischen Fehlern viel signifikanter, wie neueste Studien zeigen würden. *"Die Konferenz hat deutlich unter*

Beweis gestellt, dass eine glaubhafte Abkehr vom Atomwaffen künftig forciert werden soll", erklärte der Leiter der Abteilung für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Non-Proliferation im Außenamt, Kmentt.

Die Konferenz endete mit der Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung, worin die überwältigende Mehrheit der teilnehmenden Staaten einen Richtungswechsel in der Nukleardebatte forderte. Mit dem Fokus auf humanitäre Konsequenzen soll ein Richtungswechsel in der Nukleardebatte hin zu einer nuklearwaffenfreien Welt eingeschlagen werden.

Zur Konferenz siehe: <http://www.bmeia.gv.at/europa-aussenpolitik/abruestung/massenvernichtungswaffen/nukleare-waffen/wiener-konferenz-zu-den-humanitaeren-auswirkungen-von-kernwaffen/>

UN-Klimagipfel 1. - 14. Dezember, Lima

Vom 1. bis 14. Dezember fand in Lima die 20. Klimakonferenz (United Nations Framework Convention on Climate Change, 20th Conference of the Parties/COP 20) und gleichzeitig das zehnte Treffen zum Kyoto-Protokoll (10th Meeting of the Parties to the 1997 Kyoto Protocol/CMP 10) statt.

Ziel war es, einen Verhandlungstext auszuarbeiten, dessen Eckpunkte den Rahmen für einen Welt-Klimavertrag bilden sollen, der 2015 bei der 21. UN-Klimakonferenz in Paris unterzeichnet werden soll. Dabei wurde die Strategie grundlegend geändert: So war 2009 in Kopenhagen noch versucht worden, die notwendige Emissionsreduzierungen gerecht auf Einzelstaaten zu verteilen, womit die Konferenz kläglich scheiterte. Diesmal sollten in Lima die einzelnen Länder vorbringen, zu welchem Reduktionsbeitrag sie bereit seien. Und es sollte festgelegt werden, dass kein Land hinter bereits gegebene Klimaschutz-Zusagen wieder zurücksteckt.

Weiteres sollten die Entwicklungsländer bis spätestens 2020 jährlich hundert Milliarden Dollar (80 Milliarden Euro) aus staatlichen und privaten Mitteln erhalten. Damit sollen Klimaschutzmaßnahmen finanziert werden. Vor allem aber sollen diese Mittel auch helfen, Maßnahmen gegen die Folgen der Erderwärmung zu finanzieren.

Nach einer Verlängerung der Konferenz um zwei Tage einigten sich die Delegierten aus 195 Staaten auf einen Minimalkonsens in Form eines Beschlusstextes. Der Text definiert aber nur sehr vage Kriterien für die nationalen Klimaschutzzusagen, die im Frühjahr 2015 vorgelegt werden sollen. Umweltverbände sprachen von einem „*gefährlich schwachen Text*“.

Der Rohentwurf für einen Weltklimavertrag ist dem Beschluss als Textanhang angefügt. Die 37 Seiten umfassende Vorlage enthält allerdings mehr Fragen als

Antworten, denn sie listet zahlreiche unterschiedliche Optionen auf, die von den Delegationen in Lima lediglich als eine erste Verhandlungsgrundlage formell anerkannt wurden. Die Details werden erst Anfang Dezember 2015 in Paris verhandelt und entschieden.

Zur Konferenz siehe: <http://www.cop20.pe/en>

G-20 Treffen, 15. – 16. November, Brisbane

Am 15. und 16. Februar fand das 9. Treffen der Staats- und Regierungschefs der G-20 in Brisbane statt. Mehr als 4.000 Delegierte aus den Gruppe der 20 mächtigsten Industrie- und Schwellenländern sowie mehr als 2.500 Medienvertreter nahmen an dem Treffen teil. Eingeladen waren auch die Staats- und Regierungschefs von Mauretanien, Myanmar, Neuseeland, dem Senegal, Singapur sowie Spanien. Der Ukraine-Konflikt überschattete den G-20 Gipfel. Die Spannungen führten letztlich dazu, dass Präsident Putin den Gipfel frühzeitig verlies. Tatsächlich war jedoch die angestrebte Isolation Russlands in Brisbane brüchig. So ließen sich die Staatschefs von Brasilien, Indien, China und Südafrika mit Putin beim kollektiven Handschlag ablichten. Putin revanchierte sich mit einer Einladung zum nächsten Gipfeltreffen der BRICS-Staaten, welches im Juli 2015 im russischen Ufa stattfindet.

Die wichtigsten Beschlüsse im Überblick:

- Mit einer Art Fünfjahresplan soll die Wirtschaft angekurbelt werden. Dazu sollen mehr Anreize für Investitionen geschaffen, Infrastruktur aus- sowie Handelshemmnisse abgebaut werden. Insgesamt soll die Weltwirtschaft so bis zum Jahr 2018 um zusätzliche 2,1 Prozent wachsen. In der Abschlusserklärung versprechen die G-20 Millionen neue Arbeitsplätze.
- Nach dem Willen der G-20 müssen die 30 weltgrößten Geldinstitute künftig ein größeres Kapitalpolster vorhalten. Neben den bereits verschärften Anforderungen an das Eigenkapital soll es mindestens ebenso große Puffer geben, die aus Fremdkapital bestehen. Dabei geht es um Anleihen, die in einer Notlage schnell in Haftungsmasse umgewandelt werden können. So sollen auch Investoren in die Rettung von Banken einbezogen werden.
- Bis zum ersten Quartal 2015 sollen alle Teilnehmer an der Klimakonferenz in Paris ihre geplanten nationalen Beiträge zum Kampf gegen die Erderwärmung melden. Dort soll dann ein Protokoll oder eine Vereinbarung mit rechtlich bindender Wirkung für alle verabschiedet werden.
- Beim Versuch, Steuerschlupflöcher für internationale Konzerne zu schließen, kommen die

G-20 nur langsam voran. Sie billigten zwar den ersten Teil eines Aktionsplans, mit dem Vermeidungsstrategien der Konzerne ein Riegel vorgeschoben werden soll. Ein Vorstoß von EU-Kommissionspräsident Juncker, rasch einen automatischen Austausch über die Praktiken zwischen Staaten festzuschreiben, bekam keine Zustimmung. Frühestens 2017 oder sogar erst Ende 2018 soll in den führenden Wirtschaftsnationen eine solche Vereinbarung greifen.

2015 wird das G-20 Treffen in der Türkei, 2016 in China stattfinden.

Die G-20 ist ein seit 1999 bestehender informeller Zusammenschluss aus 19 Staaten und der EU und dient als Forum der Kooperation und Konsultation in Fragen des internationalen Finanzsystems. Die G-20 repräsentiert zwei Drittel der Weltbevölkerung und rund 90 Prozent der globalen Wirtschaftskraft.

An den Treffen der G-20 nehmen die Staats- und Regierungschefs der G-20-Länder, die Finanzminister und Zentralbankenchefs der G-8 und elf weiterer Staaten sowie die EU-Präsidentschaft (wenn diese zu diesem Zeitpunkt nicht von einem G-8 Staat geführt wird), der Präsident der EZB, der Geschäftsführende Direktor des IWF, der Vorsitzende des IMFC, der Präsident der Weltbank und der Vorsitzende des Development Committees von Weltbank und Internationalem Währungsfonds teil.

2. UN-Konferenz zu Landlocked Developing Countries, 3.- 5. November, Wien

Bei der größten UN-Konferenz in Wien seit zehn Jahren standen Entwicklungsländer ohne Meereszugang (Landlocked Developing Countries/LLDCs; Liste der Staaten siehe unten) im Fokus. Über 1.000 Staatschefs, Diplomaten, Wirtschaftsvertreter und NGO-Aktivisten aus über 90 Staaten waren vertreten.

Die 2. UN-Konferenz zu diesem Thema diente einerseits der Überprüfung des Aktionsprogramms von Almaty von vor zehn Jahren sowie der Identifizierung neuer aufkommender Herausforderungen und Chancen für Binnenentwicklungsländer. Andererseits ging es darum, Lösungsansätze zu finden und einen gemeinsamen handlungsorientierten strategischen Rahmen für das nächste Jahrzehnt zu entwickeln.

Da über drei Viertel des Welthandels über den Seeweg laufen, ist der Zugang zu den Weltmärkten für diese Länder viel schwieriger und teurer. Es gibt komplizierte Transitregelungen, oft fehlt außerdem die Infrastruktur.

Im Hintergrund ging es jedoch um noch viel mehr, weshalb die Verhandlungen über den Aktionsplan auch nicht ohne Konflikte abliefen. 2015 ist das Jahr, in dem sich die UN-Mitgliedstaaten auf ein Nachfolgeprogramm für die Millenniumsziele einigen wollen. Im September 2015 soll es verabschiedet werden. Dieser Katalog muss aber erst noch ausverhandelt werden. Dokumente wie der Aktionsplan und die Abschlusserklärung der LLDC-Konferenz sehen die Entwicklungsländer auch als Gelegenheiten, den Industriestaaten Zugeständnisse abzurufen, auf die sie in den Verhandlungen über die Post-2015-Agenda verweisen können.

Die Binnenentwicklungsländer (Landlocked Developing Countries) wurden 2003 bei einer Konferenz im kasachischen Almaty als Gruppe anerkannt. Weltweit zählen 32 Länder zur Gruppe der Binnenentwicklungsländer. Mehr als die Hälfte dieser Länder haben ein Jahreseinkommen von weniger als 1.000 US-Dollar pro Kopf und gehören somit auch zur Gruppe der ärmsten Entwicklungsländer. Aufgrund ihrer Isoliertheit von den Weltmärkten, den fehlenden Meereszugängen, den daraus resultierenden langen Transportwegen und hohen Transportkosten sowie der Abhängigkeit von souveränen Entscheidungen in den Transitländern konnten und können die Binnenentwicklungsländer nur sehr begrenzt vom allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahrzehnte profitieren.

Die Gruppe der LLDC umfasst: Mazedonien, Moldau, Bolivien, Paraguay, Afghanistan, Armenien, Aserbaidschan, Bhutan, Kasachstan, Kirgistan, Laos, Mongolei, Nepal, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan, Äthiopien, Botswana, Burkina Faso, Burundi, Lesotho, Malawi, Mali, Niger, Ruanda, Sambia, Simbabwe, Südsudan, Swasiland, Tschad, Uganda sowie Zentralafrika.

Die Konferenz endete mit der Verabschiedung des „Vienna Program of Action for Landlocked Developing Countries for the Decade 2014-2024“. In diesem Aktionsplan werden u.a. sechs Prioritäten festgelegt, um den LLDC aus ihrer Armut zu helfen und zu nachhaltiger Entwicklung zu verhelfen. Dies inkludiert Handels- und Transiterleichterungen, Maßnahmen der regionalen und internationalen Integration und Kooperation oder den Ausbau von Infrastruktur.

Zur Konferenz siehe: <http://www.lldc2conference.org/>

Studien und Berichte

BUND, Heinrich-Böll-Stiftung, Le Monde Diplomatique, IASS, „Bodenatlas 2015“

Die Heinrich-Böll-Stiftung, das Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Le Monde Diplomatique veröffentlichten am 8. Jänner 2015 die erste Ausgabe ihres Bodenatlas 2015. Der knapp 50seitige Bericht mit Daten, Grafiken und Fakten gibt, in unterschiedliche Kapitel gegliedert, in sehr übersichtlicher Weise Auskunft über die Bedeutung, die Nutzung und den Zustand von Land, Böden und Agrarflächen weltweit, in Europa und insbesondere Deutschland. In Österreich wurde eine regionale Ausgabe des Bodenatlas in Zusammenarbeit mit GLOBAL 2000 herausgegeben (link siehe unten).

Der Bodenatlas 2015 stellt ganz klar fest, dass Land und Böden immer knapper werden: Die abnehmende Bodenfruchtbarkeit („Degradierung“), wird weltweit derzeit bereits in einem Ausmaß von 20 bis 25 Prozent beziffert und jedes Jahr verschlechtern sich weitere 5 bis 10 Millionen Hektar. Das entspricht in etwa der Größenordnung der Fläche Österreichs (8,4 Millionen Hektar).

Der Konsum der EU-Bürger benötigt eine Fläche von rund 640 Millionen Hektar pro Jahr, eineinhalb Mal mehr als die Fläche aller 28 Mitgliedstaaten zusammen beträgt. Rund 60 Prozent der für den europäischen Konsum genutzten Flächen befinden sich außerhalb der EU. Damit ist Europa der Kontinent, der für seinen Lebensstil, seine Agrarindustrie und seinen Energiehunger am meisten von Land außerhalb seiner Grenzen abhängig ist. Jeder EU-Bürger verbraucht im Jahr 1,3 Hektar Land, dies sind zwei Fußballfelder und sechsmal so viel wie der Flächenverbrauch eines Einwohners von Bangladesch.

In Deutschland beträgt der Flächenverbrauch durch Städte- und Straßenbau mehr als 70 Hektar pro Tag. Dies entspricht der Fläche von über 100 Fußballfeldern. Ein Viertel aller Ackerflächen (rund drei Millionen Hektar) sind in Deutschland von Wind- und Bodenerosion betroffen, während der Flächenverbrauch weiter steigt. Zugleich importiert Deutschland Agrarprodukte und andere Verbrauchsgüter, die mit knapp 80 Millionen Hektar mehr als das Doppelte der eigenen Landesfläche in Anspruch nehmen.

Auch in Österreich geht immer mehr Boden verloren, jeden Tag werden 22 Hektar verbaut. Allein auf das Bevölkerungswachstum ist diese Zahl nicht zurückzuführen, denn während dieses nur um etwa 2 Prozent stieg, stieg die Flächeninanspruchnahme um ca. 10 Prozent in den Jahren 2006 bis 2012. Der Bedarf für private Wohnhäuser und die Zersiedelung der Städte und Dörfer, die Bebauung für den Tourismus oder für

Gewerbeflächen spielen eine wichtige Rolle. Anstatt dafür bereits vorhandene, brach liegende Industriefläche zu reaktivieren (mindestens 130 km²) werden immer neue Flächen versiegelt. Die Versiegelung von 4 Hektar heimischem Boden am Tag und die Flächenverdrängung, die die österreichische Landwirtschaft damit in Bedrängnis bringt, ist dabei das größte Problem. Die Landwirtschaft gerät aufgrund dessen durch Preisdruck ins Hintertreffen, dabei wird mehr Fläche für landwirtschaftliche Produktion gebraucht. Die starke Versiegelung zeigt auch noch andere große Probleme: Regen trifft auf Bodenoberflächen wie Asphalt, die die Flüssigkeiten abfließen lassen anstatt sie aufzunehmen und zwischenspeichern. In Folge kommt es zu Überschwemmungen mit all seinen Kosten. *„Das Ziel eines Ministerratsbeschlusses aus dem Jahr 2002, die jährliche Versiegelung von 9 Hektar auf 1 Hektar pro Tag bis 2010 zu reduzieren, ist mit aktuell 4 Hektar pro Tag bisher zwar verbessert worden, aber noch nicht erreicht“*, so GLOBAL 2000. Auch Böden in schlechtem Zustand können das Wasser nicht mehr optimal aufnehmen: hier kommt es ebenfalls zu Wasserabfluss, der noch dazu Bodenbestandteile mitreißt.

<http://www.bund.net/bodenatlas>

<https://www.global2000.at/sites/global/files/Bodenatlas2015.pdf> (Österreichische Version)

UNHCR, „Mid-Year Trends 2014-Report“

Anfang 2015 veröffentlichte UNHCR seinen Halbjahresbericht 2014. Dieser „Mid-Year Trends 2014-Report“ basiert auf Daten von Regierungen und dem weltweiten UNHCR-Netzwerk. Da im Berichtszeitraum bis Ende Juni nicht alle Daten vorliegen, kann durch den Bericht nicht die Gesamtzahl aller weltweit vertriebenen Personen erfasst werden. Diese Zahl wird jährlich im Global Trends-Report im Juni veröffentlicht (2013 waren weltweit 51,2 Millionen Menschen von Vertreibung betroffen).

Gemäß dem Bericht waren in der ersten Hälfte des Jahres 2014 55 Mill. Menschen auf der Flucht. Von diesen sind 14 Mill. Menschen über internationale Grenzen geflohen. Alle anderen mussten innerhalb ihres Heimatlandes fliehen.

Die Anzahl der Personen unter dem Mandat von UNHCR betrug Mitte des vergangenen Jahres 46,3 Millionen. Das ist ein neuer Rekordwert mit über 3,4 Millionen Betroffenen mehr als noch 2013. Mitgerechnet werden dabei auch Menschen, die bereits länger vertrieben sind, freiwillige Rückkehrer, Resettlement-Programme und Datenrevisionen.

Eines der Hauptergebnisse des Berichts ist, dass Syrer zum ersten Mal den größten Anteil der Flüchtlinge ausmachen, die unter das UNHCR-Mandat fallen. Mit

mehr als 3 Millionen Flüchtlingen im Juni 2014, machen Syrer nun 23 Prozent der Flüchtlinge unter dem Mandat von UNHCR aus.

Die größte, langjährig betroffene Flüchtlingsbevölkerung bleiben aber nach wie vor die 2,7 Millionen afghanischen Flüchtlinge. (UNHCR definiert eine langandauernde Flüchtlingssituation mit fünf oder mehr Jahren.)

Nach Syrien und Afghanistan sind Somalia (1,1 Mill.), der Sudan (670.000), der Südsudan (509.000), die Demokratische Republik Kongo (493.000), Myanmar (480.000) und der Irak (426.000) die Länder, aus denen die meisten Menschen fliehen.

In absoluten Zahlen nahm Pakistan die meisten Flüchtlinge auf (1,6 Millionen). Danach folgen der Libanon (1,1 Millionen), der Iran (982.000), die Türkei (824.000), Jordanien (737.000), Äthiopien (588.000), Kenia (537.000) und der Tschad (455.000). Österreich nahm laut UNHCR 55.598 Flüchtlinge auf.

Im Verhältnis der Flüchtlingszahl zur Bevölkerung wird ersichtlich, dass der Libanon und Jordanien die meisten Menschen aufgenommen haben. In Relation zur Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes tragen Äthiopien und Pakistan die größte Last.

Einen deutlichen Anstieg verbuchte das UNHCR auch bei den Asylanträgen, die im ersten Halbjahr 2014 um 18 Prozent auf 558.600 stiegen. Mit Abstand die meisten Anträge weltweit verbuchte dabei Deutschland, wo 67.400 Menschen um Asyl ansuchten. Es folgen die USA (47.500), Frankreich (29.900), Schweden (28.400), die Türkei (27.800), Italien (24.500) und Russland (17.900).

WHO/UNODC/UNDP, "Global Status Report on Violence Prevention"

Gemäß der am 10. Dezember gemeinsam von WHO, UNODC und UNDP vorgelegten knapp 40seitigen Studie "Global Status Report on Violence Prevention 2014" kamen 2012 fast 500.000 Menschen durch Tötungsdelikte ums Leben.

Besonders groß ist das statistische Gewaltrisiko für Männer: In der Gruppe der 15- bis 44jährigen seien Mord und Totschlag die dritthäufigste Todesursache. Die größte Geschlechterdifferenz herrscht bei den 14- bis 29jährigen: 18,2 von 100.000 Männern aus dieser Gruppe wurden gewaltsam getötet, aber nur 2,7 von 100.000 gleichaltrigen Frauen. Den Schätzungen zufolge ist dennoch die Mordrate von 2000 bis 2012 weltweit um 16 Prozent auf rund 475.000 Menschen gesunken.

Die höchste Rate nach Regionen verzeichnet Amerika mit 28,5 Tötungen pro 100.000 Einwohner, gefolgt von Afrika mit 10,9 Fällen pro 100.000 Einwohner. Am Ende der Liste steht Europa mit 3,8 Tötungen pro 100.000 Einwohner.

Zudem leiden Millionen von Frauen und Kindern in den 133 untersuchten Ländern, darunter auch Österreich, unter Gewalt. Jedes vierte Kind erleide Misshandlungen, jedes fünfte Mädchen werde sexuell missbraucht, und jede dritte Frau erfahre mindestens einmal im Leben physische oder sexuelle Gewalt durch ihren Intimpartner.

Der Studie zufolge gibt es in fast allen Staaten Gesetze gegen Vergewaltigung und in den meisten auch gegen häusliche Gewalt. Doch nur die Hälfte der Staaten setze sie auch um.

Der Bericht geht auch auf das wenig bekannte Thema von Misshandlungen von über 60jährigen ein. Nationale Studien in Ländern mit einem hohen Pro-Kopf-Einkommen hätten ein breites Spektrum ergeben. So seien ältere Menschen in Privathaushalten in Spanien kaum misshandelt worden (0,8 Prozent), in Großbritannien waren es auch nur 2,6 Prozent. Am anderen Ende der Skala standen Israel mit 18 und Österreich mit 23,8 Prozent. Lediglich Belgien hatte einen noch schlechteren Wert mit 32 Prozent Misshandelten unter älteren Menschen in Privathaushalten.

Die Studie legt laut ihren Fokus auf "interpersonelle Gewalt", also Gewalt, die zwischen Familienmitgliedern, Lebenspartnern, Freunden, Bekannten und Unbekannten geschieht. Todesopfer aus strukturellen Konflikten wie Kriegen und Terroranschlägen wurden nicht einbezogen.

Bei der Breite der Erhebung muss die Diversität der Quelldaten berücksichtigt werden. So stammen die Daten für Österreich von der Statistik Austria und beziehen sich auf die nationale Rechtslage im Bereich vorsätzlicher Tötungsdelikte. Juristische Begriffe wie "Mord" und "Totschlag" können aber transnational nicht deckungsgleich verstanden werden. Sogar für die Mehrzahl der Länder liegen zudem keine nutzbaren offiziellen Zahlen vor, und es wurde mit Schätzungen gearbeitet.

http://www.who.int/violence_injury_prevention/violence/status_report/en/

OECD, "Trends in Income Inequality and its Impact on Economic Growth"

In einem am 9. Dezember veröffentlichtem Arbeitspapier verweist die OECD darauf, dass die Kluft zwischen Arm und Reich in den meisten OECD-Ländern auf dem höchsten Niveau seit 30 Jahren wäre. Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung verdienen 9,5-mal so viel wie die ärmsten zehn Prozent. In den 1980er Jahren betrug das Verhältnis 7:1. Diese wachsende Einkommensungleichheit gefährde massiv das Wirtschaftswachstum.

Das sei schlecht, denn die gestiegene Einkommensungleichheit hemme die wirtschaftliche Entwicklung. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ist beispielsweise in Deutschland zwischen 1990 und 2010 inflationsbereinigt um etwa 26 Prozent gewachsen. Wäre die Ungleichheit auf dem Niveau von Mitte der achtziger Jahre verharret, hätte das Plus laut OECD-Berechnungen um fast sechs Prozentpunkte höher ausfallen können. Auch in Österreich gibt es einen negativen Effekt. Eine Verringerung der Kluft zwischen arm und reich - vor der Wirtschaftskrise - habe hingegen positive Auswirkungen auf Irland, Spanien und Frankreich gehabt.

Den größten negativen Einfluss auf das Wirtschaftswachstum hat laut OECD aber nicht die Ungleichheit am oberen Ende dieser Skala, sondern vor allem das stärkere Auseinanderdriften der ärmsten 40 Prozent vom bessergestellten Rest der Bevölkerung. Die unteren Einkommen steigen in prosperierenden Jahren nicht nur langsamer, sie fallen bei Abschwüngen auch wieder zurück.

Hinzu kommt, dass ärmere und auch geringgebildete Gruppen in der Regel weniger in Bildung, insbesondere ihrer Kinder, investieren, was wiederum die soziale Mobilität und die Ausbildung von Kompetenzen im jeweiligen Land negativ beeinflusst.

Wiewohl einige Länder das Pensionsantrittsalter erhöht haben, sieht die OECD in ihrer Projektion der Ausgaben für das öffentliche Pensionssystem ins Jahr 2050 die Entwicklung als besorgniserregend: Gibt Österreich aktuell rund zwölf Prozent des BIP für Pensionen aus, werden es 2050 bereits rund 17 Prozent sein. Weiter geht die Schere nur bei Belgien, Slowenien und Luxemburg auf. Sie wenden aktuell etwa gleich viel auf für ihre Pensionisten, die Ausgaben für das Pensionssystem steigen aber noch rascher als jene in Österreich und Italien.

Die OECD fordert ein Gegensteuern von der Politik und nennt hierfür auch konkrete Empfehlungen. Eine Umverteilung von oben nach unten müsse zielgenau angewandt werden. Und diese Verteilungspolitik müsse sich auf Familien mit Kindern sowie auf junge Menschen konzentrieren. „*Wachsen und gedeihen werden vor allem jene Länder, die alles daran setzen, dass ihre Bürger von klein auf gleiche Chancen haben*“, so die OECD.

http://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/trends-in-income-inequality-and-its-impact-on-economic-growth_5jxrcjncwcv6j-en

Klimaschutz-Index 2014

Am 8. Dezember veröffentlichten die Umweltschutzorganisation Germanwatch und das Bündnis Climate Action Network Europe den

jährlichen Klimaschutz-Index (KSI). Anhand einheitlicher Kriterien analysiert der KSI die Klimaschutzleistungen von 58 Staaten, die zusammen für mehr als 90 Prozent des globalen energiebedingten CO₂-Ausstoßes verantwortlich sind. 80 Prozent der Bewertungen basieren auf den objektiven Kriterien Emissionstrend und Emissionsniveau. 20 Prozent der Analyse beruhen auf den Einschätzungen von über 200 befragten Experten zur nationalen und internationalen Klimapolitik ihrer jeweiligen Länder.

Gemäß dem KSI 2014 hat sich der Anstieg der Emissionen insgesamt verlangsamt. Bei den erneuerbaren Energien sei zudem in 51 der 58 Länder ein positiver Trend zu verzeichnen. Die meisten zeigten zweistellige Zuwachsraten.

Weil jedoch keines der untersuchten Länder ausreichende Anstrengungen gegen den gefährlichen Klimawandel unternahme, bleiben im KSI 2014 die ersten drei Plätze unbesetzt.

Dänemark führt zum dritten Mal in Folge die Liste der Länder an, die weltweit am meisten für den Klimaschutz tun. Dänemark verzeichne zwar immer noch ein relativ hohes Emissionsniveau, jedoch sei der CO₂-Ausstoß seit 1997 stetig gefallen und der Trend habe sich von 2007 bis 2012 mit einem Rückgang von 19 Prozent gefestigt.

Hinter Dänemark rangiert Schweden, wo die Gebäude-Emissionen vor allem durch Heizungen von 2007 bis 2012 um rund 70 Prozent zurückgegangen seien. Das beste Resultat unter den Entwicklungsländern erzielte Marokko (Platz 9), das sich vor allem wegen seines Engagements bei den erneuerbaren Energien um sechs Plätze verbesserte und erstmals unter den Top 10 rangiert. Weit abgeschlagen liegen die beiden weltweit größten CO₂-Emittenten China (Platz 45) und die USA (Platz 44). Österreich ist um fünf Plätze auf den 36. Rang abgerutscht.

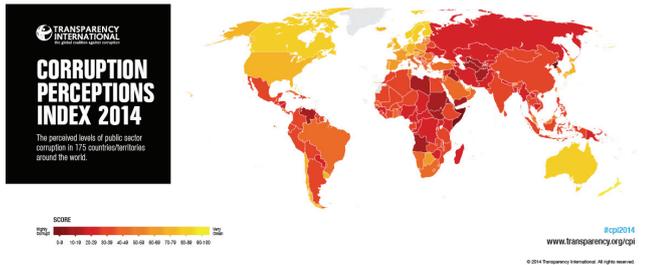
<http://germanwatch.org/de/ksi>

Transparency International, Corruption Perception Index 2014

Am 3. Dezember 2014 veröffentlichte Transparency International den Corruption Perception Index (CPI) 2014. Der Korruptionswahrnehmungsindex misst die Wahrnehmung der Verbreitung von Bestechlichkeit im öffentlichen Sektor, aber auch Mechanismen zur Bekämpfung von Korruption in 174 Staaten. Als „sauberste“ Länder gelten weiterhin Dänemark und Neuseeland. Weltweite Schlusslichter sind Nordkorea und Somalia.

Spitzenreiter im aktuellen Ranking sind im europäischen Raum nach wie vor die als weitgehend korruptionsfrei wahrgenommenen skandinavischen Länder, danach

folgen die Niederlande, Luxemburg und Deutschland. EU-Schlusslichter sind Griechenland, Italien und Rumänien. Österreich hat sich im aktuellen CPI leicht verbessert. Nach Rang 26 im Vorjahr gibt es nunmehr den 23. Platz (72 von 100 möglichen Punkten; 2013: 69 Punkte). Das sei aber „kein Grund zum Jubeln“, so Eva Geiblinger von Transparency Österreich. Der Rückstand auf Deutschland wächst von Jahr zu Jahr, unter den Industrieländern liege Österreich nur im „unteren Mittelfeld“.



Corruption Perception Index 2014

Als klarer Verlierer im europäischen Vergleich scheint heuer die Türkei auf. Das Land hat sich um fünf Punkte verschlechtert und erreicht nur noch 45 von 100 Punkten. Befragte türkische Bürger beklagen in Erhebungen vor allem die Bestechlichkeit der Parteien und die Korruptionsanfälligkeit von Medien und Parlamentariern. Dass die Regierung jene Ermittler, die Korruption aufdecken wollten, ihrer Ämter enthob, trug nicht gerade zur Steigerung des Vertrauens bei. Auch das Grubenunglück in Soma im Mai 2014 wurde mit korrupten Praktiken in Verbindung gebracht.

Gerade in aufstrebenden Wirtschaftsnationen sei Korruption derzeit auf dem Vormarsch, erklärte Transparency International. Neben der Türkei habe sich die Lage auch in Schwellenländern wie Brasilien, Russland, Indien und China verschlechtert.

In der Kritik stehen auch internationale Finanzzentren. Obwohl sie meist in Ländern mit eher niedriger Korruptionsrate liegen, spielen multinationale Banken und internationale Finanzzentren wie Frankfurt, London und New York laut Transparency eine wichtige Rolle dabei, dass Korruption in aufstrebenden Wirtschaftsnationen möglich sei. So werde es zweifelhaften Eliten ermöglicht, unrechtmäßig erworbene Millionenbeträge beiseitezuschaffen oder weißzuwaschen.

<http://www.transparency.org/cpi2014>

OECD, Internationaler Migrationsausblick 2014

Gemäß dem am 1. Dezember von der OECD präsentierten Migrationsausblick 2014 ist die dauerhafte

Zuwanderung in den OECD-Raum im Vergleich zu 2012 im Jahr 2013 mit 1,1 Prozent auf rund 4 Millionen wieder angestiegen. Dieser Anstieg kann auf konträre Entwicklungen in mehreren großen Einwanderungsländern zurückgeführt werden: So ist etwa die Anzahl der Zuwanderer nach Deutschland im vierten Jahr in Folge gestiegen, im Gegensatz dazu waren in mehreren großen Einwanderungsländern, wie USA, Italien, Portugal oder Spanien rückläufige Zuwanderungszahlen zu beobachten. Der Wanderungssaldo liegt zwar noch weit unter dem Vorkrisenniveau, in den meisten OECD-Ländern weist er aber nach wie vor ein positives Vorzeichen auf. Nennenswerte Ausnahmen bilden Mexiko, Island und Irland.

Der Wiederanstieg der dauerhaften Zuwanderung ist vor allem auf eine Zunahme der Migration im Rahmen von Freizügigkeitsregelungen zurückzuführen, die 2012 einen Zuwachs von 10 Prozent verzeichnete. In den OECD-Ländern betrifft die Migration im Rahmen von Freizügigkeitsregelungen hauptsächlich die Zu- und Abwanderung von Personen zwischen EU-Staaten. Im Jahr 2012 entsprach die Migration innerhalb Europas zum ersten Mal der legalen dauerhaften Zuwanderung von außerhalb Europas.

In absoluten Zahlen ist Deutschland das größte Zuwanderungsland in Europa. Rund 465.000 Menschen kamen dauerhaft nach Deutschland, um 16 Prozent mehr als 2012. Im Vergleich zu 2007 ist dies mehr als eine Verdoppelung, wobei 76 Prozent aus anderen EU-Staaten stammen. Deutschland ist damit zweitgrößtes Einwanderungsland der OECD hinter den USA, die im Vorjahr erstmals seit einem Jahrzehnt weniger als eine Million Zuwanderer verbuchten.

In Österreich ließen sich 2013 65.000 Migranten dauerhaft nieder, was einem Rückgang von drei Prozent im Vergleich zum Jahr 2012 entspricht, aber einem Anstieg um 37 Prozent seit 2007. 78 Prozent der zugewanderten Personen sind EU-Binnenmigranten.

Mit acht Neuzuwanderern auf 1000 Einwohnern liege Österreich zwar über dem OECD-Schnitt, aber deutlich niedriger als die Spitzenreiter Schweiz (16), Norwegen (12) und Australien (11).

Insgesamt entfällt der größte Teil der Migration innerhalb der OECD auf den Familiennachzug. 2012 ging der Familiennachzug gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Prozent zurück, was hauptsächlich durch Rückgänge in Spanien, Italien, den USA, Großbritannien und Belgien bedingt war. Die Arbeitsmigration ist seit dem Wirtschaftsabschwung ebenfalls kontinuierlich zurückgegangen und sank 2012 um 12 Prozent. Der Rückgang war im Europäischen Wirtschaftsraum besonders bemerkenswert, wo die Arbeitsmigration zwischen 2007 und 2012 um nahezu 40 Prozent abgenommen hat.

Im Gegensatz zur dauerhaften Migration lag die zeitlich befristete Migration unter ihrem 2007 erreichten Höchstwert von 2,5 Millionen. 2012 belief sie sich auf 1,9 Millionen, was etwa um ein Viertel unter dem Wert von 2007 lag.

Die größten Herkunftsländer waren China mit fast zehn Prozent aller Zuwanderer, Rumänien (5,6 Prozent) und Polen (5,4 Prozent).

Auf Grund des Konflikts in Syrien stieg die Zahl der Asylgesuche 2013 um 20 Prozent auf 560.000 Anträge. Die Zahl der Asylanträge erhöhte sich in Deutschland im sechsten Jahr in Folge, so dass Deutschland mit 110.000 Asylbewerbern zum weltweit größten Aufnahmeland wurde, gefolgt von den Vereinigten Staaten, Frankreich, Schweden und der Türkei. In Relation zur Einwohnerzahl nahm Schweden die meisten Asylbewerber und Flüchtlinge auf.

Im OECD-Raum leben über 115 Millionen Zuwanderer, was etwa 10 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht.

<http://www.oecd.org/berlin/publikationen/international-migration-outlook.htm>

UNODC, Global Report on Trafficking in Persons

Am 24. November veröffentlichte das UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) in Wien den Bericht 2014 zum Menschenhandel. Es wurden mindestens 152 Staaten registriert, aus denen die Opfer kamen sowie 124 Länder, wo sie hingebracht wurden.

Sexuelle Ausbeutung ist weltweit mit 53 Prozent die vorherrschende Form, es gibt aber große Unterschiede: Beträgt der Anteil in Europa und Zentralasien etwa 66 Prozent, liegt er in Ost- und Südasiens sowie dem Pazifikraum bei 26 Prozent.

In diesem Raum dominierte hingegen mit 64 Prozent die Zwangsarbeit, die auch insgesamt anstieg: Lag der Gesamtanteil 2007 weltweit noch bei 32 Prozent, betrug dieser Wert 2011 bereits 40 Prozent.

Besonders besorgniserregend ist, dass sich unter den Opfern des Menschenhandels immer mehr Kinder befinden. Demnach waren in den Jahren 2010 bis 2012 ein Drittel der Opfer Kinder; es ist das ein Anstieg von fünf Prozent im Vergleichszeitraum der Periode 2007 bis 2010. In Afrika und im Mittleren Osten beträgt der Anteil gar 62 Prozent.

49 Prozent der weltweiten Opfer von Menschenhandel sind erwachsene Frauen, hier sind die Zahlen zwar gesunken, rechnet man jedoch Frauen und Mädchen zusammen, dann macht die Summe 70 Prozent aus; 18 Prozent sind Männer, zwölf Prozent der Opfer sind Buben. Über 40.000 Opfer wurden in der Periode von 2010 bis 2012 registriert. Wie groß der nicht sichtbare Teil ist, ist nicht bekannt.

In Österreich wurden in den zehn Jahren seit der Gründung der Task Force „Menschenhandel“ im Jahr 2004 etwa 1.130 Opfer von Menschenhändlern in Strafprozessen erfasst, berichtete das Bundeskriminalamt im Oktober 2014. Gegen 1.353 Tatverdächtige wurde Anzeige erstattet. Die Strafen für Menschenhandel wurden in Österreich 2013 im Rahmen einer Sexualstrafrechtsänderung aufgrund einer EU-Novelle erhöht, indem die Grundstrafandrohung von drei auf fünf Jahre angehoben wurde.

http://www.unodc.org/documents/data-and-analysis/glotip/GLOTIP_2014_full_report.pdf

Weltbank, „Turn Down the Heat: Confronting the New Climate Normal“

Folgt man dem mehr als 300 Seiten starken Bericht der Weltbank „Turn Down the Heat: Confronting the New Climate Normal“, der vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) erstellt und am 24. November veröffentlicht wurde, ist die Erderwärmung um 1,5 Grad unumkehrbar. Die Temperaturen seien heute bereits um etwa 0,8 Grad höher als vor der Industrialisierung. Bisher als ungewöhnlich eingestufte Wetterextreme wie Hitzewellen als müssten „neue Normalität“ eingestuft werden.

Diese Entwicklung sei ein steigendes Risiko für den Entwicklungsprozess und könne die globalen Anstrengungen im Kampf gegen „extreme Armut unterminieren“, wie es in dem Bericht heißt. Die Folgen der Erderwärmung würden in den kommenden Jahrzehnten wahrscheinlich vor allem diejenigen treffen, die am wenigsten zum Anstieg der Treibhausgas-Emissionen beigetragen haben: die Armen der Welt. Vor allem die Länder in den Tropen werden die Folgen der Erderwärmung zu spüren bekommen.

Der Bericht warnt besonders vor Risiken in Regionen, wo mehrere Klimafolgen zusammentreffen: So könnten z.B. die Anden unter saisonaler Wasserknappheit leiden, während dort zugleich die Lebensmittelpreise ansteigen. Der Bericht folgert daher, die gesamte Kette der Klimafolgen zu betrachten, zum Beispiel Hitzewellen, die Ernteauffälle auslösen und sich wiederum so auf die Gesundheit der Menschen auswirken.

Die Studienautoren weisen darauf hin, dass kaum eine Region von den Folgen des Klimawandels ausgenommen sein wird. In Europa wird der Klimawandel vor allem am Balkan negative Auswirkungen haben, beispielsweise durch Dürren und Gesundheitsrisiken durch Moskitos, die das Denguefieber übertragen.

Eindrücklich wird zu entschlossenen Anstrengungen gemahnt, um eine Erwärmung um bis zu vier Grad noch in diesem Jahrhundert im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu vermeiden.

<https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/20595>

UNFPA, „State of World Population 2014 - The Power of 1.8 Billion“

Am 18. November wurde von der UNFPA der Weltbevölkerungsbericht 2014 veröffentlicht. Gemäß dem Bericht ist jeder vierte Mensch zwischen zehn und 24 Jahre alt; insgesamt sind dies weltweit 1,8 Milliarden. Szenarien der UN zufolge wird die weltweite Zahl junger Menschen voraussichtlich weiter wachsen und in absehbarer Zukunft ihren Höhepunkt erreichen. Die Länder, die in dieser Phase die Bedürfnisse von Jugendlichen berücksichtigen, werden bis zur zweiten Hälfte des Jahrhunderts wahrscheinlich in einer weitaus besseren Lage sein als heute. Sie werden über eine besser gebildete und gesündere Bevölkerung und über mehr produktive Arbeitskräfte verfügen, ihre Wirtschaft wird wachsen, und ihre Fertilitätsraten werden sinken.

In den Ländern hingegen, die sich nicht um die Belange der jungen Bevölkerung kümmern, könnten die Fertilitätsraten im Lauf der Zeit steigen, sodass ein großer Bevölkerungsanteil junger Menschen versorgt werden muss. Der Bedarf an Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, die ohnehin schon überstrapaziert sind, wird weiter zunehmen. Angesichts schlecht ausgebildeter Arbeitskräfte werden die Volkswirtschaften in geringwertiger Arbeit und geringen Wachstumsraten stecken bleiben.

Von den Ländern mit den größten Bevölkerungsanteilen Jugendlicher gehören heute viele zu den ärmsten der Welt, zugleich stehen sie unmittelbar vor einem demografischen Übergang, aus dem eine demografische Dividende erwachsen kann. Der Übergang wird eingeleitet, wenn die Fertilitäts- und Mortalitätsraten und damit auch die Zahl der Menschen im nicht erwerbsfähigen Alter, die versorgt werden müssen, zu sinken beginnen. Entsprechend steigt der Anteil der Erwerbsbevölkerung.

Die Dividende ergibt sich, indem Ressourcen für die wirtschaftliche Entwicklung und für höhere Pro-Kopf-Ausgaben in bessere Gesundheits- und Bildungsangebote freigesetzt werden. Das Wirtschaftswachstum kommt in Gang. Inwieweit die demografische Dividende maximiert werden kann, hängt stark davon ab, ob vor und während des demografischen Übergangs die richtigen politischen Entscheidungen getroffen und die richtigen Investitionen getätigt werden. Viel hängt auch davon ab, an welchem Punkt des demografischen Übergangs sich ein Land gerade befindet. Vereinfacht gesagt: Die Länder, in denen der demografische Übergang noch nicht eingesetzt hat, sollten zunächst Maßnahmen ergreifen, um die Kindersterblichkeit zu senken. Wenn die Überlebensrate von Kindern steigt, sinkt im

Normalfall die Fertilität. Denn Eltern sehen dann keine Notwendigkeit mehr für große Familien.

In Ländern, die am Anfang des Übergangs stehen, in denen also die Sterblichkeit sinkt, die Fertilität aber immer noch hoch ist, ist es wichtig, in umfassende Dienstleistungen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit sowie in die Stärkung von Mädchen und jungen Frauen durch Gesundheits- und Bildungsangebote zu investieren. In späteren Phasen sollte man sich stärker darauf konzentrieren, ein schnelles und inklusives Wirtschaftswachstum anzukurbeln und den Zugang zu Arbeitsplätzen, Finanzdienstleistungen und anderen Bausteinen des wirtschaftlichen Aufbaus zu sichern. Innerhalb eines Landes kann sich der demografische Übergang in verschiedenen Stadien befinden, zum Beispiel wenn sich die Gegebenheiten in ländlichen und städtischen Räumen erheblich unterscheiden.

Nach wie vor werden jedoch jungen Menschen, insbesondere Mädchen, ihre Rechte vorenthalten. Im Jahr 2011 gab es 57 Millionen Kinder, die keine Grundschule besuchten. Und selbst wenn sie zur Schule gehen, bleiben ihre Leistungen oft unter dem Mindestniveau. Ihre Beschäftigungsaussichten sind oft schlecht. Entweder gibt es keine oder nur schlechte Arbeitsplätze, was die Jugendarbeitslosigkeit weiter verschärft. Bis zu 60 Prozent der jungen Menschen in Entwicklungsländern haben weder Arbeit, noch gehen sie zur Schule, oder sie sind unregelmäßig beschäftigt.

Rund 515 Millionen 15- bis 24-Jährige müssen von weniger als zwei US-Dollar pro Tag leben. Aus dieser Verarmung werden sich viele vermutlich niemals befreien können. Trotz ihres hohen Armutrisikos werden sie zum Beispiel nur in jedem dritten Land bei der nationalen Strategieplanung zur Armutsbekämpfung im Rahmen nationaler Entwicklungspläne konsultiert.

Junge Menschen haben oft große Defizite bei Informations- und Gesundheitsdienstleistungen, sodass sie ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit und reproduktiven Rechte nicht verwirklichen können. Dabei wäre dies entscheidend, damit junge Menschen ihr Potenzial voll ausschöpfen können. Viele Heranwachsende haben nur eingeschränkten Zugang zu Verhütungsmitteln sowie zu HIV-Tests, -Beratung und -Behandlung. Dabei erfolgt eine von sieben aller HIV-Neuinfektionen im Alter von zehn bis 19 Jahren.

Der Bericht verweist darauf, dass dieser Missstand dringend beseitigt werden muss, da er nicht nur junge Menschen, sondern auch ganze Volkswirtschaften und Gesellschaften gefährdet.

<http://www.unfpa.org/swop>

Pentagon, „2014 Climate Change Adaptation Roadmap“

Am 13. Oktober veröffentlichte das US-Verteidigungsministerium den 20seitigen Bericht „2014 Climate Change Adaptation Roadmap“. Wie aus dem Bericht ableitbar ist, hat das Pentagon seine Einschätzung des Klimawandels deutlich geändert und stuft ihn nunmehr als Bedrohung für die nationale Sicherheit ein. Gemäß Einschätzung des Pentagons wird es zunehmend zu humanitären Krisen infolge von extremen Wetterereignissen kommen, was dazu führen wird, dass die Streitkräfte deutlich häufiger bei solchen Krisen eingesetzt werden könnten. Aus diesem Grund beginnt man nunmehr, Gefahrensituationen durchzuspielen und neu zu überdenken, wie man Vorräte am besten verteilen kann.

Neben dem Klimawandel sieht das Pentagon die nationale Sicherheit durch Terrorismus, ansteckende Krankheiten, weltweite Armut und Nahrungsknappheit gefährdet.

<http://www.acq.osd.mil/ie/download/CCARprint.pdf>

WHO, „Causes of international increases in older age life expectancy“

In einem Beitrag im Fachjournal „The Lancet“ verweisen Colin Mathers und seine Koautoren von der WHO darauf, dass 2020 erstmals in der Geschichte der Menschheit die Anzahl der über 60jährigen größer sein wird als die der Kinder unter fünf Jahren. Bis 2050 wird die Zahl der über 60jährigen von heute 841 Millionen auf über zwei Milliarden klettern. 80 Prozent von ihnen werden außerhalb der reichen Staaten leben.

Bisher beruhe der Anstieg der Älteren unter anderem auf dem Rückgang der Todesfälle an Herz- und Kreislauferkrankungen in den Industrieländern. Dennoch werde der Anteil der kranken und gebrechlichen Alten gleichzeitig weltweit steigen.

Die WHO-Autoren befürchten, dass die über 60jährigen weltweit künftig nicht gesünder sein werden als heute und viele Krebs sowie Lungen-, Herz- und Muskelkrankheiten bekommen. Hinzu kämen Nervenleiden. Allein die Anzahl dementer Patienten werde sich bis 2050 verdreifachen, von heute 55 Millionen auf etwa 135 Millionen.

Bei diesen Prognosen sollte es eine weltweite Priorität werden, den Menschen ein „gutes Altern“ bei langer Gesundheit zu ermöglichen. Dies bedeutet, dass fundamentale Reformen der Gesundheitssysteme und der sozialen Hilfesysteme nötig werden. Während manche Maßnahmen international einsetzbar sind, ist es wichtig, dass die Länder den Zustand und die Bedingungen ihrer älteren Bevölkerung beobachten, um so Trends zu erkennen und Gesundheitsprogramme an die jeweiligen Bedingungen anzupassen. Während es aus

Ländern wie Brasilien, China, Indien und Südkorea bereits Studien zur Gesundheit der alternden Bevölkerung gibt, fehlen solche Daten noch aus vielen Regionen außerhalb der Industrieländer.

Die Lebensqualität älterer Menschen zu verbessern, gehe jedoch weit über die rein medizinischen Aspekte hinaus. Es müssten Anstrengungen unternommen werden, bereits frühzeitig kostengünstige Vorsorgemaßnahmen zu etablieren, um spätere teure Belastung durch chronische Erkrankungen zu vermeiden. Zudem müssten Bedingungen geschaffen werden, die es erlauben, ältere Menschen in ihrem sozialen Umfeld zu belassen. Hierzu zählen auch etwa Anreize, sie länger am Arbeitsprozess teilnehmen zu lassen.

[http://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(14\)60569-9/abstract](http://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(14)60569-9/abstract)

IPCC, „Climate Change – Synthesis Report“

Am 2. November 2014 stellte der IPCC eine 40-seitige Synthese zum 5. Weltklimareport vor, der die Erkenntnisse von drei vorherigen, detaillierten Berichten aus den vergangenen zwölf Monaten zusammenfasst. Er diene als Grundlage für die Weltklimakonferenz Ende November 2014 in Peru.

Der Bericht bestätigt erneut, dass der Klimawandel mit einer Wahrscheinlichkeit von über 95 Prozent vom Menschen gemacht ist. Die Forscher stellten klar, dass der Temperaturanstieg mit globalem Einsatz noch gebremst werden könne, und dass ein rascher Wechsel auf alternative Energien wenig kosten würde. Der IPCC hält die Erwärmung der Erde bei einem völligen Stopp des Treibhausgas-Ausstoßes bis 2100 für noch beherrschbar.

Wenn Kohlendioxid-, und andere Treibhausgas-Emissionen in den nächsten 90 Jahren auf nahe Null gedrückt würden, sei die globale Erwärmung auf etwa zwei Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen und verursache noch tragbare Kosten, heißt es in dem Bericht.

Ohne einschneidende Maßnahmen werde das Risiko jedoch erheblich steigen, dass es durch die Erwärmung am Ende des 21. Jahrhunderts zu schwerwiegenden und unumkehrbaren Folgen für die Umwelt komme. Damit ist etwa das komplette Abschmelzen der Grönland-Gletscher mit einem Anstieg des Meeresspiegels und großflächigen Überschwemmungen der Küstenregionen gemeint.

Um eine Erwärmung über zwei Grad Celsius zu verhindern, sei eine drastische Reduzierung der CO₂-Emissionen in den kommenden Jahrzehnten notwendig. Die Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre sei auf dem höchsten Stand seit mindestens

800.000 Jahren. Die weltweite Oberflächentemperatur habe sich zwischen 1880 und 2012 um 0,85 Grad erhöht, und der Meeresspiegel sei zwischen 1901 und 2010 um 19 Zentimeter gestiegen.

Angesichts der Erderwärmung wurde vom UN-Umweltprogramm (UNEP) und der Weltwetterorganisation (WMO) 1988 der Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change/IPCC) mit Sitz in Genf gegründet. Mittlerweile hat er fast 200 Mitgliedsländer. Oberstes Ziel ist aufzuzeigen, wie sich der Klimawandel auf Natur und Mensch auswirkt, welche Anpassungsstrategien es gibt und wie er gebremst werden kann.

Der IPCC betreibt nicht selbst Forschung, sondern sammelt wissenschaftliche Daten und wertet sie aus. Bisher wurden 1990, 1995, 2001 und 2007 umfassende Berichte erstellt. Am fünften Report, dessen drei Teile 2013 und 2014 veröffentlicht wurden, waren mehr als 3.000 Experten beteiligt.

Notwendig sei eine Reduzierung des Ausstoßes der Treibhausgase um 40 bis 70 Prozent zwischen 2010 und 2050 und auf Null bis 2100. Dafür müsse von fossilen Energiequellen wie Öl, Gas und Kohle auf Energie aus erneuerbaren Quellen wie Sonne, Wind und Wasser umgeschwenkt und der Energieverbrauch deutlich reduziert werden.

Nach den Berechnungen des IPCC würde das globale Wachstum von den Kosten zur Reduzierung der CO₂-Emissionen nicht stark betroffen werden. Selbst ehrgeizige Maßnahmen würden demnach nur jährlich 0,06 Prozentpunkte des weltweiten Konsums im 21. Jahrhundert kosten, wobei mit einem jährlichen Wachstum zwischen 1,6 und drei Prozent gerechnet wird.

<http://www.ipcc.ch/>

UNICEF, „The State of the World’s Children Report 2015“

Am 20. November, zum 25. Jahrestag der Kinderrechte, veröffentlichte das UN-Kinderhilfswerk UNICEF seinen Bericht zur Lage der Kinder.

Kernpunkte des Berichts sind:

- Ein Baby, das 2014 geboren wurde, hat weltweit deutlich bessere Chancen zu überleben als vor 25 Jahren. Durch einfache und kostengünstige Maßnahmen, wie Impfkampagnen oder bessere Hygiene, konnte das Leben von 90 Millionen

Kindern unter fünf Jahren gerettet werden. Dennoch erleben pro Jahr rund 6,3 Millionen Mädchen und Buben nicht einmal ihren fünften Geburtstag; oftmals nur, weil es an Medikamenten, sauberem Trinkwasser oder Gesundheitshelfern fehlt.

- Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind eine Schule besuchen kann, ist heute deutlich höher. So stiegen weltweit die Einschulungsraten, mehr Kinder als je zuvor schließen die Grundschule ab. Dennoch können immer noch 57 Millionen Mädchen und Buben im Schulalter keine Schule besuchen.
- Weltweit gibt es Verbesserungen beim Schutz der Kinder vor Missbrauch, Ausbeutung und Gewalt. Die Zahl der arbeitenden Kinder und Jugendlichen ging um fast ein Drittel zurück. Trotzdem müssen immer noch 168 Millionen Mädchen und Buben unter ausbeuterischen Bedingungen arbeiten. Und nur fünf Prozent aller Kinder leben in Ländern, in denen jede Gewalt gegen Kinder verboten ist.
- Bedroht sind die Rechte von Kindern besonders in Krisengebieten und in fragilen Staaten. In Syrien, Irak, Südsudan oder in Krisenregionen wie im Norden von Nigeria sind Kinder Zielscheibe von Terror und Gewalt. Acht der zehn Länder mit der höchsten Kindersterblichkeit sind fragile Staaten, wie beispielsweise Somalia, die Zentralafrikanische Republik und Mali.
- Auch in den wohlhabenden Industrieländern gibt es Herausforderungen. Hier wachsen 76,5 Millionen Kinder in relativer Armut auf, 2,6 Millionen mehr als noch 2008. Die Finanzkrise hat die Kinder härter getroffen als die ältere Generation. In fast allen europäischen Ländern ist die Armutsrate bei Kindern schneller angestiegen bzw. langsamer zurückgegangen als bei älteren Menschen. (siehe hierzu auch Bericht: „Innocenti Report Card 12, Children of the Recession: The impact of the economic crisis on child well-being in rich countries“).

Grundsätzlich ruft UNICEF zu einem verstärkten Einsatz für die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte des Kindes auf. UNICEF fordert, dass der Anspruch der verbrieften Kinderrechte für jedes Kind Wirklichkeit werden muss. Das politische Bekenntnis zu den Kinderrechten seit 1989 hat zwar weltweit Investitionen in die soziale und medizinische Grundversorgung, den Schutz und die Beteiligung von Kindern ausgelöst, doch längst nicht jedes Kind, insbesondere in den Entwicklungs- und Schwellenländern, profitiert davon.

Zusammenfassend stellt UNICEF folgende Forderungen:

- Kinder müssen zum Maßstab einer zukunftsfähigen Gesellschaft werden. Damit die Kinderrechte

überall auf der Welt durchgesetzt werden, braucht es stärkeren politischen Willen, angemessene Budgets und aussagekräftige Daten, um die Kinderrechte auch für alle benachteiligten Kinder zu verwirklichen.

- Kinder brauchen in ihren Familien, Schulen und Gemeinden ein positives und beschützendes Umfeld. Sie müssen ihre Meinung einbringen und sich an Entscheidungen beteiligen können. UNICEF unterstützt in seinen Programmen in Entwicklungs- und Schwellenländern den Aufbau kinderfreundlicher Schulen.
- Bei Kinderrechtsverletzungen muss weltweit „Null Toleranz“ gelten. Missbrauch, Ausbeutung, Gewalt und Terror gegen Kinder müssen weltweit geächtet und verfolgt werden. Jedes Kind braucht Schutz und Hilfe im Krieg. Und in jedem Land der Erde muss Gewalt an Kindern ausdrücklich verboten werden.
- Kinderrechte müssen auf die internationale politische Agenda. Es muss gelingen, dass kein Kind mehr an vermeidbaren Krankheiten oder Mangelernährung stirbt und dass jedes Kind eine gute Schulbildung erhält. Die Rechte der zukünftigen Generationen müssen Leitlinie bei der Festlegung neuer, nachhaltiger Entwicklungsziele nach 2015 sein.

<http://sowc2015.unicef.org/>

Austrian Panel on Climate Change (APCC), Österreichischer Sachstandsbericht Klimawandel (Austrian Assessment Report 2014- AAR14)

Am 17. September 2014 wurde der österreichische Sachstandsbericht Klimawandel 2014 veröffentlicht. Es ist europaweit der erste nationale Sachstandsbericht. Der Bericht ist das Ergebnis einer dreijährigen Arbeit von 240 Wissenschaftlern und liefert auf mehr als 1000 Seiten eine detaillierte wissenschaftliche Darstellung, wie der Klimawandel Österreich verändert hat und noch verändern wird. Er zeigt aber auch weitreichende Maßnahmen zur Vermeidung und Anpassung auf und stellt so einen Leitfaden für Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit dar. Der Bericht versteht sich als nationale Ergänzung zum periodisch erstellten globalen Sachstandsbericht des IPCC. Während sich die IPCC-Berichte mit der globalen und regionalen Ebene beschäftigen, befasst sich der AAR14 mit der Situation in Österreich. Der Bericht umfasst 3 Bände: Band 1 „Klimawandel in Österreich: Einflussfaktoren und Ausprägungen“ (Redaktion: Helga Kromp-Kolb), Band 2 „Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft“ (Redaktion: Rupert Seidl) und Band 3 „Klimawandel in Österreich: Vermeidung und Anpassung“ (Redaktion: Nebojsa Nakicenovic und Karl Steininger).

Der Bericht betont, dass der Klimawandel in Österreich durch Messungen und Beobachtungen belegt ist und rascher vor sich geht als im globalen Mittel. Grund dafür ist, dass der Alpen-Raum besonders empfindlich für Klimaveränderungen ist. Die Experten gehen von einem weiteren Temperaturanstieg in Österreich aus: Ohne Gegenmaßnahmen rechnen sie mit einem Plus von 3,5 Grad bis zum Ende des 21. Jahrhunderts. So sind etwa kalte Nächte schon seltener, heiße Tage häufiger geworden. Dieser Trend wird sich laut dem Bericht noch verschärfen und damit auch die Häufigkeit von Hitzewellen. Auch Wetterextreme würden durch den Klimawandel verstärkt auftreten. Laut Bericht sind die ökonomischen Auswirkungen extremer Wetterereignisse bereits jetzt erheblich und haben in den vergangenen drei Jahrzehnten deutlich zugenommen. Die Leidtragenden sind in praktisch allen Bereichen zu finden, vor allem in Land- und Forstwirtschaft, in Ökosystemen, bei der Biodiversität, auch im Tourismus und dem Gesundheitssystem. Grundsätzlich fordern die Wissenschaftler eine „Transformation Österreichs in eine emissionsarme Gesellschaft“. Das erfordere „radikale strukturelle und technische Umbaumaßnahmen“, so die Mitglieder der Projektleitung, Helga Kromp-Kolb (BOKU), Nebojsa Nakicenovic (TU Wien) und Karl Steininger (Uni Graz).

<http://www.apcc.ac.at/>

Bildnachweis

S. 5: Foto: Pete Souza/Official White House Photo, President Barack Obama and Chancellor Angela Merkel of Germany talk in the Roosevelt Room of the White House prior to a working lunch, Feb. 9, 2015, Quelle: <http://www.whitehouse.gov>

S. 9: Foto: Loavesofbread, Ferguson Day 6 Picture 44, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 4.0 International license, Quelle: Wikimedia Commons

S. 13: Foto: Pete Souza/Official White House Photo, President Barack Obama and President Xi Jinping of China greet children during the State Arrival Welcome Ceremony at the Great Hall of the People in Beijing, China, Nov. 12, 2014, Quelle: <http://www.whitehouse.gov>

S.15: Karte: Lystopad, Map of eurozone with the years of accession, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported license, Quelle: Wikimedia Commons

S.18: Karte: Samuel Bailey, Map of the major existing and proposed Russian natural gas transportation pipelines to Europe, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported license, Quelle: Wikimedia Commons

S.19: Foto: Presidential Press and Information Office, Official welcome ceremony with President of Serbia Tomislav Nikolic, Quelle: <http://eng.kremlin.ru>

S.20: Karte: TUBS, Location of region Cataluna in Spain, lizenziert unter GNU-Lizenz für freie Dokumentation Version 1.2, Quelle: Wikimedia Commons

S.22: Foto: NATO, Joint press point with NATO Secretary General Jens Stoltenberg and EU High Representative Federica Mogherini, Quelle: <http://www.nato.int>

S.26: Foto: Presidential Press and Information Office, Meeting of the Valdai International Discussion Club with Chairman of the Valdai Club Support and Development Foundation Andrei Bystritsky (left) and former Austrian Federal Chancellor Wolfgang Schüssel, Quelle: <http://eng.kremlin.ru>

S. 26: Diagramm: Herwig Jedlaucnik, Russischer Rubel versus US-Dollar

S. 28: Foto: Presidential Press and Information Office, Meeting of High-level Russian-Turkish Cooperation Council, Quelle: <http://eng.kremlin.ru>

S.29: Karte: Perconte, Karte von Gangesien im Süden von Moldavien, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 2.0 license, Quelle: Wikimedia Commons

S. 30: Foto: «Ілгасда АНР / Pravda DPR» information portal official Youtube channel, Ruins of Donetsk Sergey Prokofiev International Airport, December 24, 2014, licensed under Creative Commons-CC-BY-Lizenz, Quelle: Wikimedia Commons

S. 32: Foto: Presidential Press and Information Office, APEC summit joint photo session, Quelle: <http://eng.kremlin.ru>

S. 35: Foto: Pete Souza/Official White House Photo, President Obama and Prime Minister Modi walk in the garden following tea, Quelle: <http://www.whitehouse.gov>

S.36: Foto: Sortica, Manifesto pelo desaparecimento de 43 estudantes da Escola Normal Rural Raúl Isidro Burgos em Ayotzinapa (México), que foram sequestrados e mortos na cidade de Iguala, Guerrero (também no México), licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 4.0 International license, Quelle: Wikimedia Commons

S.37: Karte: Soerfm, Proposed courses of Nicaragua Canal of 2013 (red) and course of Panama Canal (blue). Top branch is Ecocanal. Based on File:CLA map of Central America.png, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported license, Quelle: Wikimedia Commons

S.39: Foto: Embraer – Brazilian Aircraft Manufacturer, KC-390 Performance, Quelle: <http://www.embraerdefense.com>

S.40: Foto: Presidential Press and Information Office, BRICS Summit participants: Vladimir Putin, Prime Minister of India Narendra Modi, President of Brazil Dilma Rousseff, President of China Xi Jinping and President of South Africa Jacob Zuma, Quelle: <http://eng.kremlin.ru>

S.42: Karte: Haghal Jagul bzw. Banak, Cartes de l'expansion de l'État islamique en Syrie et Irak, licensed under the Creative Commons CC0 1.0 Universal Public Domain Dedication, Quelle: Wikimedia Commons

S. 45: Karte: DanPMK, Middle East and North Africa, Quelle: Wikimedia Commons, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported license, Quelle: Wikimedia Commons

S. 47: Diagramm: Herwig Jedlaucnik, Verteilung des regionalen Bruttoinlandsproduktes 2014

S. 48: Diagramm: Herwig Jedlaucnik, Entwicklung regionaler Militärausgaben in Millionen US-Dollar 2000 bis 2014

S. 55: Diagramm: Herwig Jedlaucnik, Ölpreisentwicklung (Brent) in US-Dollar

S. 56: Foto: Presidential Press and Information Office, With president of Turkey Recep Tayyip Erdogan, Quelle: <http://eng.kremlin.ru>

S. 64: Grafik: Corruption Perception Index 2014, Quelle: Transparency International (copyright information: <http://www.transparency.org/copyright>)

Autoren

Mag. Dr. Gerald BRETTNER-MESSLER	Der asiatisch-pazifische Raum
Dr. Gunther HAUSER	Europa und die Europäische Union
Mag. Herwig JEDLAUCNIK, MBA	Strategische Herausforderungen in zusehends post-westlichen Zeiten Fakten und Trends der globalen Wirtschaftsentwicklung
Mag. Dr. Hans LAMPALZER	Der eurasische Raum und die Ukraine-Krise Verhärtete Fronten in der Ukraine
Dr. Otto NADERER	Die NATO und die transatlantischen Beziehungen
Dr. Thomas PANKRATZ	Konferenzen und Abkommen Studien und Berichte
Univ.Doiz. Dr. Erwin A. SCHMIDL	Vorwort
Univ.Doiz. Dr. Erwin A. SCHMIDL, Mag. Herwig JEDLAUCNIK, MBA	Sub-Sahara Afrika
Mag. Dr. Felix SCHNEIDER	Die Weltmacht USA
Mag. Franz SITZWOHL	Lateinamerika
Georg PLATTNER, BA	Der Nahe Osten zwischen Machtpolitik und Terrorherrschaft

Institut für Strategie & Sicherheitspolitik (ISS)

Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik wurde 1967/68 als Institut für militärische Grundlagenforschung geschaffen und ist damit das älteste Forschungsinstitut der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zum ursprünglichen Auftrag, das moderne Kriegsbild und dessen weitere Entwicklung zu erforschen, militärische Strategien zu vergleichen und den Einfluss der modernen Kriegführung auf die österreichische Landesverteidigung zu untersuchen, kamen inzwischen weitere Bereiche. In die Bereiche Strategie, internationale Sicherheit sowie Militär- und Zeitgeschichte gegliedert, widmen sich die Forscher des Instituts in enger Kooperation mit zivilen und militärischen wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland der Erforschung aktueller strategischer, sicherheitspolitischer und zeithistorischer Fragen. Die Ergebnisse werden in Form von Publikationen sowie in der Lehre im Ressort und darüber hinaus vermittelt.

Erhalten Sie bereits die regelmäßigen Einladungen zu unseren Vorträgen und Veranstaltungen? Wenn Sie noch nicht auf unserer Verteilerliste stehen, bitten wir um eine kurze Nachricht an wolfgang.gosch@bmlvs.gv.at bzw. um Ihren Anruf unter +43 (0) 50201 10 28301, um Sie in unseren Verteiler aufzunehmen.

